



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Bayerischer Gemeindetag in Bad Aibling:

Führungsspitze bestätigt

Neuwahlen standen auf dem Programm der diesjährigen Landesversammlung des Bayerischen Gemeindetags in Bad Aibling (Landkreis Rosenheim). Dabei wurde Dr. Uwe Brandl, Erster Bürgermeister der Stadt Abensberg (Landkreis Kelheim) als Präsident eindrucksvoll bestätigt.

Zudem wählte die Landesversammlung erneut Ersten Bürgermeister Josef Mend, Stadt Iphofen (Landkreis Kitzingen) zum Ersten Vizepräsidenten. Zweiter Vizepräsident wurde Erster Bürgermeister Thomas Zwingel, Stadt Zirndorf (Landkreis Fürth). Erster Bürgermeister Josef Walz, Markt Pfaffenhofen a. d. Roth (Landkreis Neu-Ulm) ist neuer Landesschatzmeister.

Konstruktive Arbeit

Ministerpräsident Horst Seehofer gratulierte Präsident Brandl zu dessen Wiederwahl: „Die Bayerische Staatsregierung ist ein starker und verlässlicher Partner starker Kommunen. Mit Uwe Brandl hat der Bayerische Gemeindetag einen engagierten und leidenschaftlichen Verfechter kommunaler Interessen an seiner Spitze bestätigt. Ich freue mich auf die Fortsetzung

der konstruktiven Zusammenarbeit! Der Freistaat und die kommunalen Spitzenverbände in engem Schulterschluss – das sind die besten Voraussetzungen, um die anstehenden Herausforderungen zum Wohle der Menschen in Bayern zu bewältigen.“

Herausforderungen

Mit Blick auf die Erörterung aktueller politischer Fragen räumte Seehofer beim Thema „Zustrom von Asylbewerbern nach Bayern“ Probleme ein. „Wir sind erst am Beginn einer Flüchtlingsbewegung, die noch lange nicht ihren Scheitel erreicht hat.“ Gleichzeitig machte er darauf aufmerksam, dass diese Herausforderung nicht mit der Parteibrille zu bewältigen sei, sondern in einer



V. l.: Erster Bürgermeister Josef Walz (Markt Pfaffenhofen a. d. Roth), Erster Bürgermeister Josef Mend (Stadt Iphofen), Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl (Stadt Abensberg) und Erster Bürgermeister Thomas Zwingel (Stadt Zirndorf).

Gemeinschaftsaktion von Bund, Ländern und Kommunen. Bei dieser Gelegenheit sprach Seehofer der Bevölkerung ein großes Lob aus: „Ich bin sehr dankbar für ihre Solidarität. Sie sollten diese Atmosphäre und den Stil aufrechterhalten.“

Notfallplan

Der Ministerpräsident kündigte einen Notfallplan für den bevorstehenden Winter an, um die Flüchtlinge human unterzubringen. Dabei dürfe die Solidarität der Bevölkerung aber nicht überstrapaziert werden. Rund 20 Prozent der Asylbewerber kämen aus sicheren Drittstaaten, in die sie auch möglichst schnell wie-

der zurückgeführt werden sollten, damit anderen Flüchtlingen geholfen werden könne. Seehofer sprach sich dabei auch dafür aus, Ländern wie Italien bei der Erstaufnahme zu helfen, da diese alleine nicht in der Lage seien, das Problem zu schultern.

Krisenstab

In Bayern bewältigt nunmehr ein Krisenstab der Landesregierung den Notstand bei der Beherbergung. Als erstes soll der Krisenstab für eine Entspannung der Lage in München sorgen, wo jede Woche Tausende Flüchtlinge ein treffen. Dem Krisenstab Asyl sollen zunächst angehören: neben

(Fortsetzung auf Seite 4)

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Akzente in der Gesundheits- und Pflegepolitik

Vor einem Jahr wurde im Freistaat das eigenständige Staatsministerium für Gesundheit und Pflege geschaffen. Anlass genug für die Mitglieder des KPV-Landesvorstands und –Hauptausschusses unter der Leitung ihres Vorsitzenden Stefan Rößle, mit der zuständigen Ressortchefin Melanie Huml insbesondere die Themen Krankenhausfinanzierung, flächendeckende ärztliche Versorgung und Pflegeproblematik eingehend zu erörtern.

Wie Ministerin Huml zunächst hervorhob, gaben in einer kürzlich veröffentlichten Forsa-Umfrage 91 Prozent der Befragten an, einen festen Hausarzt zu haben. Bei den über 60-Jährigen war die Zahl sogar noch höher. „Das zeigt mir, wie wichtig der Hausarzt gerade für ältere Menschen als Ansprechpartner vor Ort ist“, betonte Huml. Benötigt würden ausreichend Hausärzte und Fachärzte, auch auf dem Land. Derzeit sei die Lage erfreulich gut: Bayern sei in allen Landesteilen grundsätzlich sehr gut mit niedergelassenen Haus- und Fachärzten versorgt.

Ungleichgewichte

„Ist ein Planungsbereich statistisch gesehen insgesamt gut versorgt, sagt das jedoch noch nichts über die Verteilung der Ärzte darin aus“, machte die Ministerin deutlich. Hier bestünden manchmal Ungleichgewichte zwischen Stadt und Land. Bayern habe sich deshalb erfolgreich dafür stark gemacht, dass aufgrund regionaler Besonderheiten von den Richtlinien zur Bedarfsplanung abgewichen werden darf – soweit es für eine bedarfsgerechte Versorgung notwendig ist. In Folge dessen hätten die zuständigen Selbstverwaltungspartner in Bayern bereits 15 Mittelbereiche in der hausärztlichen Versorgung weiter unterteilt. Das komme einer passgenaueren Bedarfsplanung und einer besseren Niederlassungssteuerung zugute. Weitere Teilungen stünden für die nächsten Fortschreibungen des Bedarfsplanes auf der Agenda.

Neben der Verteilung löst nach Humls Darstellung aber auch die Altersstruktur der Ärzte Handlungsbedarf aus. Gut 30 Prozent der Hausärzte seien 60 Jahre und

älter. Die Suche nach Praxisnachfolgern stelle deshalb ein besonders wichtiges Thema dar. Es sei heutzutage kein Geheimnis, dass es junge Mediziner tendenziell nicht von sich aus aufs Land zieht. Deshalb müsse man ihnen das Landleben schmackhaft machen.

Selbstverwaltung

Auch hier sei in erster Linie die Selbstverwaltung gefordert, unterstrich die Ministerin, wendete sich aber in dieser Frage ganz gezielt an die kommunalen Verantwortungsträger, denn: „Ob sich ein junger Arzt oder eine junge Ärztin letztendlich dazu entscheidet, sich in einer ländlichen Gemeinde niederzulassen, hängt zu

(Fortsetzung auf Seite 4)

GZ lädt zum Breitband-Forum

Am 6. November 2014 lädt die Bayerische Gemeindezeitung zum 2. Bayerischen Breitbandforum in die Loisachhalle nach Wolfratshausen ein. Ziel ist es, den Besuchern aus Kommunen und Behörden Lösungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume für die optimale Internetanbindung aufzuzeigen und Kontakte zu Dienstleistern und Netzbetreibern herzustellen.

Hochkarätige Referenten erläutern die Problemstellung und technische Umsetzungsbeispiele sowie juristische Fachfragen; ebenso erörtert werden Finanzierungsmöglichkeiten des Breitbandausbaus in Bayerns Städten und Gemeinden.

Für Besucher aus Kommunalpolitik, kommunalen Verwaltungen, kommunalen Spitzenverbänden, kommunalpolitischen Verbänden, Behörden und Ministerien ist die Teilnahme am Breitbandforum kostenfrei.

Mehr Infos unter: www.bayerisches-breitbandforum.de



Angeregte Diskussion im Franz-Josef-Strauß-Haus - v. l.: Mühlendorfs Landrat Georg Huber, Staatsministerin Melanie Huml, KPV-Landesvorsitzender Landrat Stefan Rößle (Donau-Ries), KPV-Landesgeschäftsführer Jörg Kunstmann und Bürgermeister Klemens Gsell (Nürnberg).

Bild: DK

Schnelles Internet auch in ländlichen Gebieten

Bauernverband, Landkreistag und Handwerk legen 5-Punkte-Plan vor

Schnelles Internet auch in den ländlichen Räumen fordern der Deutsche Bauernverband (DBV), der Deutsche Landkreistag (DLT) und der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH). In einem jüngst vorgelegten Diskussionspapier stellen die Verbände einen „5-Punkte-Plan“ zur Umsetzung dieses Zieles vor. „Es geht beim Breitbandausbau um die Sicherung der Zukunftsfähigkeit der ländlichen Räume in Deutschland“, heißt es dort.

Der bisherige Ausbau des schnellen Glasfasernetzes erfolgt zu langsam und zu fragmentarisch, kritisieren die Verbände. Erst 64 Prozent der Haushalte in Deutschland sind mit schnellem

Internet versorgt, in den meisten ländlichen Gebieten sind es sogar weniger als ein Viertel. Handwerk, Landwirtschaft, Landkreise und Gemeinden brauchen aber leistungsfähige Anschlüsse, um

ihre wirtschaftlichen und sozialen Funktionen in ländlichen Räumen weiter wahrnehmen zu können.

Tatkräftiges Engagement

Der „5-Punkte-Plan“ sieht klare Konzepte, zielstrebige Maßnahmen und tatkräftiges Engagement aller Beteiligten vor. Ziel ist es, das schnelle Glasfasernetz möglichst nah an die Nutzer heranzuführen, um ausreichende Kapazitäten und mittelfristig auch höhere Übertragungsraten als die

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Neues von Sabrina



Das Einkaufen ist ein Lieblingshobby der Deutschen. Genauer: Das Sparen dabei. Das erklärt den anhaltenden Siegeszug der Discounter in den Gemeinden. Doch auch andere Trends wie Onlinehandel und neue Dorfläden verändern die Einkaufswelt in Bayerns Regionen nachhaltig - Zeit, sich darauf einzustellen. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Mehr Geld für Schienenpersonennahverkehr	2
Bundesverfassungsgericht stärkt kommunale Jobcenter	2
GZ-Kolumne Josef Mederer: Mehr Personal für die Pflege	3
Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler in Bayern	3
Jubiläum: Festakt für BdSt-Präsident Rolf von Hohenhau	3
GZ-Fachthemen: Kommunale Finanzthemen	5-9
Wasser - Abwasser	10-11
Kommunale Verwaltungspraxis	12
Aus den bayerischen Kommunen	13-16

Munderfings Bürgermeister Martin Voggenberger:

Herzliche Einladung an die bayerischen Kollegen

Tag der offenen Tür für bayerische Gemeinden

Der Windpark Munderfing ist von Bayern aus gut sichtbar. Bürgermeister Martin Voggenberger möchte deshalb die Kontakte zu den Kollegen in den bayerischen Kommunen pflegen und lädt sie deshalb herzlich in die oberösterreichische Energiewende-Gemeinde im Bezirk Braunau ein.

Der Munderfing Gemeinde-rat hat den Beschluss einstimmig gefasst, den Energiebedarf der Gemeinde komplett durch Erneuerbare Energie zu decken, primär mithilfe des neuen Windparks: Fünf Anlagen, in Summe 15 MW.

Mio. Euro an Wertschöpfung. Viele lokale Firmen werden beim Wegebau, der Verkabelung, der Fundamentierung und weiteren Arbeiten beschäftigt. Mit anderen Worten: Im Munderfing Windpark wurden für



Bürgermeister Martin Voggenberger (li.) freut sich gemeinsam mit seinen Kollegen auf die bayerischen Besucher. Bild: Astrid Knie

Beteiligung der Bürger

Für die Kommunalpolitiker gilt: „Öffentliche Infrastruktur gehört in die öffentliche Hand“. Der Gemeinde gehören deshalb drei Viertel des Windparks, das sichert die Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger. Das restliche Viertel hält die für die Planung verantwortliche, lokal ansässige EWS. Übrigens trägt die Hälfte der österreichischen Windparks die Handschrift der EWS und außerdem hat sie z.B. auch in Bayern bei der Planung des Windparks Denkendorf mitgewirkt. Ein Film zeigt, wie spannend die Errichtung des Windparks abgelaufen ist: www.ews-consulting.com/film

Lokale Wirtschaft profitiert mit jedem Windrad

Für den Aufbau jedes Windrads entstehen 20 Arbeitsplätze in der Zeit, in der es gebaut wird und zwei dauerhafte Arbeitsplätze durch den Betrieb - sowie 4,7

die Errichtungsdauer insgesamt 100 Menschen Arbeitsplätze ermöglicht. In Bayern ist das bekannt, denn auch im Freistaat sind schon 12.000 Menschen im Windkraftbereich beschäftigt.

Projektvorstellung und Windparkbesuch

Zur Informationsveranstaltung lädt Bürgermeister Voggenberger am 4. November 2014 ab zwölf Uhr ins Gasthaus Weiß im Munderfing Ortszentrum. Der Geschäftsführer der Munderfing Windpark GmbH, Erwin Moser, sowie der Geschäftsführer der Energiewerkstatt Consulting GmbH, Joachim Payr, werden das Projekt vorstellen. Anschließend fährt man gemeinsam zum Windparkgelände.

Aus organisatorischen Gründen bittet Bürgermeister Voggenberger um Anmeldung bis 31.10.2014 bei der Gemeinde Munderfing unter +4377446255 oder via Email unter gemeinde@munderfing.ooe.gv.at

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Fritz Steinmann
97286 Sommerhausen
am 26.10.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Heinz Richter
91077 Neunkirchen am Brand
am 1.11.

Bürgermeister Albert Hingerl
85586 Poing
am 3.11.

Bürgermeister Hugo Bauer
93192 Wald b. Cham
am 25.10.

Bürgermeister Ludwig Mayinger
85132 Schernfeld
am 29.10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Sebastian Linner
83562 Reutheining
am 26.10.

Oberbürgermeister
Frank Rebhan
96465 Neustadt b. Coburg
am 26.10.

Bürgermeister Dr. Uwe Brandl
93326 Abensberg
am 27.10.

Bürgermeisterin Gertrud Menigat
94227 Lindberg
am 27.10.

Bürgermeistr
Bernd Steinhäuser
95359 Kasendorf
am 10.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Uwe Sinn
91788 Pappenheim
am 25.10.

Bürgermeisterin Birgit Höcherl
92539 Schönsee
am 28.10.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Bernhard Feueracker
94550 Künzing
am 26.10.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Heinz Lorenz
95505 Immenreuth
am 24.10.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Wissenswertes zum Windpark Munderfing

- 5 Windenergieanlagen des Typs Vestas V112, installierte Leistung gesamt 15 MW
- Rotordurchmesser: 112 Meter
- Nabenhöhe: 140 Meter
- Amortisationsdauer: 12-13 Jahre, Lebensdauer 20 Jahre
- Jahresenergie-Produktion: 32 Mio. kWh – Strom für nahezu 10.000 Haushalte – das entspricht dem Strombedarf von mehr als einem Viertel aller Haushalte im Bezirk Braunau
- Der Windpark ist zu ¾ im Gemeindebesitz, ein weiteres Viertel ist im Besitz der Energiewerkstatt GmbH
- Dieser Windpark ist der erste, der sich mehrheitlich im Besitz einer österreichischen Gemeinde befindet.
- Ein Video über die Errichtung des Windparks gibt es unter: www.ews-consulting.com/film

Schon 3.500 Menschen haben sich den Film angeschaut und sind damit die beste Bestätigung für das Interesse an sauberer Energieerzeugung in der Region

- Seit April gab es im Durchschnitt jede Woche zwei Führungen. Insgesamt haben bereits über 1.000 Menschen an geführten Exkursionen zum Windpark teilgenommen, rund 10.000 Menschen haben bisher den Windpark seit der Bauphase besucht.

Bundesverfassungsgericht stärkt kommunale Jobcenter

Urteil schränkt Prüfbefugnisse des Bundes bei den Optionskommunen ein
Politik sollte weitere kommunale Jobcenter ermöglichen

Das Bundesverfassungsgericht hat über die Verfassungsbeschwerden von 15 Landkreisen und einer kreisfreien Stadt zur rechtlichen Stellung von Optionskommunen entschieden.

Optionskommunen sind diejenigen Kreise und Städte, die Langzeitarbeitslose (und ihre Familien) in Eigenregie, d.h. ohne die Bundesagentur für Arbeit, betreuen und in den Arbeitsmarkt integrieren. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages, Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, kommentierte das Urteil: „Der Deutsche Landkreistag begrüßt, dass das Bundesverfassungsgericht die direkten Prüfbefugnisse des Bundes bei den Optionskommunen eingeschränkt hat. So darf der Bund künftig vertretbare Rechtsauffassungen der Optionskommunen nicht beanstanden und auf dieser Grundlage Mittel vorantreiben. Denn der Bund hat nachträglich und rückwirkend Rückforderungen geltend gemacht, wenn die kommunale Praxis von – zuvor nicht bekannt gemachten – Bundesauffassungen abweicht.“

Zweifel am Verfahren

Darüber hinaus habe das Gericht festgestellt, dass der Bundesgesetzgeber nicht an die derzeitige zahlenmäßige Begrenzung der Optionskommunen gebunden sei, und insofern Zweifel am bisherigen Auswahlverfahren geäußert: „Der Gesetzgeber hat es nunmehr in der Hand, weiteren interessierten Landkreisen die Möglichkeit zu eröffnen, gleichfalls noch ein kommunales Jobcenter einzurichten.“

Der Bund habe sich bei den Prüfungen der Optionskommunen eine Aufsichtsfunktion angeeignet, die ihm nicht zustehe: „Diese Praxis ist nun in ihre Schranken verwiesen worden, da sie die kommunale Aufgabenwahrnehmung stark beeinträchtigt. Das ist ein großer Erfolg der Verfassungsbeschwerde. Damit ist dem Ziel der Beschwerdeführer in Anknüpfung an die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts Rechnung getragen.“ Die Befugnisse des Bundes erlauben es nach Auffassung des Gerichts nicht, vertretbare Rechtsauffassungen des zugelassenen kommunalen Trägers zu beanstanden und auf dieser Grundlage Mittel vorzuenthalten.

Das Bundesarbeitsministerium sei zudem nicht befugt, einzelne Optionskommunen vom automatisierten Verfahren für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen des Bundes (HKR-Verfahren) auszuschließen. Henneke sagte, dass die Entscheidung die

Aufgabenwahrnehmung der Optionskommunen ab jetzt wesentlich erleichtern wird.

Verantwortungsübernahme

Daneben bezog er Stellung zur weiteren Entscheidung des Gerichts, dass sich zwar aus der Verfassung kein Anspruch ergebe, ein kommunales Jobcenter einzurichten. Das Gericht habe jedoch die Chance für die einzelnen Landkreise und Städte bekräftigt, sich für die Option zu entscheiden. „Es muss anerkannt werden, dass Landkreise im Interesse ihrer Bevölkerung bereit sind, Verantwortung in diesem schwierigen Handlungsfeld zu übernehmen. Diesem großen Interesse und der damit verbundenen Bereitschaft sollte die Politik nachkommen und die Option weiter öffnen. Das vom Grundgesetz vorgegebene Regel-Ausnahme-Verhältnis zwischen kommunalen Jobcentern und gemeinsamen Jobcentern mit der Arbeitsagentur kann dabei zahlenmäßig jedenfalls immer noch gewahrt bleiben“, so Henneke.

Bei dem Verfahren sei es demgegenüber nicht um die Grundsatfrage gegangen, ob entweder kommunale Jobcenter oder ge-

meinsame Einrichtungen mit der Bundesagentur für Arbeit das bessere Modell seien. „Ziel der klagenden Kommunen war neben der Frage der Prüfbefugnisse des Bundes lediglich, auch denjenigen 32 Landkreisen und kreisfreien Städten die Einrichtung eines kommunalen Jobcenters zu ermöglichen, die 2011 wegen des beschränkten Platzkontingents nicht zum Zuge gekommen sind.“

Darüber hinaus hat das Gericht dem Bundesgesetzgeber strikt untersagt, Regelungen zu treffen, die die Binnenorganisation der Kommunen betreffen. Auch das ist ein großer Erfolg für die kommunale Selbstverwaltung, so Henneke.

Die kommunalen Verfassungsbeschwerden richteten sich im Wesentlichen gegen:

1. Die Prüfbefugnisse des Bundes bei den Optionskommunen

Es ist eine grundsätzliche Frage, dass der Bund nachträglich und rückwirkend Erstattungsansprüche gegenüber den Optionskommunen geltend macht, wenn die kommunale Praxis von – zuvor nicht bekannt gemachten – Bundesauffassungen abweicht. Die Mittel wurden aber an Leistungsempfänger oder Maßnah-

Mehr Geld für Personennahverkehr

Bayern fordert günstigeren Verteilungsschlüssel vom Bund

Seit der Freistaat den Schienenpersonennah- und den Regionalverkehr selbst managt, sind die Fahrgastzahlen um 70 % gestiegen. Um den Bedarf an Finanzmitteln bis 2030 decken zu können, benötigen die Bundesländer jährlich 8,5 Milliarden statt bisher 7,3 Milliarden Euro. Der Anteil Bayerns soll dabei von 14,98 % auf 16,27 % steigen.

Innenminister Joachim Herrmann zeigte sich nach der Verkehrsmittelministerkonferenz in Kiel Anfang Oktober zufrieden darüber, dass sich die Länderminister auf einen gemeinsamen Vorschlag hinsichtlich eines neuen Verteilungsschlüssels für die Regionalisierungsmittel im Öffentlichen Personennahverkehr geeinigt haben. Bei der Bahnreform 1993 habe die Prämisse gegolten, dass der Bund den Ländern die mit der Regionalisierung verbundenen Mittel voll ausgleiche. Die jetzt anstehende Revision der Bundesmittel sieht Herrmann als wichtige Weichenstellung für die Zukunft. Aufgrund der langfristigen Verkehrsdurchführungsverträge seien die Länder auf

Planungssicherheit angewiesen.

Die in Kiel von den Verkehrsministern erzielte Kompromisslösung eröffne den Ländern mit deutlichem Mehrbedarf an Finanzmitteln neue notwendige Spielräume. Dies gelte insbesondere für Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und Hamburg. Dabei sei der Anstieg des bayerischen Anteils von 14,98% auf 16,27% bis zum Jahr 2030 vorgesehen. Herrmann erklärte, dass der Bund jetzt den einvernehmlichen Ländervorschlag aufgreifen und damit seiner Verpflichtung zur Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs in den Ländern nachkommen müsse. **rm**

Ländlichen Raum fortentwickeln

Heimat-Staatssekretär Füracker will Förderprogramme mit den Kommunen

Solide Kommunalfinanzen, Strukturhilfen sowie Verlagerung behördlicher Arbeitsplätze von der Stadt aufs Land. Dies nannte Albert Füracker (CSU), Staatssekretär für Landesentwicklung und Heimat in Nürnberg, als Maxime zur Fortentwicklung des ländlichen Raums in Bayern. Elementares Ziel sei auch die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den Regionen.

Füracker betonte, zur Sicherung der Lebensqualität müssten Städte und Gemeinden handlungsfähig bleiben. Die Verantwortung dafür hätten die Kommunen selbst zu tragen. Der Freistaat unterstütze dies mit einem ausgeglichenen Haushalt und Schuldentilgung. Darüber hinaus werde der kommunale Finanzausgleich in den nächsten zwei Jahren um 2,5 Milliarden Euro aufgestockt.

Hinsichtlich der Strukturpolitik sei das Landesentwicklungsprogramm (LEP) maßgeblich. Als wichtigen Aspekt bezeichnete der Staatssekretär die Dezentralisierung der Hochschulen. Eine Fördermaßnahme sei das Fassen von Räumen mit „besonderem Handlungsbedarf, wo sehr hoher Bevölkerungszug bzw. -wegzug herrsche. Hier soll ein „Regionalmanagement“ zur Selbstaktivierung ländlicher Gemeinden helfen.

In den Zuständigkeitsbereich seines Ministeriums falle auch der Breitbandausbau, erklärte Füracker. Wichtiges Ziel sei hierbei eine signifikante Verbesserung der Datenverbindungen. Bei der Verlagerung von Behördenarbeitsplätzen in strukturschwache Regionen komme es auf den größten positiven Effekt an. Zum Ressort übergreifenden Thema „Barrierefreiheit“ meinte der Staatssekretär lapidar, man steige jetzt ein.

Die Landtagsabgeordnete Ingrid Heckner (CSU) die Mitte Oktober den Staatssekretär zu einem Forum zur Fortentwicklung des ländlichen Raums nach Altötting eingeladen hatte, erklärte, dass die eingeleiteten Maßnahmen gerade noch rechtzeitig kämen. Zur Attraktivität Bayerns für junge Familien sei auch ein breites Bildungsangebot in den Regionen notwendig. **rm**

meträger ausgereicht und können nicht zurückgeholt werden. Damit droht das Damoklesschwert finanzieller Risiken für den kommunalen Haushalt. Bei den Verfassungsbeschwerden ging es um die Frage, ob der Bund sich mit den Prüfungen eine Quasi-Aufsicht anmaßen darf, da die Aufsicht den Ländern obliegt. Die Länder üben diese auch aus, so dass es immer wieder zu Widersprüchen mit dem Bund kommt.

2. Die zahlenmäßige Begrenzung des neuen Optionskontingents

Mit den 67 alten Optionskommunen, die seit dem Inkrafttreten von Hartz IV im Jahre 2005 das SGB II allein umsetzen, und der Ausweitung der Option um weitere 41 im Jahre 2011 gibt es insgesamt 108 kommunale Jobcenter. In allen anderen Landkreisen/kreisfreien Städten bestehen gemeinsame Einrichtungen mit der Bundesagentur für Arbeit, dies sind ca. 300. Das Optionsinteresse überstieg 2011 das neue Kontingent von 41 Plätzen um weitere 32 Anträge von Landkreisen/kreisfreien Städten. Diese waren zuvor von ihrem Land als geeignet befunden worden, das SGB II allein umzusetzen.

3. 2/3-Quorum für den Kreistagsbeschluss

Schließlich richtete sich die Verfassungsbeschwerde gegen die Regelung, nach der für den Antrag einer Kommune auf Zulassung zur Option eine Zweidrittel-Mehrheit im Kreistag bzw. Stadtrat nötig ist. Im Kommunalrecht der Länder gibt es ein solches Quorum nicht, hier reicht in der Regel die einfache Mehrheit. Es geht daher um die grundsätzliche Frage, ob der Bund die Gesetzgebungskompetenz für eine solche Regelung hat. **rm**

Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler in Bayern:

Kostenexplosionen und Fehlinvestitionen

„Vor dem Hintergrund der Staatsverschuldung gibt es keine Alternative zu einem sparsamen und wirtschaftlichen Ausgabegebaren“, betonte der Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, Rolf von Hohenhau, bei der Vorlage des Schwarzbuchs 2014 in München. Dennoch habe der BdSt auch in den vergangenen zwölf Monaten zahlreiche Fälle von Steuergeldverschwendung feststellen müssen.

Der Bund der Steuerzahler schätzt, dass etwa fünf Prozent der öffentlichen Ausgaben verschwendet werden. So enthält das diesjährige Schwarzbuch wieder eine ganze Reihe von Kostenexplosionen bei öffentlichen Bauvorhaben, Fehlinvestitionen, teuren Gutachten, Luxus, Eigennutz und teurer Imagepflege – finanziert aus Steuermitteln – bis hin zu einem schlampigen Umgang mit Steuergeldern.

„Zu Fuß gehen verursacht keinen Lärm und keine Schadstoffe, verbraucht wenig Ressourcen und benötigt wenig Raum“ – eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Doch mit genau diesen unstrittigen Fakten hatte der Münchner Stadtrat beschlossen, die Internationale Fachkonferenz zum Fußverkehr „Walk 21“ nach München zu holen. Bei diesem Kongress wurden u. a. folgende wesentliche Erkenntnisse gewonnen: „Der Fußverkehr als demokratischste aller Formen der Fortbewegung hat große Potenziale und verdient Beachtung durch Politik und Verwaltung.“ Oder: „Attraktive öffentliche Räume sind eine wichtige Triebfeder für den lokalen Einzelhandel.“ Insbesondere hat die „Walk 21“ deutlich vor Augen geführt, wie wichtig körperliche Aktivität für die persönliche Gesundheit ist.“ Dafür machte die Landeshauptstadt München sage und schreibe rund 300.000 Euro für Sachkosten und weitere rund 228.000 Euro für Personalkosten locker.

Auch leistete sich die Landeshauptstadt München eine teure Zustellung von Infobriefen. Die Wählerinnen und Wähler der Landtags- und Bezirksratswahl im September 2013 wurden in den Wahlbenachrichtigungen zwar darauf hingewiesen, dass der Zugang zu dem jeweiligen Wahllokal „barrierefrei“ ist. Bei nicht barrierefreien Wahllokalen fehlte dieser Hinweis. Daher erhielten die Wählerinnen und Wähler, die einem Stimmbezirk mit „nicht barrierefreiem Wahllokal“ zugeordnet waren, ein zusätzliches Schreiben mit dieser Information. Sie wurden darüber hinaus über alternative Möglichkeiten zur Wahrnehmung ihres Wahlrechts unterrichtet. Die Zustellung dieses weiteren Infobriefes verursachte Kosten von immerhin 132.000 Euro.

Ein weiteres Beispiel für Steuerverschwendung: die teure Kita der Bundeswehr-Universität auf dem Gelände der Bundeswehruniversität in Neubiberg bei München. „Campusküken“ heißt die erste bundeswehreigene Kindertagesstätte, die im April öffnete. Obwohl für den Neubau keine Grundstückskosten im teuren Münchner Umland angefallen waren, lagen die Baukosten am Ende bei mehr als 2,45 Millionen Euro. Darin enthalten sind mehrfache Kostensteigerungen um insgesamt 40 Prozent. Die ursprüngliche Planung ging von weniger als 1,78 Millionen Euro aus. Umgerechnet hat das Ministerium demnach rund 68.000 Euro in jeden einzelnen Kitaplatz investiert. Das Bundesfamilienministerium rechnet aber allgemein mit anderen Zahlen: Durchschnittlich kostet ein neu gebauter Kitaplatz 36.000 Euro. Damit sind die Baukosten für einen Platz in der kleinen Bundeswehr-Kita fast doppelt so hoch.

Eine teure Verschönerungs-

maßnahme leistete sich die knapp 5.000 Einwohner zählende Gemeinde Röhlein im Landkreis Schweinfurt in Unterfranken. Sie gestaltete ihre Hauptstraße mit 22 ca. 6 m² großen Pflanzbeeten, die mit Stauden bepflanzt und mit Granitsteinen eingefasst wurden. Auf neun dieser Pflanzbeete wurde jeweils ein junger Laubbaum – „Pyrus calleryana“, sog. Stadtbirne – mit einem Stammumfang von ca. 16 bis 18 cm gepflanzt. Dabei wurden auch mehrere Gehsteigabsenkungen zur barrierefreien Nutzung errichtet. Diese Verschönerungsmaßnahme hat sage und schreibe knapp 77.000 Euro an Steuergeldern verschlungen.

Explodierende Baukosten

Bauvorhaben der öffentlichen Hand sind nicht selten mit Kostensteigerungen verbunden, so auch in Viechtach im Landkreis Regen in Niederbayern. Für die Errichtung eines neuen Gerätehauses für die dortige Freiwillige Feuerwehr sind die Baukosten gleichsam explodiert. Im September 2012 ging man für das Bauvorhaben noch von einer Kostenschätzung in Höhe von 3,229 Mio. Euro aus. Auch aufgrund von zusätzlichen behördlichen Auflagen und weiteren geforderten Maßnahmen war man im März 2013 bei einer Kostenberechnung von bereits 4,8 Mio. Euro angelangt. Schließlich ist mit Gesamtkosten von 5,1 bis 5,4 Mio. Euro für das neue Gerätehaus zu rechnen.

Ursächlich hierfür waren u. a.



Rolf von Hohenhau.

erhöhte Wärmeschutzmaßnahmen und Brandschutzvorgaben sowie die fachtechnische Vorgabe, das Feuerwehrgerätehaus als Stützpunktfeuerwehr auszugestalten. „Wären die hohen Kosten für das neue Feuerwehrgerätehaus bereits im Jahr 2012 bei der Entscheidungsfindung im Stadtrat bekannt gewesen, hätten auf jeden Fall klarere Verhältnisse bestanden und der Stadtrat hätte sich von vornherein auf die hohe Ausgabenbelastung einstellen können“, so der Steuerzahlerbund.

Bereits in seinem Schwarzbuch 2011 hatte der BdSt die Stadt Würzburg vor einem Reinfall bei dem Pilotprojekt „Würzburg integriert!“ gewarnt. Zusammen mit einem Vertragspartner wollte man Verwaltungsvorgänge optimieren und schneller bearbeiten, mehr Bürgernähe zeigen sowie Kosten und Personal einsparen. Die erhoffte Kostenersparnis in Millionenhöhe ist aber schlechthin ausgeblieben, weshalb die Stadt Würzburg die Zusammenarbeit mit dem Vertragspartner vorzeitig beendete.

Dieses „e-Government-Aben-

teuer“ kam allerdings die Stadt Würzburg teuer zu stehen. Dem Vernehmen nach ist sie auf Kosten in Höhe von mehr als 1 Mio. Euro aus ihrem mit viel Voranschusslorbeeren versehenen, aber missglückten Datenprojekt sitzen geblieben.

Müssen Bauvorhaben der öffentlichen Hand mit Kostensteigerungen verbunden sein? Diesen Eindruck gewinnt man jedenfalls bei der Errichtung eines zweifels- ohne erforderlichen Geh- und Radweges von der Gemeinde Tutzing zu ihrem Ortsteil Kampberg. Für die 1,3 Kilometer lange Trasse ging man zunächst von veranschlagten Kosten in Höhe von 465.000 Euro aus. Diese schnellten dann aber sprunghaft in die Höhe: Rund 1,12 Mio. Euro wird der neue Rad- und Gehweg nunmehr kosten. Der Grund: Um dessen Standsicherheit zu gewährleisten, musste der Boden auf der gesamten Weglänge bis in ca. 1,3 Meter Tiefe kostspielig ausgetauscht und mit einer entsprechend tiefen Kiestragschicht versehen werden.

Auch die Löwenbrücke in Bamberg sollte zunächst „nur“ rund 11 Mio. Euro kosten. Dann ergaben sich Baumängel und ein teurer Rechtsstreit mit der Firma war die Folge. Kostenpunkt am Ende: 17,7 Mio. Euro.

Und schließlich ist auch die luxuriöse Geburtstagsfeier des ehemaligen Miesbacher Landrats Jakob Kreidl Bestandteil des Schwarzbuchs des Bundes der Steuerzahler. Insgesamt hat das Fest rund 120.000 Euro, inklusive angefallener Steuern, gekostet. Davon bezahlte der Landkreis Miesbach 33.200 Euro. Die Kreissparkasse Miesbach-Tegernsee, deren Verwaltungsratsvorsitzender Kreidl war, hat sage und schreibe rund 78.800 Euro der Kosten für die Festivität übernommen. Kreidl selbst steuerte lediglich rund 7.600 Euro für seine aufwändige Geburtstagsfeier bei.

Kritisch erachtet der Bund der Steuerzahler in Bayern, „dass das zuständige Entscheidungsgremium – der Miesbacher Kreistag – im Vorfeld vor Durchführung des Geburtstagsfestes nicht mit den

70. Geburtstag und 30-jähriges Dienstjubiläum:

Festakt für BdSt-Präsident Rolf von Hohenhau

Mehr als 400 Ehrengäste gaben sich kürzlich zu Ehren von Rolf von Hohenhau im Goldenen Saal des Augsburgers Rathauses ein Stelldichein. Und das aus doppeltem Anlass: Von Hohenhau feierte nicht nur am 12. Oktober seinen 70. Geburtstag, sondern bekleidet auch seit 30 Jahren das Amt des Präsidenten des Bundes der Steuerzahler in Bayern.

Nach Video-Grußbotschaften von Bayerns Finanzminister Markus Söder und dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, machte Ministerpräsident Horst Seehofer in seiner launigen Festrede anhand einiger Lebensstationen des Jubilars dessen Leidenschaft für Politik sichtbar. Nach dem Abitur in Augsburg schloss Rolf von Hohenhau ein Studium der Betriebswirtschaftslehre in München als Diplom-Kaufmann ab. Außerdem studierte er in Berlin Landwirtschaftliche Betriebswirtschaftslehre. Hinzu kommt eine Ausbildung als Journalist.

Von Hohenhau, seit 1986 Präsident der Taxpayers Association of Europe e.V. (TAE) mit Sitz in München und Brüssel und seit 2004 Vizepräsident sowie Honorary Deputy President der World Taxpayers Association (WTA) mit Sitz in Washington,

Kolumne Josef Mederer

Liebe Leserinnen und Leser,

„Die Werte einer Gesellschaft erkennt man daran, wie sie mit den schwächsten ihrer Glieder umgeht.“ Auch wenn dieses Zitat des ehemaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann inzwischen ein wenig abgedroschen ist, liegt viel Wahrheit darin. Wer sind die schwächsten Glieder unserer Gesellschaft? Kinder, Kranke, Menschen mit Behinderung, Alte?

Oft ist es der Umgang mit alten Menschen, der mich am meisten befremdet. In regelmäßigen Abständen geistern Pflegekandale durch die Presse; ein Aufschrei geht durch die Gesellschaft, wenn in Fernsehreportagen dehydrierte, wundgelegene alte Men-



nommen werden können.

Was heißt das ganz konkret? Ganz grob über den Daumen gepeilt können in einem Altenpflegeheim mit 80 Plätzen zwei Personen mehr für die Pflege eingestellt werden. Bei 220 Arbeitstagen im Jahr (Urlaub, Krankheit und Fortbildung eingerechnet) sind dies nicht einmal zehn Minuten mehr Pflege und Zuwendung pro Bewohner und Tag!

Dennoch haben viele Heime Schwierigkeiten, diese Erhöhung umzusetzen. Oft gibt

es weit und breit kein geeignetes Personal auf dem Arbeitsmarkt. Der Beruf ist körperlich und emotional herausfordernd, das Image in der Bevölkerung ausbaufähig und die Bezahlung nicht berauschend. Ein weiterer Grund scheint aber zu sein, dass sich viele Pflegeheime nicht an die Verbesserung des Pflegeschlüssels herantrauen, weil natürlich eine Entgelterhöhung damit verbunden wäre.

Nun haben aber Sachkosten- und Tarifsteigerungen bereits dazu geführt, dass die monatlichen Heimentgelte zum Jahresbeginn um zwei bis drei Prozent gestiegen sind. Mit dem verbesserten Pflegeschlüssel zusammen wäre man schnell bei fünf Prozent Kostensteigerung. Und diese spürbare Verteuerung wollen die Heimträger offenbar nicht in einem Schritt umsetzen, weil sie aus Erfahrung wissen, dass bei der Auswahl des Pflegeheims für die Heimbewohner und deren Angehörige auch der Preis eine wichtige Rolle spielt bzw. spielen muss.

Ein Wettbewerbsnachteil gegenüber dem Mitbewerber-Heim, das den neuen Pflegeschlüssel noch nicht umgesetzt hat, wird befürchtet! Deshalb hat zum Beispiel in Oberbayern erst etwa ein Viertel der Heime die Möglichkeit, mehr Personal einzustellen, in Anspruch genommen. Hier offenbart sich das Dilemma zwischen dem Anspruch an die Qualität der Pflege und der gesellschaftlichen Realität, wenn es an den Geldbeutel geht. Fatal wäre nur, wenn es sich am Ende vor allem Heime, die einen hohen Anteil an Sozialhilfebewohnern haben, leisten können, das Angebot der verbesserten Pflegeschlüssel umzusetzen und im Gegenzug Heime mit einem hohen Anteil an sog. Selbstzahlern aus Wettbewerbsgründen zögern.

Ihr Josef Mederer
Präsident des Bayerischen Bezirkstags

konkreten Kosten für die Feierlichkeiten befasst worden war“. Die Kosten, die der Landkreis Miesbach für die Ausrichtung der Geburtstagsfeier seines Landrats beisteuerte, seien im Landkreishaushalt unter dem Titel „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ eingestellt worden. Eine Genehmigung durch den Kreistag erfolgte nur im

Rahmen der üblichen Gesamtverabschiedung des Kreishaushalts. Aus dem Haushalt sei also der Verwendungszweck für die Geburtstagsfeier nicht erkennbar gewesen. Ein ausdrücklicher Beschluss des Miesbacher Kreistags, sich an den Kosten der Geburtstagsfeierlichkeiten zu beteiligen, wurde nicht gefasst. **DK**

leistungsgerechtes Steuersystem“ und als „echtes Allround-Genie“. „Sie kämpfen für stabile Finanzen in Bayern, Deutschland und Europa.“ Von Hohenhau habe maßgeblichen Anteil daran, dass Bayern seit bald zehn Jahren keine Schulden mehr macht, sondern sie stetig abbaut, stellte der Ministerpräsident fest. Von Hohenhau sei nicht nur Mahner und Ratgeber, er übernehme auch selbst Verantwortung, etwa als Unternehmer und Politiker. „Bei Ihnen gehören Denken und Handeln immer zusammen – auch in Ihrer Heimatstadt, die Sie seit Jahrzehnten tatkräftig mitprägen und gestalten.“

Politik ohne Scheuklappen

Von Hohenhaus kommunalpolitische Tätigkeit habe ihn nie davon abgehalten, auch über die Grenzen Augsburgs hinaus aktiv zu sein, so Seehofer. In diesem Zusammenhang wurde darauf verwiesen, dass nicht alles, was auf Landesebene politisch umgesetzt wurde, auch die Zustimmung des BdSt-Präsidenten fand. „Wenn man Mitglieder wie Rolf von Hohenhau in der Partei hat, dann braucht man keine Opposition“, kommentierte Seehofer.

Bürgermeisterin Eva Weber, die in Vertretung von OB Kurt Gribl ein Grußwort sprach, bewunderte das Engagement des 70-Jährigen: „Ich frage mich nur, wo er diese Energie hernimmt, so viele Aufgaben zu bewältigen.“ Von Hohenhaus Antwort ließ nicht lange auf sich warten: Das Geheimnis sei, dass er seine Tätigkeiten in der Politik nie als Arbeit gesehen habe, so von Hohenhau. „Politik war schon immer meine Leidenschaft, ich kann gar nicht anders.“ **DK**

sitzt seit 2014 wieder im Augsburg Stadtrat, nachdem er dem Gremium zuvor bereits fast 20 Jahre – bis 2002 – angehört hatte.

Vielfach ausgezeichnet

Große Verdienste erwarb sich von Hohenhau um die Wiederherstellung des in der Bombennacht 1944 völlig zerstörten Goldenen Saals in der Funktion des Geschäftsführers des von Schwabens Handwerkskammer getragenen Fördervereins. Auch für die Revitalisierung der historischen Wallanlagen kämpfte der Jubilar mit Erfolg. Zudem gründete von Hohenhau, der auch Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Augsburg West ist, u. a. die Bürgerinitiative Neue Augsburger Mitte e.V. (NAM), die Fragen der Verkehrsgestaltung in Augsburg aufgreift.

Der Jubilar - vielfach ausge-

Führungsspitze bestätigt...

(Fortsetzung von Seite 1)

dem Sozialministerium als beteiligte Fachressorts das Innenministerium, das Gesundheitsministerium, das Finanzministerium und das Kultusministerium, Vertreter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, die Landeshauptstadt München, die Regierungspräsidenten von Oberbayern und Schwaben, der Polizeipräsident München, der Sprecher der Oberbayerischen Landräte, Vertreter von Wohlfahrtsverbänden und der Bundeswehr. Die Besetzung des Krisenstabes Asyl ist nicht abschließend festgelegt, sondern kann situationsgebunden angepasst werden.

Neben der Flüchtlingspolitik kam Seehofer auch auf die Herausforderungen der Energiewende zu sprechen. Er wies darauf hin, dass Entscheidungen hier „für mindestens eine Generation irreversibel“ seien. Dies gelte es zu berücksichtigen. Die Energiewende werde man nur „im Miteinander in der Regierung und mit Akzeptanz in der Bevölkerung“ erreichen.

Ganztagsangebote

Ein Entgegenkommen der Staatsregierung signalisierte Seehofer bei der Finanzierung von Ganztagsangeboten an Schulen. Bis zum Jahr 2018 sollten alle Schüler bis 14 Jahre ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot erhalten. Kultusminister Ludwig Späth werde dazu zunächst mit den Kommunalverbänden reden, ehe er sich selbst in die Gespräche einschalte, kündigte Seehofer an. Auch die Versorgung des ländlichen Raums mit Breitbandkabeln solle bis 2018 flächendeckend sein. Das gab der Ministerpräsident als Ziel vor.

Gemeindetagspräsident Brandl forderte seinerseits im Umgang mit Flüchtlingen mehr finanzielle Unterstützung von Bund und Freistaat für die Gemeinden. Der derzeitige Personalschlüssel 1:100 für die psychologische und pädagogische Betreuung von Flüchtlingen vor

Ort sei inakzeptabel. Flüchtlinge seien häufig traumatisiert und bedürften besonderer Zuwendung. Viele Ehrenamtliche würden bei der wenigstens vorübergehenden Integration dieser Menschen helfen, erhielten aber bislang keinerlei finanzielle Aufwandsentschädigung. Hier müsse nachgebessert werden. Wünschenswert sei ein Betreuer für 25 Flüchtlinge, der Schlüssel 1:50 „wäre im Rahmen des Erträglichen“.

Informationskette

Zudem monierte Brandl eine vielfach fehlende schnelle und verlässliche Informationskette. Über Zuweisungen von Flüchtlingen und Asylbewerbern müssten rasch die richtigen Stellen, sprich Bürgermeister und die Einwohnermeldeämter, informiert werden. Bezirksregierungen und Landratsämter sollten die Gemeinden und Städte schneller und zielgerichteter über unterzubringende Personen informieren. Brandl: „Es kann nicht sein, dass ein Landratsamt am Freitagnachmittag den Bürgermeister informiert, dass in zwei Stunden ein Bus mit Flüchtlingen vor dem Rathaus steht und sich die Gemeinde um deren Unterbringung zu kümmern hat.“

Auch sehe die derzeitige Rechtslage keine Deutschkurse für Flüchtlinge und Asylsuchende vor. Ein paradoxes Recht, das dem Bund Kosten spart und vor Ort ignorant wirkt. „Das muss sich ändern“, so der Präsident.

Stichwort Energiewende: Hier forderte Präsident Brandl die Bayerische Staatsregierung auf, ein verlässliches Konzept vorzulegen, wie dieses Vorhaben in Bayern praktisch umgesetzt werden soll. Andernfalls schwinde bei den Bürgerinnen und Bürgern die Zustimmung. „Eine Energiewende braucht Planung und eine ordnungspolitische Traute“, machte Brandl deutlich.

Beispiel Windräder: „Die Gemeinden und die Regionalen

Planungsverbände planen - bis die Staatsregierung die 10 H Regelung verkündet. Viele Planungen werden dadurch zu Makulatur. Biogasanlagen? Werden jahrelang gefördert – bis die Bundesregierung die Bremse zieht. Neue Wasserkraftwerke? Scheitern am Widerstand des Naturschutzes und erhalten zu geringe Fördermittel. Gaskraftwerke als Allheilmittel, obwohl Irsching rote Zahlen schreibt? Gleichzeitig zahlt der Bürger jedes Jahr höhere Strompreise. Energiewende absurd?“, fragte Brandl. Er forderte ein staatliches Gesamtkonzept, um die vielen kommunalen Projekte zu koordinieren und in die bayerische, deutsche und europäische Energiestruktur einzubinden. „Wir hängen am Entscheidungstropf der Staatsregierung.“

Aufstockung erforderlich

Mit konkreten Forderungen wartete der Gemeindetagschef auch mit Blick auf die Verhandlungen zum Kommunalen Finanzausgleich 2015 auf. Ausgehend von der bestehenden Verschuldung und der angespannten Finanzlage vieler Kommunen in Bayern und des bestehenden Investitions- und Sanierungsstaus sei trotz des statistischen Zuwachses auf der Einnahmenseite der Kommunen eine Aufstockung der staatlichen Mittel erforderlich. Notwendig sei vor diesem Hintergrund eine Anhebung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund, um damit eine Stärkung der Schlüsselzuweisungen für die Städte, Märkte und Gemeinden zu erreichen.

Zudem sei die Investitionsförderung weiter zu stärken. Daher müsse der kommunale Anteil am Kraftfahrzeugsteuerersatz erhöht werden. Damit könnten der ÖPNV gestärkt und mehr Mittel für die Sicherung der Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung stehen. Notwendig sei, die Pauschalen für Straßenbau und -unterhalt anzuheben. Für die finanz- und

strukturschwachen Städte und Gemeinden forderte Brandl den Ausbau der Stabilisierungshilfen, der über Haushaltsmittel des Staates finanziert werden müsse.

Darüber hinaus sind Brandl zufolge außerhalb des FAG die strukturschwachen Regionen stärker zu fördern. „Nur wenn wir eine funktionierende Infrastruktur, wie ein gutes Straßen- und Wegenetz, ein leistungsfähiges Breitband und ausreichende Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen in erreichbarer Nähe haben, werden wir die Herausforderungen meistern.“

Lob für die Staatsregierung gab es indes beim Thema Breitbandausbau: Der Bau schneller Internetleitungen komme nach langem Stocken nun gut voran, konstatierte Brandl.

Energienutzungspläne

Nach Grußworten von Roland Schäfer, Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des DStGB und Andreas Schätzer, Präsident Südtiroler Gemeindenverband, informierten Prof. Dr. Petra Denk von der Hochschule Landshut und Prof. Dr.-Ing. Markus Brautsch, Ostbayerische Technische Hoch-

schule Amberg-Weiden, über „Energienutzungspläne als konkreter Handlungsleitfaden für die Umsetzung in Kommunen“.

Nach Darstellung der beiden Referenten ermöglichen Energienutzungspläne eine strukturierte und zielgerichtete Vorgehensweise. Der Energienutzungsplan stelle somit eine Weiterentwicklung – und damit eine sinnvolle Ergänzung – des integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes dar. Er könne eigenständig erarbeitet oder aber aufbauend auf ein bereits bestehendes IKSK erstellt werden.

CO2-Emissionen pro Kopf in der Kommune

In der Energiebilanz wird der Energiebedarf der Gemeinde/Stadt ermittelt. Auf Basis der Energiebilanz werden die CO2-Emissionen pro Kopf für Ihre Kommune errechnet und bewertet. In der Potenzialanalyse werden elektrische und thermische Einspar- und Effizienzpotenziale ermittelt, entsprechende Umsetzungspotenziale grafisch dargestellt und schließlich summarisch die Potenziale der erneuerbaren Energien quantifiziert.

Ein Wärmekataster wird erstellt und u. a. über die Kenngröße „Wärmebelegungsdichte“ bewertet. Durch das Projektteam

Akzente in der...

handlungsangebote bereitstellen.

Der Freistaat Bayern unterstütze die Kliniken dabei nach Kräften, das anerkannt hohe Versorgungsniveau zu halten und sich zukunftsfest zu machen. Eine wichtige Voraussetzung dafür sei, dass die notwendigen Investitionen zeitgerecht durchgeführt und finanziert werden. Gemeinsam mit den Kommunen habe der Freistaat seit Einführung der staatlichen Krankenhausförderung im Jahr 1972 rund 21 Milliarden Euro für notwendige Investitionen zur Verfügung gestellt. Damit nehme Bayern im Ländervergleich eine Spitzenposition ein. Jetzt gelte es, in diesen Anstrengungen nicht nachzulassen. Huml: „Wir halten an der staatlichen Finanzierungsverantwortung für Krankenhausinvestitionen konsequent fest. Sie ist ein deutliches Zeichen staatlicher Verantwortung in einem Kernbereich der Daseinsvorsorge.“

Qualitätssicherung im Krankenhaus

Da Qualitätssicherung im Krankenhaus aber immer auch bedeute, sich die Betriebskostenseite anzuschauen, bestehe für Krankenhäuser die Gefahr, auf einem Teil davon sitzen zu bleiben, so die Ministerin. Um dem entgegenzuwirken, bereite auf Bundesebene eine im Koalitionsvertrag vorgesehene Bund-Länder-Arbeitsgruppe Eckpunkte für eine Krankenhausreform vor. Huml, selbst Mitglied dieser Arbeitsgruppe, setze sich nach eigenem Bekunden darin vehement für eine nachhaltige Krankenhausfinanzierung ein: „Zu unseren bayerischen Hauptforderungen gehört, dass die tatsächlichen Kostensteigerungen der Krankenhäuser besser ermittelt und dann auch besser berücksichtigt werden. Ich werde den Reformprozess aktiv mitgestalten und die berechtigten Anliegen der Krankenhäuser, vor allem aber auch der Patientinnen und Patienten weiterhin nachdrücklich vertreten.“

Zum Thema Pflege führte Ministerin Huml schließlich aus: „Auf allen politischen Ebenen ist es eine herausragend wichtige Aufgabe, Vertrauen in gute Pflege in unserem Land zu schaffen. Auf Bundesebene betreiben wir deshalb die Pflegereform mit Hochdruck. Die erste Stufe steht bereits kurz vor ihrem Abschluss.“ Sie bringe unter anderem Leistungsverbesserungen und Flexibilisie-

bestimmte Gebiete werden näher analysiert und wirtschaftlich bewertet. In Szenarien werden die Ergebnisse zu einer „kommunalen Energiestrategie“ schließlich zusammengefasst.

Eine Förderung von Energienutzungsplänen ist in Bayern je nach Bewilligungsentscheid und verfügbaren Mitteln in Höhe von bis zu 70 % durch das Programm „BayINVENT“ des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie möglich.

Eine bayernweite Online-Befragung von Kommunen unterschiedlicher Größenordnung, die bereits einen Energienutzungsplan erstellen, hat ergeben, dass diese insgesamt mit den für sie ausgearbeiteten Energienutzungsplänen zufrieden sind und auch die untersuchten Themenfelder als gewinnbringend für die Gestaltung der künftigen Energieversorgung bewerten. Es wird jedoch auch deutlich, dass die erstellten ENPs deutliche Unterschiede in den Bestandteilen und in ihrer Konkretheit aufweisen. Eine Vereinheitlichung zur Vergleichbarkeit zukünftiger ENPs wird als wünschenswert erachtet. Dies ist nun u. a. Ziel der offenen Arbeitsgemeinschaft, die vom Bayerischen Gemeindetag gegründet wurde. **DK**

Schelles Internet...

(Fortsetzung von Seite 1)

jetzt gesetzten 50 Mbit/s zu ermöglichen.

Um eine flächendeckende Versorgung mit hochleistungsfähigen Breitbandanschlüssen sicherzustellen, sollte der Breitbandausbau vor allem auf Ebene der Landkreise oder im gemeindeübergreifenden Zusammenwirken unter Einbindung der örtlichen Wirtschaft gezielt unterstützt werden. Außerdem müssen die Voraussetzungen für einen rechtssicheren Einsatz innovativer und kostengünstiger Verlegungsmethoden geschaffen werden. DBV, DLT und ZDH fordern Bund und Länder auf, die Voraussetzungen für eine schnelle Vergabe zusätzlicher Frequenzen für den mobilen Breitbandausbau zu schaffen, und damit vor allem die ländlichen Räume versorgen. Die Mittel aus der Vergabe von Frequenzen für mobile Netze müssen zweckgebunden für den Breitbandausbau in unterversorgten ländlichen Gebieten eingesetzt werden. Darüber hinaus sind ausreichend dotierte Förderprogramme aufzulegen.

5 Punkte für einen erfolgreichen Breitbandausbau

Die Forderungen des Deutschen Bauernverbands, des Zentralverbands des Deutschen Handwerks und des Deutschen Landkreistages im einzelnen:

- Deutscher Bauernverband, Deutscher Landkreistag und Zentralverband des Deutschen Handwerks treten dafür ein, dass

auch in ländlichen Räumen Glasfasernetze rasch und möglichst nah an die Nutzer schnellen Internets herangeführt werden. Je näher Glasfaser an die Nutzer gelangt, umso höhere Übertragungsraten und Kapazitäten sind erreichbar. Eine Versorgung mit 50 Mbit/s kann dabei nur ein Zwischenziel sein; auf längere Frist werden wesentlich höhere Übertragungsraten erforderlich sein.

Klare Verantwortlichkeiten

- Deutscher Bauernverband, Deutscher Landkreistag und Zentralverband des Deutschen Handwerks treten für klare Verantwortlichkeiten beim Breitbandausbau in der Region ein. Um eine flächendeckende Versorgung mit hochleistungsfähigen Breitbandanschlüssen sicherzustellen, sollte der Breitbandausbau in territorialen Einheiten wie Landkreise oder im gemeindeübergreifenden Zusammenwirken unter Einbindung der örtlichen Wirtschaft vorangetrieben werden.

- Deutscher Bauernverband, Deutscher Landkreistag und Zentralverband des Deutschen Handwerks sprechen sich dafür aus, die in der Kostenreduzierungsrichtlinie der EU enthaltenen Vorgaben zu einer optimalen Nutzung von Synergien und zur Reduzierung der Tiefbaukosten durch eine bessere Koordinierung von Bauarbeiten zeitnah in nationales Recht umzusetzen. Außerdem müssen die Voraussetzungen für einen rechtssicheren Einsatz alternativer kosten-

günstiger Verletechniken unter Berücksichtigung der anerkannten Regeln der Technik geschaffen werden (Micro- und Minirenting, untefe Verlegungen).

- Deutscher Bauernverband, Deutscher Landkreistag und Zentralverband des Deutschen Handwerks fordern Bund und Länder auf, noch im Jahr 2014 die Voraussetzungen für eine schnelle Vergabe zusätzlicher Frequenzen für den mobilen Breitbandausbau zu schaffen. Die Vergabe der Frequenzen ist mit einer Auflage zur prioritären Versorgung der ländlichen Räume mit hochwertigen Breitbandanschlüssen zu verbinden.

Frequenzvergabe

- Deutscher Bauernverband, Deutscher Landkreistag und Zentralverband des Deutschen Handwerks fordern Bund und Länder auf, die vorgesehenen Förderprogramme für den Breitbandausbau zeitnah und in angemessenen Umfang auf den Weg zu bringen. Die Mittel aus der Vergabe von Frequenzen für mobile Netze müssen zweckgebunden für den Breitbandausbau in unterversorgten ländlichen Gebieten eingesetzt werden und auch für kommunale Initiativen zur Verfügung stehen. Bei der KfW sollte noch 2014 das angekündigte Sonderfinanzierungsprogramm aufgelegt werden. Ein kommunales Konzessionsrecht kann die wirtschaftliche Tragfähigkeit von Breitbandprojekten in ländlichen Räumen deutlich verbessern und sollte verstärkt angewandt werden. □

rungen, so dass für jeden Pflegebedürftigen eine individuelle Betreuungsförm gefunden werden kann. Dies entspreche auch langjährigen bayerischen Forderungen.

In diesem Zusammenhang steht für Huml außer Frage: „Die Kommunen müssen in die pflegerische Versorgung und damit in den Reformprozess eingebunden werden. Ihre Kompetenz und Gestaltungskraft vor Ort ist für die Pflege unverzichtbar.“ Eine neue Bund-Länder-Arbeitsgruppe soll deshalb unter Beteiligung kommunaler Vertreter ausloten, wo und wie die Kommunen sich stärker einbringen und ihre Strukturen vor Ort nutzen können. Vor kurzem habe die Auftaktveranstaltung stattgefunden. Der Draht zu den Gemeinden sei langfristig wesentlich, um flächendeckend und zugeschnitten auf lokale Besonderheiten Angebote für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen zu schaffen.

Pflegebedürftigkeitsbegriff

Im zweiten Reformschritt wird laut Huml der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff kommen. Dieser werde für ein gerechteres und genaueres Einstufungssystem sorgen. Zum Beispiel können Demenzkranke dann früher als pflegebedürftig anerkannt werden und Leistungen aus der Pflegeversicherung erhalten.

Auch auf Landesebene sei der Freistaat hochaktiv, um die Pflegegeldschaffung zu stärken, erklärte die Ministerin. Gefördert würden über 100 Fachstellen für pflegende Angehörige und ca. 500 niedrigschwellige Betreuungsangebote zu ihrer Entlastung. Auf der Agenda stehe überdies die Förderung neuer ambulanter Wohnformen, um wirklich jedem Pflegebedürftigen eine individuell altersgerechte Lebensform zu ermöglichen. Im Vordergrund aber stehe das Bemühen um ausreichend und gut qualifizierte Fachkräfte.

Die sog. HERZWERKER-Kampagne habe bereits zu einer steigenden Zahl von Auszubildenden (plus 20 Prozent) in der Pflege geführt. Bayern habe das Schulgeld faktisch abgeschaft und setze sich auf Bundesebene für eine einheitliche Pflegeausbildung ein, die gerechter und solidarisch finanziert werden müsse. „Sie muss auf mehrere Schultern verteilt werden“, so Humls abschließender Appell. **DK**

Gemeindefinanzbericht 2014:

Finanzbeziehungen neu regeln

Die Aussichten für die Kommunalfinanzen haben sich verschlechtert. Wie der Gemeindefinanzbericht 2014, den der Deutsche Städtetag unter dem Titel „Finanzbeziehungen neu regeln, Städte stärken“ vorgelegt hat, ausweist, sind die noch im vergangenen Jahr geäußerten Erwartungen auf einen sicheren und deutlichen Finanzierungsüberschuss auf der kommunalen Ebene geschrumpft zu Hoffnungen, dass eine „schwarze Null“ erreicht werden kann.

Die Prognose der kommunalen Spitzenverbände rechnet, ausgehend von einem Finanzierungssaldo von plus 1,7 Milliarden Euro im abgelaufenen Jahr, für das laufende Jahr mit einem Finanzierungssaldo von lediglich plus 1,4 Milliarden Euro.

Trotz der Berücksichtigung von einer zusätzlichen Milliarde an Bundesmitteln wird auch für die kommenden drei Jahre – mit klar abnehmender Tendenz – im Durchschnitt ein Finanzierungssaldo von plus 1,5 Milliarden Euro unterstellt. Ursache für die enttäuschten Erwartungen des vorigen Jahres und die abgesenkten Überschussprognosen für die kommenden Jahre sind – wieder einmal – die Ausgaben für soziale Leistungen. Diese sind im vergangenen Jahr weit

stärker gestiegen als allgemein erwartet.

Eine Dämpfung des Ausgabenanstiegs ist laut Gemeindefinanzbericht nicht in Sicht. Auch scheint der Nachholbedarf für Investitionen weit größer zu sein als bislang unterstellt. Der geringe Überschuss bedeutet zweierlei: Erstens ist festzuhalten, dass in vielen Städten die Krise der Kommunalfinanzen anhält. Bei diesem niedrigen Durchschnitt, der die Summe aus den Überschüssen und Defiziten in allen Kommunalhaushalten darstellt, können eine Vielzahl von Kommunen weiterhin defizitäre Haushalte nicht vermeiden. Zweitens ist – nicht ohne Besorgnis – festzuhalten, dass bereits kleine Prognoseabweichungen oder geringe zusätzliche Belastungen der Kommunen dazu führen

werden, dass die kommunalen Haushalte insgesamt ein Defizit aufweisen.

Der Beirat des Stabilitätsrats empfiehlt dagegen, nennenswerte Überschüsse anzustreben. Die prognostizierten durchschnittlichen Finanzierungssalden von gerade 20 Euro je Einwohner entsprechen nicht diesen Anforderungen. Bereits eine Erhöhung der durchschnittlichen Schuldzinsen der Kommunen um einen Prozentpunkt oder aber ein zusätzlicher jährlicher Anstieg der Ausgaben für soziale Leistungen um einen halben Prozentpunkt würde die Kommunen im Prognosezeitraum ins Defizit drücken. Auch die absehbare Erhöhung des Grundfreibetrages bei der Einkommensteuer gehört zu diesen Risiken.

Kassenkreditbestand

Bei der Entwicklung des kommunalen Kassenkreditbestandes kann ebenfalls keine Entwarnung gegeben werden: Zwar ist bei bundesweiter Betrachtungsweise für

die kommunalen Kassenkredite seit dem ersten Quartal 2012 an Stelle des steilen Anstiegs eine Seitwärtsbewegung getreten, so dass der Kassenkreditbestand weiterhin knapp unter 50 Milliarden Euro liegt. Auffällig ist aber, dass bei genauerer Betrachtung keineswegs von einer Seitwärtsbewegung gesprochen werden kann: Bereinigt man die Kassenkreditentwicklung um Einmaleffekte aus den verschiedenen Konsolidierungsprogrammen, sind weiterhin Kassenkreditanstiege zu vermelden.

Fiskalpolitische Zeitbombe

Mehr noch als die Entwicklung der Kassenkredite ist jedoch die Höhe des Kassenkreditbestandes für den Deutschen Städtetag ein Anlass zur Sorge: Aufgrund der kurzen Laufzeiten von Kassenkrediten sind die finanzschwachen Kommunen mit hohem Kassenkreditbestand besonders vom Zinsänderungsrisiko betroffen. Dass sich bei steigenden Zinsen dementsprechend die Haushaltsprobleme gerade der kassenkreditbelasteten Städte unvermittelt und massiv vergrößern werden, ist eine „fiskalpolitische Zeitbombe“. Steigende Zinsniveaus können in kürzester Frist kommunale Sanierungspläne Makulatur werden lassen.

Teufelskreis

Mit Sorge betrachtet der Deutsche Städtetag die Lage der strukturschwachen Städte. Deren Zukunftsaussichten verschlechtern sich zunehmend. Der selbstverstärkende Teufelskreis von schlechter Wirtschaftslage, schwieriger Sozialstruktur, hohen Ausgaben vor allem im Sozialbereich und niedrigen Einnahmen sowie abnehmender Standortattraktivität und besonders verfallender Infra-

struktur setzt diesen Städten enorm zu.

Im Bundesvergleich lassen sich allein anhand von finanzstatistischen Daten folgende Muster erkennen: In den finanzstärkeren Ländern und kommunalen Gebietskörperschaften tritt bei der Verwendung weiterer Einnahmewachse der Erhalt oder sogar der Ausbau der Infrastruktur neben den Schuldenabbau als gleichberechtigtes Ziel hinzu. Nennenswerte Zuwächse des Finanzierungsüberschusses sind vorerst nicht mehr zu verzeichnen bzw. zu erwarten. Das Investitionsvolumen bayrischer Kommunen überstieg mit 472 Euro je Einwohner um nahezu 200 Euro den Durchschnitt der Kommunen insgesamt. Es ist nahezu doppelt so hoch wie in den anderen Kommunen.

Investitionsniveau

In den finanzschwächeren Kommunen hat die Haushaltskonsolidierung oberste Priorität, so dass hierfür die ohnehin im bundesweiten Vergleich niedrigen Investitionsniveaus nochmals abgesenkt werden. Als Beispiel können die Kommunen in den vier Flächenländern mit negativen kommunalen Finanzierungssalden herangezogen werden. Hier hat sich der Abstand des Investitionsniveaus zum bundesdeutschen Schnitt vergrößert. In NRW und dem Saarland z. B. betragen die Investitionen nur 60 Prozent oder weniger des Durchschnitts. In Bayern lag das kommunale Investitionsniveau dreimal so hoch wie in NRW.

Eine Fülle weiterer Themen sind für die Zukunft der Kommunen relevant – und für ihre Möglichkeiten, im Sinne ihrer Bürgerinnen und Bürger arbeiten zu können. Im Zusammenhang mit der Staatsschuldenkrise hat die Europäische Kommission eine Initia-

tive gestartet, um eine einheitliche Rechnungslegung der öffentlichen Haushalte in Europa (und damit auch eine belastbare und aussagekräftige Statistik) durchzusetzen.

Bezüglich der Einführung dieser als EPSAS bezeichneten neuen Standards sind laut Deutschem Städtetag an vielen Stellen Zweifel angebracht, ob die angestrebten Ziele tatsächlich erreicht werden können, ob sie nicht einfacher erreicht werden können und ob sie im Rahmen des vorgesehenen Zeitraumes erreicht werden können. Die Frage, ob die bereits jetzt absehbaren Kosten der Einführung gerechtfertigt sind, kommt hinzu. Um nur ein Beispiel für Fragwürdigkeiten zu nennen: Die mittels der EPSAS produzierten Daten sollen für die Analyse der Schuldentragfähigkeit der öffentlichen Analyse nutzbar sein – sie orientieren sich aber an einem Bewertungsprinzip öffentlichen Vermögens, das erstens große Bewertungsspielräume zulässt und zweitens zu Wertansätzen führt, die im Konjunkturzyklus stark schwanken.

Warnrufe

Das Erfolgsmodell der interkommunalen Kooperation droht durch jüngere Entwicklungen in der Umsatzsteuer-Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs wirtschaftlich zu werden. Der Bund und die Länder haben jedoch inzwischen die Warnrufe und Handlungsvorschläge der Kommunen aufgenommen und planen bereits eine gesetzliche Absicherung der bisherigen Verwaltungspraxis. Trotzdem werden von kommunaler Seite noch große Aufklärungsarbeiten notwendig sein, damit eine umfassende Steuerfreistellung interkommunaler Kooperationen dauerhaft erhalten bleibt, prognostiziert der Deutsche Städtetag. **DK**

Höhere Fördersatzes bis zu 90 % - Servicestelle „Bayern Regional“

„Als eine Säule der Heimatstrategie ist Regionalmanagement ein wichtiger Schlüssel. Regionalmanager sind die Aktivierer des ländlichen Raums“, sagte Dr. Markus Söder, Finanz- und Heimatminister, bei der Vorstellung der neuen Förderrichtlinie für Regionalmanagement in München. Ziel von Regionalmanagements ist es, den ländlichen Raum aktiv bei der Bewältigung von strukturellen und demografischen Herausforderungen zu unterstützen. Mehr als 76 % aller bayerischen Kommunen nutzen die Möglichkeiten dieser Initiativen.

„Regionalmanagements helfen, den ländlichen Raum für die Wirtschaft attraktiv zu machen. Gleichzeitig verbessern sie berufliche Perspektiven – das hält besonders die jungen Menschen im Ort. Ländlicher Raum hat Zukunft“, so Söder weiter. Die Förderrichtlinie wird deshalb überarbeitet und deutlich verbessert. Wichtigste Neuerungen der neuen Richtlinie sind die verbesserten Fördersatzes,

die deutlich angehobene Förderhöchstsumme und die erweiterten Fördermöglichkeiten. Die neue Richtlinie wird zum 1. Januar 2015 in Kraft treten.

Kompetente Beratung

Eine neu eingerichtete Servicestelle „Bayern Regional“ am Heimatministerium wird alle beteiligten Akteure zu den neuen Förder-

möglichkeiten beraten – vor allem auch für komplexe Programme vom Bund oder EU. „Die Servicestelle wird ein ‚Ideenbeschleuniger‘ sein und dabei helfen, Projekte einer Region ins ganze Land zu bringen“, kündigte Söder an. „Bayern Regional“ wird auch aktiv auf Regionen zugehen, die noch kein Regionalmanagement haben. Startschuss für „Bayern Regional“ ist am 1. November 2014.

Mehr Fördermöglichkeiten

Bislang hat der Freistaat 1,5 Millionen Euro pro Jahr für Regionalmanagement zur Verfügung gestellt, diese Summe wurde kraftvoll angehoben. Wenn zukünftig alle Regionalmanagements die angebotene Förderung voll ausschöpfen, investiert der Freistaat hierfür bis zu sieben Millionen Euro pro Jahr. Auch die Fördermöglichkeiten wurden deutlich ausgeweitet. Mit der neuen Richtlinie können auch konkrete Projekte finanziell gefördert werden.

„Wir fördern Zukunftsprojekte, die von der Region für die Region entwickelt werden. Die Kommunen erhalten so wirksame, gezielte und passgenaue Unterstützung“, betonte Söder. Unterstützt werden Projekte unter anderem zu den Themen Demografischer Wandel, Wettbewerbsfähigkeit und regionale Identität. Gleichzeitig werden die einzelnen Fördersatzes erhöht. Für einzelne Kommunen sind bis zu 90 % Förderung möglich.

Lange Tradition

Regionalmanagement hat in Bayern eine lange Tradition. Die erste Initiative im Freistaat wurde vor zwei Jahrzehnten ins Leben gerufen. Seither haben viele Regionalmanager kreativ gestaltet, starke Netzwerke aufgebaut und Unterstützer vor Ort für ihr Engagement gefunden. Alleine seit 2007 hat der Freistaat die Regionalmanagements mit insgesamt 18,5 Millionen Euro gefördert. Insgesamt 53 Regionalmanagements decken 78 % der Fläche Bayerns und 85 % des ländlichen Raums ab.

Die Informationsbroschüre „Chancen erkennen, Heimat gestalten“ zum Thema Regionalmanagement kann im Broschürenportal der Bayerischen Staatsregierung heruntergeladen werden. □

Finanzminister Söder:

Fast 100 neue Mitarbeiter für Finanzverwaltung

„Jeder Finanzbeamte finanziert sich selbst“, betonte Finanzminister Dr. Markus Söder. Zu einer starken Finanzverwaltung gehört neben einer erstklassigen Ausbildung auch genug Personal. Seit Söder das Amt des Finanzministers übernahm, wurden rund 1.500 neue Plan- und Anwärterstellen geschaffen. „Wir haben zur Zeit 2.000 junge Beamte in Ausbildung - ein bayerischer Rekord und ein Spitzenplatz in Deutschland“, sagte Söder. Der Finanzminister nahm jetzt persönlich 964 motivierten und qualifizierten jungen Berufsanfängern in der Münchener Residenz die Eidesformel ab.

Insgesamt arbeiten rund 21.000 Personen in der bayerischen Finanzverwaltung. Seit 2013 wurden mehr als 3.000 neue Finanzbeamte eingestellt. Mit den neuen Beamten werden nicht nur abgehende Beamte ersetzt, sondern zusätzliche Personen eingestellt. Bayerische Beamte verdienen im Bundesvergleich sehr gut. Ein bayerischer Steuerhaupteinkünfte erhält im Jahr rund 1.100 Euro mehr als ein vergleichbarer Beamter in NRW. Söder: „Wir investieren in unsere Finanzverwaltung und machen sie so effektiver und besser.“

Gerechte Umsetzung des Steuerrechts

Aufgabe der zukünftigen Finanzbeamten wird es sein, durch eine gerechte Umsetzung des Steuerrechts für die Finanzierung des Staates zu sorgen. Immerhin stammen 20 Prozent des bundesweiten Steueraufkommens aus Bayern.

Wir haben viel für unsere Bildungseinrichtungen getan und werden auch weiterhin investieren“, kündigte Söder an. Die Landesfinanzschule in Ansbach wird für rund 47 Millionen Euro fortentwickelt und ausgebaut. Geplant ist ein modernes Aus- und Fortbildungszentrum, der „Finanzcampus Ansbach“, mit künftig rund 700 Studien- und Fortbildungsplätzen.

In Herrsching wurde ein Erweiterungsbau mit 120 Unterkünften und 3 neuen Lehrsälen in Betrieb genommen. Auch Kaufbeuren wird als wichtiger Standort erhalten. Zusätzlich wird ein neuer Standort des Fachbereichs Finanzwesen in Kronach im Umfang von 200 Studienplätzen aufgebaut. □

Der Unterschied beginnt beim Namen

Wir sind den Menschen verpflichtet: 50 Millionen Kunden mit 50 Millionen unterschiedlichen Bedürfnissen. Deshalb verkaufen wir nicht einfach Finanzprodukte, sondern erklären sie so, dass jeder sie versteht. Da, wo unsere Kunden sind, da sind auch wir zu Hause. Deshalb bieten wir nicht nur Sicherheit für ihr Geld, sondern

Unterstützung für die ganze Region. Als Finanzierungspartner Nr.1 fördern wir das Wachstum des Mittelstands und einen Großteil der Existenzgründungen in Deutschland. Das sichert Arbeitsplätze. Wir entwickeln die Lösungen von morgen, weil wir

an Sie und die Zukunft glauben. Schon heute haben wir zum Beispiel die meistgenutzte Finanz-App. Erleben Sie den Unterschied. Bei Ihrer Sparkasse vor Ort und auf www.sparkasse.de wenn's um Geld geht - Sparkasse

Entdecken Sie mehr Unterschiede auf sparkasse.de

Ausbildungsstart:

Sparkassen 2014 wieder starke Ausbilder in der Region

Die 71 bayerischen Sparkassen gehören auch 2014 zu den attraktivsten Ausbildern in Bayern. Zum Ausbildungsbeginn im September haben rund 1.250 Auszubildende und Studenten ihren Berufsweg in der Sparkasse angetreten. Damit sind nun wieder alle angebotenen Ausbildungsplätze mit motivierten jungen Menschen besetzt, die eine Ausbildung in einem regionalen Kreditinstitut als soliden Karrierestart sehen. Trotz allgemein rückläufiger Bewerberzahlen können die bayerischen Sparkassen so ihre überdurchschnittliche Ausbildungsquote von mehr als 10 Prozent halten.

Je ein Auszubildender kommt in den bayerischen Sparkassen auf zehn Beschäftigte. Insgesamt wurden in den vergangenen 20 Jahren 44.500 junge Menschen ausgebildet. Das zeigt, dass die bayerischen Sparkassen nachhaltig attraktive Ausbilder in den Regionen sind und so die Grundlagen für die auch künftig stabile und moderne finanzwirtschaftliche Versorgung im gesamten Freistaat festigen.

Investition

„Wir investieren ganz bewusst in die junge Generation, die unser erfolgreiches regionales Geschäftsmodell in die Zukunft trägt“, so Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern. „In einer Zeit, in der nicht überall Ausbildungsplätze mit geeigneten Kandidaten besetzt werden können, findet die sogenannte „Generation Y“ gerade in den Sparkassen ideale Arbeitgeber.“ Denn für sie zähle nicht nur Leistungsbereitschaft und wirtschaftlicher Erfolg, sondern auch sinnstiftende Aufgabenstellungen und kreative Herausforderungen. In einer Spar-

kasse spielten letztlich genau diese Faktoren zusammen: „Effizienz und Wirtschaftlichkeit, Gemeinwohlorientierung und das Maßschneidern von individuellen Finanzlösungen bilden den Rahmen, innerhalb dessen die Auszubildenden schon in kurzer Zeit ihr ganzes Potenzial entfalten und weiterentwickeln können“, so Netzer.

Die Sparkassen sind die beliebtesten Arbeitgeber unter allen Finanzdienstleistern. Das ist das Ergebnis des „trendence Schülerbarometers 2014“, Deutschlands größter Schülerbefragung. Mit den Themen Gehalt, Kollegialität, attraktive Standorte, Work-Life-Balance und soziale Verantwortung sind die Sparkassen im Bewusstsein der jungen Menschen positiv verankert. Im Mai 2014 wurden die Sparkassen auch bei den „Employer Branding Awards“ des Forschungsinstituts trendence ausgezeichnet: Die Studierenden nehmen die Sparkassen vor anderen Finanzinstituten als verantwortungsbewusste und sozial engagierte Arbeitgeber wahr.

Die bayerischen Sparkassen beschäftigten 2013 über alle

Ausbildungsjahre hinweg insgesamt 3.636 Auszubildende und Trainees. 61 Prozent der bayerischen Sparkassen bieten außerdem die Möglichkeit eines ausbildungsintegrierten Bachelor-Studiums an, der Trend zum dualen Studium setzt sich fort. Obwohl das Ausbildungsangebot insgesamt gut genutzt wird, stellen die bayerischen Sparkassen fest, dass die Auswahl an geeigneten Bewerbern abnimmt.

Sowohl der demografische Wandel als auch der Trend zur Aufnahme eines Studiums schränken den Bewerberkreis für Ausbildungsplätze gegenüber früheren Jahren deutlich ein. Sparkassenpräsident Netzer for-

dert angesichts dieser Entwicklung: „Die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems hat in den vergangenen Jahren zugenommen, es gibt mehr Möglichkeiten, Bildungswege miteinander zu verknüpfen. Der Karrierestart in einem Ausbildungsberuf legt dafür eine solide Basis und muss schon deshalb mehr Anerkennung erfahren.“

Interaktive Tests

Für den Ausbildungsbeginn 2015 finden Interessierte bereits jetzt Informationen (z. B. Filme, Broschüren und interaktive Tests) zu diesem abwechslungsreichen und spannenden Ausbildungsberuf sowie zu weiteren Angeboten zur Erstausbildung auf der Homepage ihrer Heimatsparkasse, der Homepage der Sparkassen-akademie Bayern unter www.sparkassenakademie-bayern.de oder über das bayernweite Karriereportal der Sparkassen www.s-karriere-bayern.de. □



Die Referenten des Kommunalforums der Sparkasse: Michael Böhm (3. v. r.) und Thorsten Schöttner (3. v. l.) mit dem Hausherrn Udo Feser (2. v. r.), den beiden Vorständen Rita Smischek (r.) und Daniela Heil (2. v. l.) sowie dem Kommunalkundenbetreuer Bruno Werzinger (l.). □

Kommunalforum der Sparkasse Mittelfranken-Süd

Die Sparkasse Mittelfranken-Süd hatte kürzlich die Landräte, Bürgermeister, Kämmerer und weitere Funktionsträger der Städte und Gemeinden aus der Stadt Schwabach, dem Landkreis Roth und dem Altlandkreis Weißenburg zum 9. Kommunalforum in das private Museum der Familie Feser „Feser Tradition“ eingeladen. Heuer standen die Themen Bürgerstiftung und Energiewandel auf dem Programm.

Udo Feser - Seniorchef der Autohäuser Feser - begrüßte die Anwesenden als Hausherr und stellte Unternehmen und Museum vor. Über 80 Oldtimer und Zweiräder aus der Privatsammlung von Udo Feser haben hier seit 2012 ihren Platz gefunden. Rita Smischek, stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes der Sparkasse Mittelfranken-Süd bedankte sich bei der Familie Feser dafür, dass die Sparkasse für ihr Kommunalforum hier Gast sein durfte.

Fachleute für Spezialthemen vor Ort

Nach der Begrüßung der anwesenden kommunalen Vertreter, stellte sie kurz die Ansprechpartner der Sparkassen-Verbundpartner sowie die eigenen Spezialisten vor. Die Sparkasse Mittelfranken-Süd selbst unterstützt die Kommunen mit Fachleuten für Spezialthemen vor Ort. Neben dem Kommunalkundenbetreuer Bruno Werzinger, sind dies Michael Böhm, wenn es um Stiftungen geht und Thorsten Schöttner für das Thema Erneuerbare Energien.

Als erster Referent stellte Michael Böhm Kommunale Bürgerstiftungen unter dem Dach der Stiftergemeinschaft der Sparkasse Mittelfranken-Süd vor. Bürgerschaftliches Engagement zu fördern ist gerade in der Kommunalpolitik eine der Aufgaben unserer Zeit. Bürgerstiftungen sind hierzu in idealer Weise geeignet. Mit einer Bür-

gerstiftung können Kommunen Bürgern und Unternehmen aktiv ein Angebot unterbreiten, sich auch finanziell durch Spenden, Zustiftungen, Vermächtnisse und Erbschaften für die Gemeinde außerhalb des kommunalen Haushalts zu engagieren.

Bürgerstiftung

Mit der Errichtung einer Bür-

DSGV-Präsident Fahrenscho:

Anleger besser vor Finanzvermittlern schützen

Für eine einheitliche Aufsicht aller Finanzvermittler durch die BaFin hat sich der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), Georg Fahrenscho, ausgesprochen. „In diesem Bereich müssen die Anleger besser geschützt werden. Es muss sichergestellt werden, dass der Vertrieb fachkundig kontrolliert wird. Den Blendern der Branche, die die Kunden mit nicht haltbaren Renditeversprechen locken, muss das Handwerk gelegt werden“, so Fahrenscho in seiner Rede anlässlich des 8. Bayerischen Finanzgipfels in München.

Die Schadenshöhe durch Investitionen in den grauen Kapitalmarkt sei in einer Studie im Auftrag der Stiftung Warentest erst jüngst auf 30 Milliarden Euro jährlich geschätzt worden. Allein im Fall Prokon habe die durchschnittliche Investitionshöhe bei 19.200 Euro gelegen. „Sehr viel Geld, dass bei einer fachkundigen Analyse des Geschäftsmodells vielleicht nicht verloren gegangen wäre. Der gesamte Bereich des grauen Kapitalmarktes muss endlich besser reguliert werden“, so Fahrenscho.

gerstiftung schaffen die Kommunen hierfür - wie Michael Böhm dies bildhaft darstellte - einen „Landeplatz“. Die Sparkasse Mittelfranken-Süd bietet den Kommunen die Plattform, da die Bürgerstiftung innerhalb der Stiftergemeinschaft der Sparkasse errichtet werden kann. Dies erspart der Kommune Kosten und Verwaltungsaufwand. Die Gründung ist bereits mit einem Grundstockvermögen ab 10.000 Euro möglich. Die Sparkasse fördert dann diese Bürgerstiftung mit weiteren 10.000 Euro.

Thorsten Schöttner - Berater für Erneuerbare Energien - stell-

te anschließend als zweiter Referent die Unterstützungsleistungen der Sparkasse für die Kommunen vor, wenn es um Erneuerbare Energien, Energieeinsparung und Energieeffizienz geht. Er ging im Rahmen seines Vortrages ausführlich auf die Eckpunkte der kürzlich verabschiedeten EEG-Reform 2014 ein und deren Auswirkungen für Kommunen und Unternehmen.

Informationsaustausch

Anschließend führten die Herrn Udo Feser und Uwe Feser die Teilnehmer exklusiv durch ihr Museum. Nach dem Schlusswort der stv. Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse Rita Smischek hatten alle noch ausreichend Gelegenheit zum Informationsaustausch mit den Referenten und den Experten der Sparkassen-Verbundpartner. □

Unbegrenzte Geldschöpfung eindämmen

Fahrenscho warnt vor neuen Verwerfungen auf Finanzmärkten

Vor einer neuen Krise auf den internationalen Finanzmärkten hat der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), Georg Fahrenscho, bei der Herbsttagung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds in Washington gewarnt. „Viele Probleme auf den Finanzmärkten sind nicht gelöst, sondern mit zu viel billigem Geld zugedeckt worden. Gleichzeitig steigen die globalen Ungleichgewichte. Dies alles ist nicht zuletzt Ergebnis von geld- und finanzpolitischen Maßnahmen zur Eindämmung der Krise“, so Fahrenscho.

Im siebten Jahr der Wirtschaftskrise sei es Zeit, weg von kurzfristig wirkenden Krisenmaßnahmen zu kommen. Stattdessen müssten langfristig wirkende strukturelle Veränderungen geschaffen werden. „Es muss darum gehen, solche Krisen künftig weniger wahrscheinlich zu machen“, so Fahrenscho.

Umsteuerung

Zentrale politische Gestaltungsaufgabe der Zukunft sei es, eine stärkere realwirtschaftliche Anbindung der Geld- und Währungspolitik, der Haushaltspolitik und nicht zuletzt der Finanzmärkte sicherzustellen. „Trotz der Erfahrungen der Finanzkrise haben sich die Finanzmärkte weiter von den Bedürfnissen von Millionen Menschen nach wirtschaftlicher Teilhabe entfernt. Hier muss umgesteuert werden“, sagte der DSGV-Präsident. So sei es beispielsweise eine ungewollte Nebenwirkung der intensiven Bankenregulierung, dass der Schattenbankensektor immer weiter wachse. „Geschäfte werden in Strukturen ausgelagert, die immer noch weitgehend unreguliert sind. Statt die Märkte sicherer zu machen, werden so

neue Stabilitätsrisiken geschaffen“, sagte der DSGV-Präsident.

Fahrenscho wies weiter darauf hin, dass der Ordnungsrahmen für das Weltwährungssystem nicht stimmig und das System flexibler Wechselkurse eine der Ursache für Instabilitäten sei. Fahrenscho: „Es sollte daher über internationale Abstimmungen zur Begrenzung der Geldschöpfung nachgedacht werden. Es ist auf Dauer unter Stabilitätsgesichtspunkten nicht hinnehmbar, dass jenseits des Bedarfs der Realwirtschaft Geld geschöpft werden kann.“

Abgestufte Regulierung

Fahrenscho machte deutlich, dass die Zeit der Ideologie für den Vorrang von Kapitalmarkt gegenüber Bankensystemen, für unbedingte Liberalisierungen und gegen regional ausgerichtete, durch die Bevölkerung getragene kreditwirtschaftliche Strukturen vorbei sei. So sei es z. B. in den USA völlig normal, unterschiedliche Geschäftsmodelle von Kreditinstituten auch einer deutlich abgestuften Regulierung zu unterwerfen. „Es wird Zeit, dass diese Entwicklung auch in Europa gehört, verstanden und aufgegriffen wird“, so Fahrenscho. □



Sven Moussong, Kreissparkassen-Vorstandsvorsitzender Richard Fank, Schulamtsdirektor Johannes Wirsing und Kerstin Moussong (v. l.) mit den Kindern Fabia und Aurel gaben den Startschuss für 40 Schulvorstellungen des Figurentheaters. Bild: Kreissparkasse

Für die Schulen im Landkreis Augsburg:

Kreissparkasse unterstützt Moussong-Theater

Nach der Beschaffung von Naturkisten für Exkursionen im Rahmen der Umwelterziehung (2012) und der Förderung von Tanz-Workshops (2013) wird die zentrale Schulschule der Kreissparkasse Augsburg in Höhe von 10.000 Euro heuer für ein hochwertiges kulturelles Angebot verwendet: Im kommenden Schuljahr 2014/15 unterstützt das Geldinstitut 40 Vorstellungen mit dem Moussong Theater mit Figuren in den Grund-, Mittel- und Förderschulen des Landkreises.

Jede Vorstellung wird mit 250 Euro „subventioniert“, so dass sich der Eigenanteil der Schüle-

stricke, die für die Verbraucher ohne fundierte Beratung kaum zu erkennen seien.

„Deshalb sind wir gegen die zwangsweise Honorarberatung. Deshalb treten wir so vehement für die provisionsbasierte Beratung ein. Sie passt in unsere Soziale Marktwirtschaft, die allen Menschen Teilhabe eröffnen möchte. Dazu gehört eben auch: fundierte Beratung für den sicheren Vermögensaufbau“, so Fahrenscho. □

rinnen und Schüler kräftig reduziert. Das Angebot umfasst sämtliche Inszenierungen, die das Moussong-Theater derzeit im Gastspielrepertoire hat.

Neu im Spielplan

Ganz neu im Spielplan des in Stadtbergen ansässigen Figurentheaters ist ab Oktober das Stück „Der Talentdieb in der Tasche“, das Kerstin und Sven Moussong selbst konzipiert und inszeniert haben.

Weitere Informationen unter: www.moussong.de □

Großbanken vs. Regionalbanken:

Netzer warnt vor Gleichmacherei in der Finanzmarktregulierung

Im Vorfeld zur Herbsttagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) haben Notenbanker und Aufseher angemahnt, dass die Gefahr erneuter Finanzkrisen noch nicht gebannt sei. Das in der zurückliegenden Krise offenkundig gewordene Dilemma des „too big to fail“ sei noch nicht befriedigend gelöst, die Finanzmarktregulierung müsse nicht nur Eigenkapitalstärkung, sondern auch weitere Möglichkeiten zur Umwandlung von Fremd- in Eigenkapital vorsehen. Dr. Netzer, Präsident des Sparkassenverband Bayerns, begrüßt diese Zielrichtung neuerlicher Regulierungsansätze für große, internationale Geldhäuser. Er warnt aber schon im Ansatz davor, diese erneut auf alle Kreditinstitute anzuwenden.

Netzer betonte in diesem Zusammenhang: „Die Gefahr einer neuerlichen Finanzkrise geht nicht von vergleichsweise kleinen Regionalinstituten wie den Sparkassen aus. Der Unterschied zu den Großbanken beginnt beim Namen und zieht sich durch die gesamte Geschäftstätigkeit. Sparkassen sind nach völlig anderen Prinzipien organisiert und stabilisieren sich gegenseitig. Damit tragen sie maßgeblich auch zur Sicherheit des deutschen Finanzmarkts insgesamt bei.“

Netzer appellierte an alle Entscheider, diese Besonderheiten bei

den anstehenden Regulierungsmaßnahmen mehr als bisher zu würdigen. Die Struktur des deutschen Finanzmarkts mit Privatbanken, und regionalen Genossenschaftsbanken und Sparkassen habe sich bewährt. Gerade auch Entscheider aus anderen Ländern sollten dies sehen. Das stabile System der regionalen, kommunalen Sparkassen biete durchaus Anregungen für die Strukturierung des europäischen Bankenmarkts: „Die Schaffung von Instituten nach dem Vorbild unserer Sparkassen würde so manchem europäischen Partnerland gut tun.“ Eine Vielzahl bereits beschlos-

sener Regulierungsmaßnahmen habe die Unterschiede zwischen Großbanken und Regionalbanken nicht ausreichend berücksichtigt. Dies führe zu einer massiven und letztendlich ungerechtfertigten Mehrbelastung der Sparkassen und Genossenschaftsbanken, so Netzer. Die Auswirkungen betreffen letztlich auch deren Kunden. „Bevor weitere Maßnahmen für alle Finanzmarktteilnehmer in Angriff genommen werden, sollten erst einmal die differenzierten Auswirkungen und die Wechselwirkungen der bereits eingeführten Regeln erfasst und bewertet werden. Denn der Überblick über das Zusammenspiel von weltweiten, europäischen und nationalen Regulierungen droht abhanden zu kommen.“ Netzer unterstützt damit den kürzlich geäußerten Vorstoß christdemokratischer Politiker, die Ergebnisse, aber auch mögliche Fehlsteuerungen durch bisher festgelegte Maßnahmen zur Finanzmarktregulierung in einer belastbaren Auswirkungsstudie zu erfassen. □

Wechsel im Aufsichtsrat der BayernLB:

Häusler folgt Schneider als Vorsitzender

München - Anfang Oktober 2014 hat Gerd Häusler den Aufsichtsratsvorsitz bei der Bayerischen Landesbank übernommen. Er übernimmt das Amt von Michael Schneider, der sein Mandat zum 30. September 2014 niedergelegt hat.

Finanzminister Söder würdigte die Leistung von Schneider: „Herr Schneider hat in den 15 Monaten an der Spitze des Aufsichtsrats professionell gearbeitet und das in ihn gesetzte Vertrauen voll bestätigt. Nach der Neuordnung des Aufsichtsgremiums im Juli letzten Jahres hat Michael Schneider das Selbstverständnis des Aufsichtsrats wesentlich geprägt. Zugleich hat er in einer schwierigen Übergangszeit die notwendige umfassende Neubesetzung des Vorstands in enger Abstimmung mit den Gremien des Aufsichtsrats und den beiden Gesellschaftern erfolgreich vorbereitet. Ich spreche Herrn Schneider für seinen Einsatz meinen Dank und meine vollste Anerkennung aus.“

Dem neuen Aufsichtsratsvorsitzenden Gerd Häusler wünscht Staatsminister Dr. Markus Söder Erfolg: „Herr Häusler war schon

als Vorstandsvorsitzender ein Garant für die erfolgreiche Neuausrichtung der BayernLB und sorgt nun auch für personelle Kontinuität in der Bank. Als profunder Kenner der Bank und dank seiner langjährigen Erfahrung in verschiedenen Bereichen des in- und ausländischen Finanzwesens ist Gerd Häusler eine sehr gute Besetzung an der Spitze des Aufsichtsgremiums der BayernLB.“

Mittelstandsfinanzierung

Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, schließt sich dem Dank des Ministers an Herrn Michael Schneider ausdrücklich an. „Herr Schneider hat in seiner Rolle als Aufsichtsratsvorsitzender stets auch die berechtigten Anliegen der bayerischen Sparkassen als Gesellschafter im Auge behalten. Sein ausgeprägtes Gespür für die besondere



Martina Hill und das iPad mini

Comedian Martina Hill war das Gesicht der erfolgreichen Kampagne zum „Sparkassen-Girokonto: das Konto, das einfach alles kann“. Unter dem Motto „Je einfacher das Geld, desto einfacher die Welt“ verlost die Sparkassen dabei im Rahmen eines bundesweiten Gewinnspiels unter allen online registrierten Teilnehmern Geldgewinne und i-Pad minis. Anna Hetzner aus Augsburg hatte ein Glückshändchen: Obwohl sie nicht oft an Gewinnspielen teilnimmt, machte sie beim großen Sparkassen-Gewinnspiel mit und gewann. In den Räumen der Geschäftsstelle Pfersee konnten Geschäftsstellenleiterin Melanie Götzfried (l.) und Betreuerin Tanja Hopfner (r.) der glücklichen Gewinnerin (Mitte) ein iPad mini überreichen - mit den besten Grüßen von Martina Hill. □

BayernLB auf der Expo Real 2014

München – Die BayernLB präsentierte sich wieder auf der internationalen Gewerbeimmobilienmesse Expo Real Anfang Oktober in der Neuen Messe München. Die Bank verfügt im Immobilienbereich über ein leistungsfähiges Netzwerk mit starken Töchtern, die ebenfalls mit ihrem Beratungs-Know-how am Stand der BayernLB vor Ort waren.

Die BayernLB wird ihren Kunden als starke bayerische Bank für die deutsche Wirtschaft auch im laufenden und kommenden Jahr verstärkt Beratungsleistungen und Finanzierungen zur Verfügung stellen. Mit einem deutlichen und strategischen Wachstumskurs in der Immobilienfinanzierung steht die BayernLB als Partner deutscher Immobilienunternehmen bei ihren nationalen und internationalen Projekten bereit. Einen besonderen Fokus legt die BayernLB in Zukunft auch auf die Begleitung internationaler Investoren nach Deutschland. Neben der Zentrale in München wird der Zugang zum deutschen Markt über die Niederlassungen in London, Paris und Mailand immer wichtiger und verstärkt nachgefragt. Auf der Messe standen die Ansprechpartner der Auslandsstützpunkte der Bank für Gespräche und einen Austausch zur Verfügung. Die BayernLB bedient als breit aufgestelltes Kreditinstitut alle Bereiche der Immobilienwirtschaft - von der klassischen Kreditfinanzierung bis zur Immobilienbewertung. □

Deutsche lehnen europäische Einlagensicherung ab

Eine deutliche Mehrheit der Deutschen will keine europäische Einlagensicherung: 63 Prozent der Befragten sagen, dass sie sich mit den deutschen Sicherungssystemen der unterschiedlichen Bankengruppen für ihre Einlagen „sicherer“ fühlen. Ein Viertel (24 Prozent) findet deutsche und europäische Sicherungssysteme „gleich gut“, während nur sechs Prozent ein europäisches Schutzsystem bevorzugen. Zu diesen Ergebnissen kommt das „Vermögensbarometer 2014“, eine repräsentative Umfrage des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV).

So hat die Finanz- und Wirtschaftskrise der vergangenen Jahren das Vertrauen der Menschen in die deutschen Sicherungssysteme und ihre Institutsicherung noch einmal verstärkt: 86 Prozent der Bundesbürger

sind überzeugt, dass ihre Spareinlagen in Deutschland bestens aufgehoben sind und halten die Einlagen für „sicher“. Gegenüber dem Vorjahreswert ist das noch einmal eine Steigerung um 3 Prozentpunkte.

Enormes Vertrauen

Das höchste Vertrauen haben die Menschen in Deutschland unverändert in die Sparkassen: 55 Prozent der Befragten geben an, diesen Instituten sehr viel oder viel Vertrauen entgegenzubringen. Eines der Grundprinzipien der Sparkassen, nicht nur auf die Gewinnmaximierung, sondern auch auf das Wohlergehen der Menschen und Unternehmen im jeweiligen Geschäftsbereich zu achten, wird von 81 Prozent der Bundesbürger als wichtiges Kriterium bei der Auswahl eines Geldinstitutes angegeben. 76 Prozent halten es für wichtig, dass das eigene Kreditinstitut die regionale Wirtschaft stärkt und 68 Prozent ist es wichtig, dass sich das Institut in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft befindet und damit den Auftrag hat, regionale Projekte in den Bereichen Soziales, Kultur und Sport zu fördern.

Repräsentative Studie

Die repräsentative Studie wurde für die Publikation „Die Deutschen und ihr Geld. Vermögensbarometer 2014“ vom Wirtschaftsforschungsinstitut Icon im Auftrag des DSGV durchgeführt. Dafür befragte Icon 2.000 Verbraucher im Alter ab 14 Jahren im gesamten Bundesgebiet. Die Publikation wird am 23. Oktober 2014 im Rahmen des Weltspartages veröffentlicht und enthält Daten und Fakten zu den finanziellen Lebensumständen der Bevölkerung sowie ihrer Einstellung zum Sparen und zur Altersvorsorge. Darüber hinaus werden weitere inhaltliche Schwerpunkte wie Digitalisierung, Datensicherheit und Niedrigzinsphase thematisiert. □

Bedeutung der Sparkassen in der Mittelstandsfinanzierung schätzen wir sehr.“ Gleichzeitig begrüßt Netzer Gerd Häusler in seiner neuen Funktion an der Spitze des Aufsichtsrats der BayernLB. „Die bayerischen Sparkassen legen auch künftig sehr großen Wert auf die enge und gute Zusammenarbeit mit der BayernLB. Auch in seiner neuen Zusammensetzung wird der Aufsichtsrat den eingeschlagenen Kurs konsequent fortführen.“

Offene Zusammenarbeit

Der scheidende Vorsitzende Schneider dankte seinen Kollegen im Aufsichtsrat sowie dem Vorstand für die engagierte und immer offene Zusammenarbeit. Weiter erklärt er: „Im Interesse der Bayerischen Landesbank habe ich auf Bitte des Finanzministers im Juli vergangenen Jahres gerne den Vorsitz im neu gebildeten Aufsichtsrat übernommen. Seither hat die Landesbank vor allem mit der Veräußerung der ungarischen MKB und dem Einstieg in ein ambitioniertes Kostensenkungsprogramm weitere bemerkenswerte Fortschritte bei der Abarbeitung der Altlasten erzielt und zugleich ihr operatives Ergebnis im Kerngeschäft auf ordentlichem Niveau gefestigt. Ich wünsche der Bank auf dem eingeschlagenen Weg zum starken bayerischen Unternehmens-, Mittelstands- und Immobilienfinanzierer besten Erfolg.“

Zudem ziehen mit Wirkung zum 1. Oktober 2014 noch Dr. Bernhard Schwab (Ministerialdirektor im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie) und Dr. Roland Fleck (Geschäftsführer der Messe Nürnberg) in den Aufsichtsrat ein. Sie treten die Nachfolge von Dr. Hans Schleicher und Dr. Klaus von Lindeiner-Wildau an.

Der promovierte Wirtschaftswissenschaftler Bernhard Schwab wird als Vertreter des Freistaats Bayern in das Aufsichtsgremium entsandt. Dr. Roland Fleck, Diplom-Kaufmann, verstärkt als externes Mitglied des Aufsichtsrats die Verbindung der BayernLB zur mittelständischen bayerischen Wirtschaft. □

Intelligente Lösungen für bayerische Kommunkunden

Wir machen uns stark für die Kommunen

Gemeinsam mit den bayerischen Sparkassen bieten wir den bayerischen Kommunen und kommunalen Unternehmen ein lückenloses Leistungsspektrum an. Dazu gehört insbesondere die Finanzierung von kommunalen Bau- und Infrastrukturprojekten. Außerdem begleiten wir Sie bei Maßnahmen zur Energieeinsparung im Rahmen der Energiewende oder der Analyse und Optimierung von Kreditportfolien. Unsere Förderbank, die BayernLabo, ergänzt diese Leistungen durch ihr Angebot zinsgünstiger Kommunalkredite und spezieller kommunaler Förderprogramme. Sie möchten uns und unser Angebot persönlich kennenlernen? Dann wenden Sie sich für weitere Informationen an ► Telefon +49 89 2171-22013

Finanzgruppe **Bayern LB**

Vom wahren Sparen und echter Liebe:

Erfolgsrezepte für Sport, Unternehmen und Politik

Wirtschaftsforum der Volksbanken und Raiffeisenbanken
mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer und BVB-Manager Hans-Joachim Watzke

Starke Marken und konsequentes Sparen sind eine wesentliche Voraussetzung für nachhaltigen Erfolg – dies war eines der zentralen Erkenntnisse des Wirtschaftsforums „Rheinland-Pfalz in Bewegung – was die Wirtschaft vom Sport lernen kann“. Vor 550 Teilnehmern aus der mittelständischen Wirtschaft in der Stadthalle in Speyer unterstrich Ministerpräsidentin Malu Dreyer die Bedeutung der Verlässlichkeit bei den Rahmenbedingungen für die Unternehmen als ihre politische Leitlinie. BVB-Chef Hans-Joachim Watzke zog eine Bilanz der von ihm 2005 eingeleiteten Konsolidierung des Bundesligisten.

Die Ministerpräsidentin forderte eine angemessene Behandlung von Genossenschaftsbanken und Sparkassen bei der europäischen Finanzmarktregulierung. Als zentrales wirtschaftspolitisches Handlungsfeld ihrer Regierung stellte sie angesichts des demografischen Wandels die „Landstrategie gegen den Fachkräftemangel“ heraus. So gelte es, zusätzliche Erwerbspotenziale, vor allem unter Frauen und Migranten zu nutzen. Bei Jüngeren müsse alles dafür getan werden, „dass niemand unter 25 Jahren vergessen wird.“

Malu Dreyer gratulierte der Volksbank Kur- und Rheinpfalz zum 150. Geburtstag in diesem Jahr. Deren Vorstandssprecher Ru-

dolf Müller hatte in seinem Grußwort für die rheinland-pfälzischen Volksbanken und Raiffeisenbanken auf die Bedeutung langfristiger Perspektiven für den Mittelstand hingewiesen: „Jedes Spiel braucht Regeln, aber die Regeln sollten nicht während des Spiels geändert werden“, sagte er mit Blick auf die Regulierung der Finanzmärkte.

Sanierung ermöglichte BVB-Erfolgsgeschichte

„Zum Sparen gibt es keine dauerhafte Alternative“, betonte Hans-Joachim Watzke, Vorsitzender der Geschäftsführung Borussia Dortmund GmbH & Co. KGaA, mit

Blick auf die öffentlichen Haushalte in Deutschland und Europa. „Sparen in der Definition, dass man nicht mehr ausgibt als man einnimmt“, kritisierte Watzke die in der Politik gängigen Rezepte unter großem Beifall. Die heutige Erfolgsgeschichte des einst von der Pleite bedrohten BVB sei ohne Sanierung mit harten Einschnitten an den verschiedensten Stellen, u. a. bei den Spielergehältern, nicht vorstellbar gewesen. Watzkes wirtschaftliche Maxime lautet denn auch: „Nie wieder für sportlichen Erfolg einen Euro Schulden.“

Authentizität als Spielphilosophie und Markenkern

Als Markenkern seines Vereins hob Watzke dessen Spielphilosophie hervor, die er als „intensiv“ und „authentisch“ charakterisierte. Daraus sei die Aussage „Echte Liebe“ abgeleitet worden.

Jede strategische Entscheidung falle unter der Prämisse: „Ist das authentisch, ist das echt?“ Im Zweifelsfall werde dann nicht jede mögliche Einnahme realisiert, zum Beispiel aus dem Merchandising. So halte man auch bei Auswärtsbegegnungen an den traditionellen schwarz-gelben Trikots fest und verzichte auf zusätzliche Vermarktungsmöglichkeiten. Deshalb habe man auch 28.000 preisgünstige Stehplätze im Stadion, obwohl mit Sitzplätzen deutlich mehr Geld verdient werden könne. Watzke lobte die rheinland-pfälzischen Spitzenclubs in Mainz und Kaiserslautern. Mit diesen sei der BVB eng befreundet.

Bedeutung flacher Hierarchien

In einer Gesprächsrunde mit Watzke, Südzucker-Vorstandsmitglied Thomas Kölbl und Mental

Coach Prof. Dr. Jan Mayer wurden am Beispiel des WM-Triumphs der deutschen Nationalelf Erfolgsfaktoren für Sport und Wirtschaft diskutiert. Kölbl betonte die Bedeutung flacher Hierarchien: „Straffe Führungsstrukturen sind heute nicht mehr zeitgemäß.“

Gerade auch mit Blick auf die Attraktivität als Arbeitgeber gelte es, inhaltliche Freiräume und persönliche Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten. Für Sportpsychologe Mayer, der u. a. für die TSG 1899 Hoffenheim tätig ist, gehört die „Nahbarkeit“ zu den unabdingbaren Voraussetzungen: „Ein Chef zum Anfasen, der nicht nur selbst redet, sondern auch dem anderen Gehör verschafft.“

Anekdoten aus der „wunderbaren Welt des Fußballs“

Die - oft auch unfreiwilligen - komischen Seiten des Fußballs spieße gekonnt Arnd Zeigler auf. Der Sportjournalist und Stadionsprecher von Werder Bremen hatte mit Anekdoten und Filmeinspielungen aus seiner „wunderbaren Welt des Fußballs“ die Lacher auf seiner Seite.

Die 36 dem Genossenschaftsverband angehörenden Volksbanken Raiffeisenbanken versorgen Rheinland-Pfalz mit flächendeckenden Bankdienstleistungen und einem der dichtesten Servicenetze. Sie beschäftigen 6.933 Mitarbeiter, darunter 466 Auszubildende und haben zusammen 721.607 Mitglieder (Stand 31.12.2013).

Der Genossenschaftsverband e.V. ist Prüfungs- und Beratersverband, Bildungsträger und Interessenvertreter für rund 2.300 Mitgliedsgenossenschaften. Vor über 150 Jahren gegründet, betreut der Verband heute in 13 Bundesländern Unternehmen aus den Bereichen Kreditwirtschaft, Landwirtschaft, Handel, Gewerbe und Dienstleistung mit mehr als vier Millionen Mitgliedern und rund 88.000 Arbeitsplätzen. Der Genossenschaftsverband wird vertreten durch den Verbandspräsidenten Michael Bockelmann sowie die Vorstandsmitglieder Klaus Bellmann, Horst Kessel, René Rothe und Edgar Schneider.

www.genossenschaftsverband.de

125 Jahre Genossenschaftsgesetz

Am 1. Oktober 1889 trat das deutsche Genossenschaftsgesetz in Kraft. Es stellt bis heute den gültigen Rechtsrahmen für alle Genossenschaften in Deutschland dar. „Dieses universelle Gesetzeswerk gehört zu den größten Errungenschaften in der Genossenschaftsgeschichte und hat internationale Vorbildfunktion“, erklärt Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB).

Seit seiner Einführung vor 125 Jahren wurde das Genossenschaftsgesetz mehrfach überarbeitet und den Erfordernissen der Zeit angepasst. Zuletzt durch die Novellierung im Jahr 2006. Diese brachte zahlreiche Gründungserleichterungen mit sich und erweiterte die Betätigungsfelder für Genossenschaften. So wurde die Mindestmitgliederzahl von sieben auf drei herabgesetzt. Zudem können Kooperativen für ihre Mitglieder seitdem auch soziale und kulturelle Förderzwecke verfolgen.

Fruchtbare Novellierung

„Die Novellierung machte die Unternehmensform attraktiver und begünstigte spürbar das Gründungsgeschehen“, betont Götzl. Seit 2007 wurden in Bayern 336 neue Genossenschaften ins Leben gerufen. Aktuell gibt es im Freistaat 1.296 Genossenschaften mit über 2,8 Millionen Mitgliedern.

„Die Ideen von Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Hermann

Symposium „Genossenschaften in der Region“

Die eG im Zeichen von Tradition, Innovation und Vielfalt

Genossenschaften und ihre Verankerung in der Region: Mit diesem Thema befasste sich ein Symposium des Historischen Vereins bayerischer Genossenschaften in Dachau.

Der Historische Verein Bayerischer Genossenschaften hat ein Symposium zum Thema „Genossenschaften in der Region: Tradition, Innovation, Vielfalt“ abgehalten. Bei der Tagung in den Räumlichkeiten der Volksbank Raiffeisenbank Dachau beleuchteten Referenten aus Deutschland und Österreich die historische und aktuelle Bedeutung von Genossenschaften für ihre Region.

Eine Form der Mitgliederförderung

Konrad Irtel, Vorstandsvorsitzender des Historischen Vereins und Thomas Höbel, Vorstandssprecher der Volksbank Raiffeisenbank Dachau, begrüßten die über 60 Teilnehmer des Symposiums. Professor Dietmar Röhl von der Wirtschafts-Universität Wien befasste sich zum Auftakt mit der Frage der „Regionalität“ als Form der Mitgliederförderung.

Als weitere Referenten beteiligten sich Kai Rump von der

Stiftung Genossenschaftliches Archiv Hanstedt, Stipendiatin Sana'a Wittmann von der Raiffeisen/Schulze-Delitzsch Stiftung Bayerischer Genossenschaften und Professor Hannes Weindlmaier von der TU München. Sie beschäftigten sich unter anderem mit der historischen Bedeutung von Genossenschaften im Bankgewerbe und im ländlichen Raum. Organisatorin Silvia Lolli Galloway ging in ihrem Vortrag zudem auf die wandelnde Bedeutung der (Land-)Frauen in den Genossenschaften ein.

Verbindung zur Region

Bärbel Schäfer und Walter Koch von der Volksbank Raiffeisenbank Dachau zeigten am Beispiel ihrer Kreditgenossenschaft die Verbindung zur Region. Diese verdeutlichten sie bei einer Führung durch das eigene Bankmuseum und die Kunstsammlung. □

Junge Menschen setzen auf Ausbildung bei bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken sind nach wie vor gefragte Arbeitgeber, wenn junge Menschen in den Beruf einsteigen. Demnach wollen 960 Auszubildende am 1. September 2014 eine Lehre bei einer der 286 Genossenschaftsbanken im Freistaat beginnen. Nach 939 neuen Azubis im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Nachwuchskräfte damit leicht an.

Insgesamt beschäftigen die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken knapp 2.600 Auszubildende. Das entspricht ei-

Trotz stabiler Einstellungszahlen weist Götzl darauf hin, dass es zunehmend schwieriger werde, alle verfügbaren Ausbildungsplätze zu besetzen. Dies sei vor allem der demografischen Entwicklung geschuldet, wonach immer weniger Jugendliche dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stünden. Gleichzeitig bleibe aber der Bedarf an fachlich-qualifizierten Nachwuchskräften hoch.

Der GVB-Präsident nimmt den Beginn des Ausbildungsjahrs daher zum Anlass, um sich für die berufliche Qualifizierung starkzumachen: „Das Erlernen eines Berufs bietet einen soliden Start ins Arbeitsleben und öffnet vielfältige Karrierewege.“ Deshalb müsse die hohe Qualität der dualen Ausbildung in Deutschland von Gesellschaft und Politik wieder stärker gewürdigt werden, so Götzl. Dazu gehöre auch, Lehre und Studium nicht als konkurrierende, sondern als gleichwertige Bildungssysteme anzuerkennen. Hilfreich hierfür sei zudem, beide Ausbildungsformen besser miteinander zu verzahnen. □



Stefan Götzl.

ner überdurchschnittlichen Ausbildungsquote von 7,1 Prozent. „Die Kreditgenossenschaften eröffnen heimatnahe Karriereperspektiven und ermöglichen einen anspruchsvollen Einstieg in die Berufswelt“, resümiert Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB).

Hohe Auszeichnung für Rafael Scholz

Rafael Scholz, Leiter Treasury der MünchenerHyp, wurde mit dem Editor's Choice Award des britischen Fachmagazins The Cover ausgezeichnet. Der Award wird unregelmäßig für herausragende Leistungen im Segment der Covered Bonds (gedeckte Schuldverschreibungen) vergeben.

Rafael Scholz erhielt den Preis für die Emission des weltweit ersten nachhaltigen Pfandbriefs (ESG Pfandbrief), den die MünchenerHyp diesen Monat unter großer Aufmerksamkeit der Fachöffentlichkeit sowie nachhaltiger Investoren begeben hatte.

Der Herausgeber des Magazins The Cover, Bill Thornhill, würdigte den ESG Pfandbrief als bahnbrechend im schnell wachsenden Markt sozial verträglicher Investments und zeichnete Rafael Scholz als Architekten dieser Emission aus. „Der Vorstand der MünchenerHyp gratuliert Herrn Scholz und allen Kolleginnen und Kollegen, die diese Debütemission vorbereitet und durchgeführt haben. Sie alle haben in einer großen Gemeinschaftsleistung erfolgreich Neuland betreten“, erklärte Dr. Louis Hagen, Vorstandssprecher der MünchenerHyp. □

Götzl wehrt sich gegen Kuhhandel bei EU-Bankenabgabe

Die EU-Kommission wird in Kürze ihre Vorstellungen zur Berechnung der Bankenabgabe für den europäischen Bankenabwicklungsfonds präsentieren. Offenkundig ist eine Belastung aller Banken im Euroraum vorgesehen. „Es sieht danach aus, dass sich auch die Volksbanken und Raiffeisenbanken dem Abgabendiktat beugen müssen“, so Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern.

Für ihn bleibt es nicht nachvollziehbar, warum regional tätige Kreditinstitute wie die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken mit der Abgabe belastet werden, obwohl sie aufgrund ihrer geringen Größe und der eigenen Institutssicherung nie Gelder aus dem Abwicklungstopf beanspruchen werden.

„Wenn die Kommission das schon nicht zur Kenntnis nehmen will, dann muss sie zumindest bei der Feinjustierung der Abgabe auf ihre verhältnismäßige Ausgestaltung achten“, so Götzl. Nach seiner Ansicht wird in den Plänen der EU-Kommission nach wie vor den unterschiedlichen Risiken, die von den Banken im Euroraum ausgehen, nicht hinreichend Rechnung getragen.

Zusätzliche Abzugsmöglichkeiten

Zwar ist für kleine Regionalbanken mit einer Bemessungsgrundlage von bis zu 300 Millionen Euro und einer Bilanzsumme von unter 1 Milliarde Euro eine Pauschalregelung vorgesehen. Die übrigen Banken, die einen risikoadjustierten Beitrag entrichten müssen, profitieren bei der Berechnung der Abgabe jedoch von zusätzlichen Abzugsmöglichkeiten. Sie können Förderkredite und Verbindlichkeiten an Institute innerhalb desselben Institutssicherungssystems von der Bemessungsgrundlage abziehen.

Götzl: „Eine verhältnismäßige Ausgestaltung der Abgabe ist für mich nur dann gewährleistet, wenn zwei Bedingungen gegeben sind: Erstens muss die Abzugsmöglichkeit auch für Institute dazu führen können, die Bemessungsgrundlage von 300 Millionen Euro zu unterschrei-

ten und damit die Pauschalregelung in Anspruch zu nehmen. Zweitens müssen die Abzugsmöglichkeiten auch von kleinen Banken genutzt werden können, die in die Pauschalregelung fallen, um so ihre Beitragslast zu verringern.“

Mehrbelastung

Zudem wehrt sich der Präsident der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken dagegen, dass die EU-Kommission offenbar einen Kuhhandel zur Entlastung von Großbanken bei der Bankenabgabe plant. Denn es steht im Raum, auf Drängen einiger EU-Mitgliedsländer mit vorwiegend international tätigen Kreditinstituten eine großzügigere Behandlung von Derivaten zu schaffen und damit deren Zahlungsverpflichtung in den Abgabentopf zu vermindern. „Das widerspricht dem Verhältnismäßigkeitsprinzip und führt tendenziell zu einer Beitragsenkung für große Institute mit risikoreichem Geschäft bei gleichzeitiger Mehrbelastung kleinerer, risikoarmer Banken“, stellt Götzl fest.

Kleine Banken dürfen nicht die Zeche zahlen

„Regional tätige Kreditinstitute dürfen nicht die Zeche für Risiken von international tätigen Großbanken zahlen“, fordert der GVB-Präsident. Deshalb müsse das Europäische Parlament bei Vorlage des Kommissionstexts genau darauf achten, dass kleine Banken durch die Berechnung der Bankenabgabe nicht unverhältnismäßig belastet werden. Andernfalls müssten die europäischen Volksvertreter die Entwürfe der EU-Kommission zurückweisen. □

Ernst & Young-Kommunenstudie 2014:

Kernergebnisse für Bayern

Nur 11 Prozent der Kommunen mit Haushaltsdefizit – aber: Eintrübung erwartet

Dank sprudelnder Steuereinnahmen und den von einigen Bundesländern aufgelegten Entschuldungsfonds konnten im vergangenen Jahr die deutschen Kommunen ihren Gesamtschuldenstand erstmals seit 2008 leicht reduzieren. Allerdings war die Verschuldung längst nicht überall rückläufig; zudem wächst der Anteil der Kommunen, die in die Schuldenfalle rutschen: Im Jahr 2013 hat gut jede zweite Kommune mit mehr als 20.000 Einwohnern ein Haushaltsdefizit verbucht; für das laufende Jahr rechnen sogar 63 Prozent dieser Kommunen mit höheren Ausgaben als Einnahmen. Und für die kommenden drei Jahre gehen nur 37 Prozent der Kämmerer von sinkenden Schulden aus, jede zweite Kommune hingegen prognostiziert einen Anstieg ihrer Verschuldung. Das sind Ergebnisse einer aktuellen Studie der Prüfungs- und Beratungsgesellschaft EY (Ernst & Young), die auf einer Umfrage unter 300 deutschen Kommunen sowie einer Analyse der Verschuldungssituation von Kommunen mit mindestens 20.000 Einwohnern beruht.

Angesichts der nach wie vor desolaten Finanzlage vieler Städte und Gemeinden kommt laut Untersuchung eine weitere Welle von Leistungskürzungen und Steuererhöhungen auf die Bürger zu: Drei Viertel der Kommunen wollen in den kommenden zwei Jahren Steuern und Gebühren erhöhen. Und 34 Prozent planen, Leistungen zu reduzieren oder ganz einzustellen, etwa im Bereich Straßenbeleuchtung oder bei der Kinder- und Seniorenbetreuung.

Geringe Pro-Kopf-Verschuldung

Im Vergleich zu anderen Bundesländern weisen Bayerns Kommunen eine relativ geringe Verschuldung auf: Die Pro-Kopf-Verschuldung lag 2013 bei 1.117 Euro, das ist ein Rückgang um 4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Bun-

desweit lag die Pro-Kopf-Verschuldung der Kommunen 2013 bei 1.807 Euro und damit etwa auf dem Niveau des Vorjahres (1.810 Euro). Spitzenreiter bei der Pro-Kopf-Verschuldung sind weiterhin die saarländischen Kommunen (3.268 Euro), gefolgt von den Städten und Gemeinden in Hessen (3.010 Euro). Im Vergleich zum Vorjahr gingen die Schulden der bayerischen Kommunen 2013 von insgesamt 14,5 auf 14,0 Milliarden Euro zurück.

Bayerns Kommunen haben im vergangenen Jahr unterm Strich erneut solide gewirtschaftet und deutlich mehr eingenommen als ausgegeben: Der Haushaltsüberschuss lag bei rund 1,3 Milliarden Euro – und damit so hoch wie in keinem anderen Bundesland. Allerdings könnte sich dies im laufenden Jahr ändern: Die Ausgaben sollen stärker steigen als die Ein-

nahmen. Im Durchschnitt rechnen die bayerischen Kommunen mit einem Anstieg der Ausgaben um 3,5 Prozent, die Einnahmen sollen hingegen nur um 1,4 Prozent wachsen.

Und der Anteil der Kommunen mit Haushaltsüberschuss sinkt: Nachdem immerhin 77 Prozent der bayerischen Kommunen das vergangene Jahr mit einem Haushaltsüberschuss abgeschlossen haben, rechnen für das laufende Jahr nur noch 59 Prozent der Kommunen mit einem positiven Finanzierungssaldo. Bundesweit geht sogar nur noch jede vierte Kommune davon aus, 2014 einen Überschuss zu erzielen – nach 39 Prozent im Vorjahr.

Immerhin: Mit einem Schuldenabbau rechnen für die kommenden drei Jahre genauso viele Kommunen wie mit einem Schuldenanstieg (jeweils 36 Prozent). Die große Mehrheit der Kommunen im Freistaat (89 Prozent) geht derzeit davon aus, ihre Schulden aus eigener Kraft tilgen zu können – bundesweit rechnet hingegen fast jede dritte Kommune damit, ihre Schulden nicht mehr aus eigener Kraft abbauen zu können.

Trotz der relativ guten Finanzlage der bayerischen Kommunen drehen die Kämmerer an der Bührenschraube: 7 von 10 Kommunen in Bayern planen, im laufenden oder im kommenden Jahr Steuern und Gebühren zu erhöhen. Besonders häufig: höhere Fried-

hofsgebühren (39 Prozent) und höhere Gebühren für Kitas/Ganztagsschulen (29 Prozent). In gut jeder sechsten bayerischen Kommune sollen die Büchereigeühren erhöht werden, genauso viele Kommunen planen die Erhöhung der Parkgebühren. Ein Abbau kommunaler Leistungen steht hingegen nur in jeder siebten Kommune auf der Agenda – im Bundesdurchschnitt liegt der Anteil mit 34 Prozent deutlich höher.

Forderungen der Kämmerer

Dass die Kämmerer eher auf Steuer- und Gebührenerhöhungen setzen als auf Sparmaßnahmen, hat laut Hans-Peter Busson, Partner bei EY und Leiter des Bereichs Government & Public Sector für Deutschland, die Schweiz und Österreich, auch politische Gründe: „Die Erhöhung kommunaler Steuern trifft zumeist auf weniger Widerstand als die Einschränkung kommunaler Leistungen. Die Schließung des Hallenbads oder der Bibliothek bringt viele Bürger auf die Barrikaden, eine Erhöhung der Hundesteuer oder der Friedhofsgebühren ist dagegen zumeist leicht durchzusetzen – bringt aber auch deutlich weniger ein.“

Um ihre finanzielle Situation zu verbessern, fordert die große Mehrheit der deutschen Kämmerer (90 Prozent), dass die Sozialausgaben komplett vom Bund übernommen werden sollten. Vor allem aber drängen die Befragten auf eine strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips, nach dem diejenige staatliche Ebene, die für eine Aufgabe verantwortlich ist oder sie veranlasst, auch für die Finanzierung zuständig sein sollte: Fast alle befragten Kommunen halten dies für „sehr wichtig“.

Kommunen sind gefragt

„Nachdem in den vergangenen Jahren sowohl der Bund als auch viele Länder substanzielle Beiträge zur finanziellen Unterstützung der Kommunen geleistet haben, ist der Ball jetzt wieder bei den Kommunen“, erklärte Busson. Zumal es nach wie vor auch Kommunen gebe, die über ihre Verhältnisse lebten.

Und gerade in den Bereichen interkommunale Zusammenarbeit und Teilnehmungsmanagement schlummern nach Bussons Beobachtung noch erhebliche Potenziale: „Zu oft kocht jede Kommune ihr eigenes Süppchen – dabei muss nicht jede Gemeinde ein eigenes Standesamt haben, und auch Sportplätze und Hallenbäder kann man gemeinsam nutzen. Kirchturndenken verhindert vielerorts Kostensenkungen und Effizienzsteigerungen.“ Zudem würden bestehende verwaltungsinterne Organisationsstrukturen und Abläufe so selten hinterfragt und auf mögliches Einsparpotenzial hin überprüft.

Vor allem aber könnten die kommunalen Unternehmen vielfach deutlich mehr Geld an die Rathäuser überweisen, wenn sie besser aufgestellt wären: „Bei vielen kommunalen Stadtwerken und Verkehrsbetrieben geht es immer noch mehr um politische Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten als um wirtschaftliche Effizienz und damit einen größtmöglichen Ertrag für die Kommune.“

Gezielte Wachstumsimpulse

Und auch der Verkauf kommunaler Beteiligungen und Besitztungen sollte häufiger erwogen werden, forderte Busson, wenngleich solche Maßnahmen erfahrungsgemäß auf starken Widerstand von Interessengruppen stoßen. Dennoch: „Wenn Kommunen mit Bedacht Unternehmensbeteiligungen, Grundstücke oder Immobilien an Investoren veräußern, bringt das nicht nur Einnahmen für die Stadtkasse. Vor allem können die Kommunen so gezielt Wachstumsimpulse geben und die kommunale Konjunktur stärken.“ **KI**

Bayerischer Finanzgipfel 2014 in München:

Wege aus der Reputationskrise

Ausgewählte Vertreter der Finanzbranche diskutierten beim Bayerischen Finanzgipfel 2014 in München aktuelle Fragestellungen und Möglichkeiten der projektbezogenen Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft. Die hochkarätige Veranstaltung, die heuer unter dem Motto „Wege aus der Reputationskrise“ stand, wird jährlich vom Bayerischen Finanzzentrum in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Wirtschaftsministerium ausgerichtet.

„Die Versicherungswirtschaft ist Leidtragender der Finanzkrise, nicht der Auslöser“, stellte Dr. Alexander Erdland, Chef der W&W-Gruppe und Präsident des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V., klar. Theodor Weimer, Vorstandssprecher der HypoVereinsbank und Chef des Bayerischen Bankenverbandes, wies darauf hin, dass das Dilemma keineswegs nur aus der aktuellen politischen Regulationswut oder aus dem niedrigen Zinsniveau resultiere; vielmehr sei es ebenso der Tatsache geschuldet, dass die Kreditwirtschaft vor der Finanzkrise zuweilen den Bezug zur Realwirtschaft verloren hatte.

Bei den Banken gehe es durchaus auch um eine Anpassung des Geschäftsmodells, fuhr Weimer fort. Notwendig sei wieder ein Banking, das der Realwirtschaft diene und das Wachstum fördere. Allerdings dürften die Kreditinstitute durch die Regulierungs- und andere staatliche Vorgaben nicht so stranguliert werden, dass sie ihre volkswirtschaftliche Aufgabe gar nicht mehr erfüllen können.

Der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Georg Fahrenschon, hieb in dieselbe Kerbe und erneuerte seine Kritik an der Politik der Notenbanken, die sich früher eindeutig als Anwalt der Sparer positioniert hätten. Inzwischen wisse man aber nicht mehr, auf welcher Seite sie stünden. Teile der Branche seien der „Rolle als Risikominderer“ für ihre Kunden nicht mehr gerecht geworden.

Änderungen am Geschäftsmodell der Versicherer hält Frank Walthes, Chef der Versicherungskammer Bayern trotz der „kol-

lektiven negativen Grundeinstellung“ auch gegenüber dieser Branche keineswegs für erforderlich. Er vertrat die Ansicht, dass die Versicherungswirtschaft in vielen Dimensionen besser sei als ihr Ruf und diese es in der Vergangenheit nicht ausreichend geschafft habe, ihre Leistungsfähigkeit und Relevanz transparent zu machen.

Die Tugenden des ehrbaren Kaufmanns

Zudem müsse die Versicherungswirtschaft dafür Sorge tragen, dass ihre Mitarbeiter stetig an ihrer Kompetenz arbeiten, d. h. ihnen adäquate Weiterbildungen ermöglicht werden, damit sie die sich verändernden Rahmenbedingungen kennen und ihren Kunden verständlich vermitteln können. Auch ist es für Walthes unabdingbar, dass sich die gesamte Branche die Tugenden des ehrbaren Kaufmanns ständig ins Bewusstsein ruft und ihr Handeln daran überprüft.

Als wesentlich formulierte der VKB-Chef dabei den Austausch mit der Politik, „damit wir aufzeigen, dass die zunehmenden Regularien nicht in allen Punkten für unsere Kunden oder die Versicherungsunternehmen von Vorteil sind“.

Vor dem Hintergrund, dass die meisten Initiativen der vergangenen Jahre auf den Vertrieb zielten, sei es genauso wichtig, „unsere Unternehmen so auszurichten, dass wir die Erwartungen der Kunden an schnelle Informationen und einen guten Service erfüllen - Stichwort Digitalisierung“. Und letztlich gelte es, konsequent offen und verständlich gegenüber allen Anspruchsgruppen zu kommunizieren. **DK**

Bürger reden mit – Städte sehen Potenzial

Studie zur finanziellen Bürgerbeteiligung zeigt künftige Chancen und Risiken auf

Gütersloh. Während der Staat immer mehr an die Grenzen seiner – insbesondere finanziellen – Leistungsfähigkeit gerät, wird die Bürgergesellschaft selbstbewusster und eigenständiger. Zu diesem Ergebnis kommen das Leipziger Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e.V. und die Bertelsmann-Stiftung in einer gemeinsamen Studie mit der Kanzlei Wolter-Hoppenberg.

Nach den jetzt veröffentlichten Studienergebnissen erkennen Staat und Bürgerschaft, dass in einer Kooperation auf Augenhöhe Chancen für beide Seiten liegen. So würden die Kommunen zunehmend mehr kompetente Partner gewinnen, die Bürger zugleich notwendigen Gestaltungsspielraum erhalten.

Laut der heute veröffentlichten Untersuchung steht die Entwicklung zu mehr Bürgerbeteiligung jedoch noch am Anfang. Sowohl die Kommunen wie auch die Bürger hätten das Potential noch nicht voll entdeckt und müssten erst noch lernen, mit den vielfältigen positiven und negativen Möglichkeiten umzugehen. Denn neben einer Fülle von Chancen durch mehr Bürgerbeteiligung bestünden durchaus auch Stolpersteine.

Als positiv stellt die neue Studie schon heute erfolgreiche Modelle einer finanziellen Bürgerbeteiligung heraus. Beispielsweise im Bereich physischer Infrastruktur, wie etwa bei der Energieer-

zeugung. Außerdem existieren im Bereich des Personen-Nahverkehrs (ÖPNV) neue Bedienformen, die ebenfalls auf die Einbindung der Bürger setzen.

Dem gegenüber stehen erhebliche Hindernisse für eine finanzielle Bürgerbeteiligung bei öffentlichen Leistungen. Wenn bestimmte technische Standards, rechtliche Vorgaben, Anforderungen an eine kontinuierliche qualitative und quantitative Leistungserbringung oder Haftungsanforderungen zwingend sind, werden von Kommunen sehr oft rechtliche Bedenken ins Spiel angebracht.

„Wir müssen grundlegend neu denken“, fordert Dr. Kirsten Witte, Direktor des Programms Lebenswerte Kommunen bei der Bertelsmann-Stiftung. „Neben rechtlichen Fragen müssen Gewährleistungsfragen und Organisationsformen angepasst werden. Nur dann können Engagement, Expertise und Kapital der Bürger optimal genutzt werden.“ **□**

Bundesweiter Tag der Stiftungen:

Dem Zeitgeist Rechnung tragen

Am Tag der Stiftungen am 1. Oktober fanden bundesweit mehr als 100 Veranstaltungen statt, darunter auch zahlreiche in Bayern. Der europaweite Aktionstag wurde im vergangenen Jahr ins Leben gerufen. Er hat das Ziel, für die Idee des Stifftens zu werben.

In einer Gemeinschaftsveranstaltung des Rummelsberger Stiftungszentrums, der Sparkasse Nürnberg und der Bürgerstiftung Nürnberg wurde in der Norisstadt eine Exkursion mit Führern des Magazins „Straßenkreuzer“, die den Stadtteil Gostenhof mit seinen sozialen Brennpunkten und den Angeboten für Menschen in Not näherbringen, durchgeführt. Besucht wurden die Jugendnotschlafstelle „Sleep in“, die Vereine Lilith e.V. und Hängematte e.V. (Hilfe für Drogenabhängige).

Die BürgerStiftung München fördert und vernetzt eine Vielzahl von sozialen, kulturellen und ökologischen Projekten, um München zukunftsfähig zu machen. Mit ihrer Teilnahme am Tag der Stiftungen 2014 stellte sie sich allen Interessierten und der direkten Nachbarschaft in und um die Klenzestraße vor und informierte an einem eigenen Stand auf dem Gärtnerplatz über ihre Aktivitäten. Durchgeführt wurden u. a. die Postkarten-Aktion „Mein Wunsch für München“ und die Beteiligung von Partnerprojekten.

Markgraf Carl Wilhelm Friedrich und die Gewerbestadt Schwabach: Prof. Dr. Georg Seiderer, Professor für Neuere Bayerische und Fränkische Landesgeschichte und Volkskunde an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, referierte beim 17. Forum Bürgerstiftung über den Wilden Markgrafen und die Wirtschaftsförderung im Markgraftum Brandenburg-Ansbach mit Schwerpunkt der Gewerbestadt Schwabach. Am Tag der Stiftungen kam damit Georg Seiderer gerne wieder in die Goldschlägerstadt, mit der er in seinem Lebensweg verbunden ist.

Außerdem kooperierten die Versicherungskammer Stiftung und die Stiftung Gute-Tat.de und boten in den Räumen der Versicherungs-

kammer Bayern eine Reihe von kostenlosen Workshops für ehrenamtlich bereits Engagierte und Neuinteressenten sowie für Vertreter von sozialen Einrichtungen an. Dazu zählten: „Meine Rolle in der Gruppe“: Wie kommt sie zustande? – Wie kann ich sie ändern?, „Passion Project Marke“, „Fundraising - Die Kunst Unterstützung für eine gute Sache zu finden“, „Zur eigenen Mitte kommen“ sowie „INTUITION – eine beachtliche Intelligenz“.

Organisiert wurden diese Workshops von der Stiftung Gute-Tat.de. Diese im Jahr 2000 in Berlin gegründete gemeinnützige Stiftung betreibt eine bundesweite Internetplattform rund um das Thema bürgerschaftliches Engagement. Darüber hinaus unterstützt sie Unternehmen unterschiedlicher Größen und Branchen beim sozialen Engagement.

„Heute ein Engel“

Die Initiative „Heute ein Engel“ vermittelt Menschen, die sich unkompliziert und ohne langfristige Verpflichtung ehrenamtlich engagieren möchten, in soziale Organisationen. In und um München betreut die Initiative inzwischen über 3.500 Helfer und rund 500 gemeinnützige Organisationen mit 250 aktuellen Projekten. 2011 erhielt die Initiative den Sonderpreis „Wege ins Netz“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie.

Stiftungen sind die nachhaltigste Form bürgerschaftlichen Engagements. Seit rund 1.000 Jahren engagieren sie sich für die Gesellschaft. Im vergangenen Jahr wurden 638 Stiftungen neu gegründet, aktuell gibt es 20.150 rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts in Deutschland. Der Stiftungszweck Soziales dominiert dabei mit rund 30 Prozent. Weitere Zwecke sind

Bildung und Erziehung sowie Kunst und Kultur zu je 15 Prozent, Wissenschaft und Forschung zu zwölf Prozent und Umweltschutz zu vier Prozent. Rund 95 Prozent der Stiftungen sind gemeinnützig. Aufsichts- und Finanzbehörden prüfen in regelmäßigen Abständen, ob ihr Wirken den Vorgaben der Satzung und des Stiftungs- wie des Gemeinnützigkeitsrechts entspricht.

Zum Tag der Stiftungen präsentierte der Bundesverband Deutscher Stiftungen aktuelle Analysen zum deutschen Stiftungswesen, basierend auf einer Vollerhebung unter rund 25.000 Stiftungen. Der Rücklauf betrug 37,3 Prozent.

Im Schnitt ist eine Stiftung ausgestattet mit einem Kapital von 330.000 Euro (Median) und schüttet jährlich 20.000 Euro (Median) aus. Allerdings ist die Verteilung höchst unterschiedlich: Nur 0,8 Prozent der bundesdeutschen Stiftungen haben ein Kapital von über 100 Millionen Euro; 72,4 Prozent liegen unter einer Million.

Ein weiterer Befund: Stiftungszwecke werden vielfältiger. Bereits jede fünfte, in den vergangenen drei Jahren neugegründete Stiftung (21,6 Prozent) engagiert sich fernab der klassischen Zwecke: Sie widmen sich zum Beispiel den Themen Völkerverständigung, Tierschutz, Sport oder bürgerschaftliches Engagement.

Wie Prof. Dr. Hans Fleisch, Generalsekretär des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen, hierzu erklärte, „zeigen unsere Analysen, dass Stiftungen modern sind wie nie“. Ihr Kapital und ihr nachhaltiges Vermögen, Dinge anzustoßen und zu verändern, machten sie zu einer der klangvollsten Stimmen innerhalb der Zivilgesellschaft. „Stiftungen bürgen für Stabilität – und tragen somit auch dem Zeitgeist und dem Ruf nach mehr Verbindlichkeit und Nachhaltigkeit Rechnung. Dies belegt auch die Tatsache, dass trotz Niedrigzinsphase weiter gestiftet wird.“ **DK**

Projekt Stauraumkanal in Ansbach:

Gütesicherte Ausschreibung, Ausführung und Bauüberwachung

Es ist ein Großprojekt mitten in Ansbach: Bereits seit Juni 2011 laufen die umfangreichen Bauarbeiten an der Promenade. Dort wird bis 2016 ein neuer Stauraumkanal mit ca. 3.000 m³ Fassungsvermögen entstehen, zwei Bachgewölbe (Onolzbach und Dombach) werden wegen mangelnder Tragfähigkeit erneuert, neue Versorgungsleitungen verlegt und die Straßenoberflächen und der öffentliche Raum vollständig neugestaltet. An den Arbeiten sind die Stadt Ansbach, die Stadtwerke Ansbach und die Abwasserentsorgung Ansbach AöR (awean) beteiligt.

Aufgrund der schwierigen Randbedingungen – sie sind vor allem geprägt durch die besondere Gründungssituation der Gebäude, die schlechten Bodenverhältnisse und die innerstädtische Lage – entschied sich der Auftraggeber für einen Vorschlag des für die Planung und Ausführung verantwortlichen Ingenieurbüros Dr.-Ing. Pecher und Partner Ingenieurgesellschaft mbH. Dieser sah vor, die Stahlbetonvortriebsrohre DN 2500 über eine Länge von annähernd 600 m in geschlossener Bauweise mittels Rohrvortriebsverfahren unter Druckluft mit offenem Haubenschild einzubauen. Ein wichtiges Instrument bei Ausschreibung, Ausführung und Bauüberwachung war die Gütesicherung nach RAL-GZ 961 des Güteschutz Kanalbau.

Planung und Ausschreibung

Bei der Planung lag besonderes Augenmerk darauf, den Eingriff in den Straßenraum der Promenade so gering wie möglich zu halten. Zudem war der vorgegebene enge Zeitrahmen für die Gesamtsanierung der Promenade zu berücksichtigen. Dieser erforderte einen hohen Abstimmungsbedarf zwischen der Stadt Ansbach, den

Stadtwerken Ansbach und awean. Da es sich bei der Vortriebsmaßnahme um eine technisch besonders anspruchsvolle Baumaßnahme handelte, musste das bauausführende Unternehmen die entsprechende Qualifikation nachweisen. In der Ausschreibung wurden daher die Anforderungen an Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961 gefordert, sodass der Auftraggeber die Gewissheit hatte, dass die Bieter entsprechende Referenzen und Eignungsnachweise vorgelegt haben.

Neben einem vorhandenen QM-System forderte der Auftraggeber von der Vortriebsfirma eine umfangreiche Dokumentation. Ein Nachunternehmen wurde für die Vortriebsmaßnahme nicht zugelassen. Als Ingenieurleistungen wurden ausgeschrieben die Objektplanung, die Bauüberwachung, die Tragwerksplanung und die geologische Beratung. Die Verkehrssicherung und Verkehrsführung wurden ausgliedert und separat vergeben. Die örtliche Bauüberwachung sollte an fünf Tagen während des Vortriebs vor Ort stattfinden. Pro Woche wurde eine Baubesprechung eingeplant.

Überwachte Mindestanforderungen ermöglichen den Ent-

scheidern, das Geld der Bürger verantwortungsvoll und mit optimaler Kosten-Nutzen-Relation einzusetzen. Die Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961 dient der unabhängigen Eignungsprüfung von Bietern im Vergabeverfahren und zur Sicherstellung einer systematischen Gütesicherung bei Ausführung der Leistungen. Bieter weisen mit Erfüllung der Anforderungen der Güte- und Prüfbestimmungen RAL-GZ 961 ihre fachtechnische Qualifikation (Fachkunde, technische Leistungsfähigkeit und vertragliche Zuverlässigkeit) im Sinne § 6 (3) der VOB/A nach.

Die Erfahrungen der awean mit der Nutzung der RAL-GZ 961 zeigen, dass die Überprüfung der Leistung zu einer hohen Ausführungsqualität und zu einer Steigerung der Nachhaltigkeit im Kanalbau geführt hat. Dabei ist der Einsatz geschulter und erfahrener Mitarbeiter bei den ausführenden Unternehmen ebenso wichtig wie die exakte Formulierung der Anforderungen der Baumaßnahme durch das fachkundige Ingenieurbüro. Konsequenz und durchgängig wurden von der awean in der Ausschreibung der Baumaßnahme die Anforderungen der RAL-GZ 961 gefordert.

Aufgrund der Forderung, die Grundwassersituation nicht zu verändern, und der Notwendigkeit, ggf. unerwartet auftretende Fremdkörper bergen zu müssen, entschied man sich für den Einsatz einer Vortriebsmaschine mit offenem Schild und druckluftgestützter Ortsbrust. Diese Vortriebsmaß-

nahme zur Erstellung des Stauraumkanals fiel damit in den Ausführungsbereich VOD der RAL-GZ 961. Unter diesem Kürzel sind in den Güte- und Prüfbestimmung die zugehörigen Mindestanforderungen für den grabenlosen bemannten Einbau von Abwasserleitungen und -kanälen mit offenen steuerbaren Schilden und Druckluft zusammengefasst. Generell wird in der Beschreibung zu den einzelnen Ausführungsbereichen die Erfahrung und Zuverlässigkeit sowie die Ausstattung, bezogen auf das Personal, sowie die Betriebseinrichtungen und Geräte des Unternehmens definiert.

Sicherstellung der Qualität

Ein wichtiger Bestandteil der Gütesicherung ist die Überprüfung der Gütezeicheninhaber durch einen unabhängigen Prüfer, der vom Güteausschuss des Güteschutz Kanalbau beauftragt wird. Bei unangemeldeten Baustellenbesuchen begutachtet dieser die Qualifikation der Fachfirmen. Dabei werden die Eigenüberwachungsunterlagen, die Meldung der Baustellen und die personelle und maschinentechnische Ausstattung geprüft. Aus den Ergebnissen erstellt der Prüfer einen Bericht, der dem Güteausschuss vorgelegt wird. Erfüllt ein Unternehmen die Anforderungen nach RAL-GZ 961 nicht, führt dies zu Abmahnmaßnahmen, die in gravierenden Fällen auch zum Entzug des Gütezeichens führen können.

Eine weitere Unterstützung bietet die Gütegemeinschaft Kanalbau Auftraggebern und Auftragnehmern mit speziellen Infoschriften und Leitfäden. Sie können als Arbeitsgrundlage und als zusätzliche Hilfestellung dienen. Im Zusammenhang mit dem Ausführungsbereich Vortrieb VOD hat die Gütegemeinschaft Kanalbau beispielsweise den „Leitfaden für die Eigenüberwachung – Bauausführung“ und den „Leitfaden für die Eigenüberwachung – Aus-

Loading Lift System:

Geschätzte Ladehilfe

Einsatzbereit nicht nur in Kläranlagen und Abwasserbetrieben

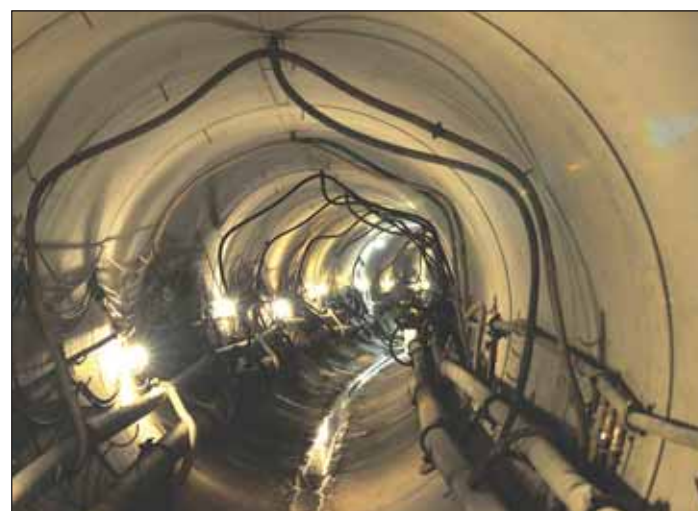
Leichtes Spiel mit schweren Lasten! Mit dem Loading-Lift der Firma Service-Produkt-Systeme (SPS) im schwäbischen Kirchheim können in nahezu jedes Nutzfahrzeug problemlos schwere und sperrige Güter verladen werden. Dafür sorgen im Dach des Transporters befestigte und im Heck ausklappbare teleskopgestützte Schienen.

Gefertigt wird der Lift nach individuellen Bedürfnissen. Im kommunalen Bereich kommt das System vor allem in Kläranlagen, Abwasserbetrieben und bei Fernwärmenetzen zum Einsatz.

Mit Hilfe einer auch seitlich verschiebbaren E-Winde können Kanaldeckel gehoben oder Material wie z. B. Pumpen in oder aus dem Schacht befördert werden. Gleichzeitig ist es möglich, Personen mit Hilfe eines Höhensicherungsgeräts am Loading-Lift gegen Absturz zu sichern. Hierzu ist der Loading Lift für bis zu drei Personen mit einer Falllast bis zu 1,4 Tonnen geprüft.

Wie SPS-Inhaber Wilhelm Schwarz gegenüber der Bayerischen Gemeindezeitung ausführte, funktioniert das Höhensicherungsgerät wie ein Sicherheitsgurt. Würde jemand durch den Schacht fallen, müsste das Höhensicherungsgerät nach etwa 30 cm einhaken und die Person abfangen. Sollte sich nun tatsächlich ein Verletzter im Schacht befinden, bestünde die Möglichkeit, mit der angebrachten Winde, die eigentlich zur Beförderung von Stückgut dient, auch die Person zu bergen. Allerdings gilt dies nur für den äußersten Notfall.

Eingesetzt wurde das Loading-Lift-System bislang u. a. im Erftverband in Bergheim, Ruhrverband Essen, Aggerverband Gummersbach sowie in den Stadtwas-



Blick in den bereits eingebauten Rohrstrang.

Foto: Brochier Spezialtiefbau GmbH

schreibung, Bauüberwachung“ für Auftraggeber und Ingenieurbüros herausgegeben. Darin werden die Bedeutung und Nutzung der internen Dokumentation durch Mitarbeiter des Unternehmens dargestellt. Die Dokumentation vereinfacht die Übermittlung von Sollwerten auf die Baustelle sowie die Erfassung der Istwerte.

Präzise Verlegung

Vor Beginn des Rohrvortriebs wurden neben der Start- und Zielgrube noch fünf weitere Zwischenbaugruben innerhalb der Vortriebsstrasse mittels überschnittener Bohrpfähle hergestellt. Die Startgrube sicherte man in Vortriebsrichtung für den Ausfahrvorgang zusätzlich mit einem Dichtblock aus HD-Injektionen. Der Vortrieb erfolgte aus der Startgrube gegen die Fließrichtung mit einem Gefälle von 3,22 ‰. Die vier Hydraulikpresszylinder in der Startgrube drückten die einzelnen Stahlbetonrohre mit bis zu 800 t in das Erdreich. Zur Reduzierung der notwendigen Kräfte auf der rund 590 m langen Vortriebsstrecke wurde eine Schmierung des Rohrstrangs mittels Bentonit vorgenommen. Die vier in der Vortriebsstrecke eingesetzten Dehnerstationen

wurden entsprechend den max. zulässigen Vortriebskräften von 8.100 kN nach der Rohrstatik gemäß dem neuen Arbeitsblatt 161 der DWA vorgesehen. Die Strecke verlief auf zwei gegenläufigen Kurven mit einem Radius von je 500 m. Bei einer technisch anspruchsvollen Vortriebsmaßnahme wie in Ansbach ist die präzise Ortung, Steuerung und Überwachung der Maschine sowie eine entsprechende Dokumentation der Vortriebsarbeiten für die Qualitätssicherung der Gesamtbaumaßnahme von entscheidender Bedeutung. Entsprechend erfolgten auch die Arbeiten des ausführenden Unternehmens unter Berücksichtigung der in der Ausschreibung angeführten Anforderungen nach RAL-GZ 961.

Nach rund 70 Tagen wurden insgesamt 151 Rohre DN 2500 mit je 4,0 m Länge (Regelrohre ohne Zwischenrohre) und 26 t Gewicht lagegenau auf der Vortriebsstrecke von rd. 590 m verlegt. Dass die gesamte Baumaßnahme trotz des engen Zeitplans bisher unfallfrei und zeitgerecht verlief, bestätigt, wie richtig der im Vorfeld geleistete hohe Planungsaufwand und die konsequente Gütesicherung nach RAL-GZ 961 waren. □



JÄGER
Umwelt-Technik

Abwasserbelüftung und Festbett-Technologie Energieeffizient und Kostenorientiert

Cleartec® Festbetttechnologie für neue Anlagen und Ersatzlieferung für bestehende Systeme

- Beratung
- Planung
- Ausrüstung



Jäger Umwelt-Technik GmbH & Co. KG | Ruscheplattenstraße 14 | 31137 Hildesheim
Tel. +49 5121 9138 900 | Fax +49 5121 9138 999
www.jaeger-envirotech.com | info@jaeger-envirotech.com



Mit Hilfe einer auch seitlich verschiebbaren E-Winde können selbst sehr schwere Kanaldeckel gehoben werden. □

Kläranlage Großostheim:

Umfassende Bewertung durch ZAK^{EN}-Studie

Durch die Verschärfung der Düngemittelverordnung konnte der Markt Großostheim mittelfristig seinen Klärschlamm nicht mehr landwirtschaftlich verwerten. Neben der Suche nach einem alternativen Entsorgungsweg musste auch die Entwässerung des Klärschlammes angepasst werden, da bisher der Schlamm nur eingedickt und anschließend flüssig ausgebracht wurde. Für die Kläranlage bedeutet dies eine zusätzliche Rückbelastung.

Um die verfahrenstechnischen und energetischen Auswirkungen auf den Betrieb der Kläranlage umfassend bewerten zu können, hat sich der Markt Großostheim

für eine ZAK^{EN}-Studie der GELSENWASSER AG entschieden.

ZAK^{EN} steht dabei für „zeit-effiziente Analyse von Kläranlage mit integrierter Energieanalyse“

und ist das Ergebnis eines Forschungsprojektes verschiedener Abwasserunternehmen aus der GELSENWASSER-Gruppe und der TU Dresden. Dabei wird mit Hilfe des Betriebstagebuches der Kläranlage ein dynamisches Simulationsmodell aufgebaut, in welchem verfahrenstechnische und energetische Maßnahmen auf ihre Langzeitwirkung getestet werden können.

Durch das neue Vorgehen ist die

dynamische Simulation auch für kleinere Kläranlagen wirtschaftlich interessant. Darüber hinaus wird die Energieanalyse nach dem DWA-Arbeitsblatt 216, welches im Gelbdruck vorliegt, durchgeführt.

Aussagekräftige Dokumentation nach vier Wochen

Kurz nachdem alle Unterlagen vom Markt Großostheim übermittle wurden, kamen zwei betriebsferne Mitarbeiter von GELSENWASSER für eine Woche auf die Kläranlage und bauten das Simulationsmodell auf. Beim Aufbau des Modells ist es wichtig, dass durch die Einbindung des Betreibers die Abläufe der Kläranlage über 365 Tage möglichst genau abgebildet werden. Nachdem das regelkonforme Simulationsmodell den wirklichen Betrieb der Kläranlage widerspiegelt, können virtuelle Veränderungen modelliert werden.

Im Falle von Großostheim wurde eine mobile Schlamm-entwässerung mit Trübwasserspeicherung, wie sie bis dato in den Wintermonaten praktiziert wurde, einer stationären Schlamm-entwässerung gegenübergestellt. Mit einem spezifischen Energieverbrauch von 22,4 kWh/(EW*a) befindet sich die untersuchte Kläranlage energetisch bereits auf hohem Niveau; nur 13 Prozent der deutschen Kläranlagen in der Größenklasse 4 sind hier besser. Trotz dieser sehr guten energetischen Ausgangslage wurde eine Energieanalyse nach DWA-A 216 (GD) beauftragt.

Die Besonderheit bei ZAK^{EN} liegt darin, dass der Energieverbrauch von dynamischen Verbrauchern wie Gebläse oder Pumpen mit der tatsächlichen Anlagenkennlinie in der Simulation abge-



Von links: Artur Ulrich (Betriebsleiter), Herbert Jakob (Erster Bürgermeister), Stefan Hurzlmeier (GELSENWASSER AG), Heiko Kämpel (DWA-Nachbarschaftslehrer).

Zweckverband Stauden-Wasserversorgung:

Sicherheitsstandards weiter optimiert

Reichertshofen / Stauden - Langenneufnachs Bürgermeister Josef Böck und sein Amtskollege Hermann Lochbronner (Markt Kirchheim, Landkreis Unterallgäu) stehen für weitere sechs Jahre an der Spitze der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Stauden-Wasserversorgung mit Sitz in Reichertshofen. In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung bestätigten die Vertreter der im Zweckverband zusammen geschlossenen 21 Städte, Märkte und Gemeinden die beiden Vorsitzenden mit großer Mehrheit bis zum Ende der kommunalen Amtsperiode am 30. April 2020 in ihren Ämtern.

Nahezu unverändert geht auch der fünfköpfige Verbands- und Werkausschuss in die nächsten sechs Jahre. Die Bürgermeister Bernd Müller (Bobingen), Lorenz Müller (Schwabmünchen), Peter Ziegelmeier (Fischach) und Manfred Nerlinger (Wehringen) wurden im Amt bestätigt. Neu im Gremium ist Robert Sturm, der Ratshauschef von Ettringen (Landkreis Unterallgäu). Er rückte für Walter Wörle (Markt Wald) nach, der im März bei den Kommunalwahlen nicht mehr kandidiert hatte. Größtenteils neu besetzt wurde auch die

Riege der Stellvertreter im Verbands- und Werkausschuss. Gewählt wurden die Bürgermeister Peter Wachler (Markt Wald), Erwin Goßner (Großaitingen), Hans Biechele (Mickhausen), Hubert Fischer (Stadt Krumbach), sowie Josef Kerler (Eppishausen). Letzterer fungierte schon in der zurückliegenden Amtsperiode als stellvertretendes Ausschussmitglied. Dem Rechnungsprüfungsausschuss gehören weiterhin Bürgermeisterin Silvia Kugelman (Kutzenhausen) und ihr Kollege Konrad Dobler (Langerringen) an.

Nachfolger von Franz Meitinger (Mittelneufnach), der seine kommunalpolitische Laufbahn zum 30. April beendet hat, ist Bürgermeister Roland Krieger aus Pfaffenhausen (Landkreis Unterallgäu). Er wurde von der Versammlung zugleich zum unabhängigen Kassenprüfer bestellt.

Der wiedergewählte Vorsitzende Josef Böck und Werkleiter Armin Drexel stellten der Verbandsversammlung die Projekte vor, die den Zweckverband in den kommenden Jahren intensiv beschäftigen werden. Weiterhin an oberster Stelle stehe demnach – auch mit Blick auf den bisher gravierenden Störfall vom Oktober 2013 – die permanente Erhöhung und Optimierung aller Sicherheitsstandards. Daneben gelte dem Energiemanagement ein weiteres Hauptaugenmerk von Verwaltung und Bauhof. Josef Böck: „Mit der im Jahr 2013 begonnenen Einführung eines zertifizierten Energiemanagements werden die Voraussetzungen für eine jährliche Stromsteuerrückstellung in Höhe von rund 25.000 Euro und die Basis für einen bewussten und sparsamen Umgang mit kostbarer Energie geschaffen.“ Insgesamt beziehe der Zweckverband jährlich rund 2,1 Millionen Kilowattstunden Strom. Mit der bestehenden Photovoltaikanlage und der Energierückgewinnung im Brunnen 6 werden jährlich rund 130.000 Kilowattstunden erzeugt. Dies entspreche einem Anteil von 8,6 Prozent des gesamten Energiebedarfs.

Josef Böck kündigte ferner an, dass der Bauhof noch in diesem Jahr mit dem Austausch der bisherigen mechanischen durch elektronische Hauswasserzähler beginnen werde. Bei fast 9000 Hausanschlüssen soll diese aufwändige Maßnahme binnen sechs Jahren abgeschlossen sein. Mit der Umstellung, so der Vorsitzende, ergäben sich viele Vorteile. So lasse sich die Eichgültigkeit – bedingt durch geringeren Verschleiß – auf bis zu 15 Jahre erhöhen. Eine stichtagsgenaue Ablesung der Wasserzähler durch Fernablesung bedeute eine erhebliche Verkürzung des Ableserzeitraumes und eine jährliche Kostenersparnis von bis zu 30.000 Euro. Zudem könnten künftig Wasserverluste und Leckagen auch in den Hausinstallationen festgestellt werden. Insgesamt seien mit dem Austausch der Wasserzähler eine generelle Steigerung des Kundenservice und eine Minderung von Fehlerquellen verbunden.

Im Stadium der Vorplanung befinde sich derzeit der Bau eines Trinkwasser-Notverbundes mit der Stadt Krumbach für das Heilbad Krumbach und die Stadtteile Attenhausen und Edenhäusen. Die Finanzmittel dafür seien im laufenden Haushalt eingeplant.

wkl

Regionales Wasserforum Oberpfalz:

WRRL und ihre Umsetzung in Bayern

Die Regierung der Oberpfalz in Regensburg war zentraler Treffpunkt von Gewässerexperten aus der Oberpfalz und aus Niederbayern. Zum 6. Regionalen Wasserforum fanden sich 100 Bürgermeister, kommunale Vertreter sowie engagierte Bürger aus den Regionen ein.

Thema des Wasserforums war die Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL). Dabei geht es darum, nachfolgenden Generationen intakte, lebenswerte und auch saubere Fließgewässer, Seen und auch sauberes Grundwasser zu hinterlassen. Vertreter der Regierung, der Landwirtschaftsverwaltung und der Wasserwirtschaftsämter berichteten über den aktuellen Stand der Umsetzung.

„Unsere wichtigste Lebensgrundlage“ nannte Regierungsvizepräsident Walter Jonas „ökologisch intakte Gewässer, die wir nachfolgenden Generationen überlassen müssen“. Raimund Schoberrer, Sachgebiet Wasserbau und Wasserwirtschaft, appellierte, mehr Landwirte und Betreiber von Wasserkraftwerken vom Sinn einer freiwilligen Mitarbeit zu überzeugen. Ökologische Maßnahmen wie Umgehungsgewässer an Wehren oder breitere Uferstreifen an Äckern gegen Einspülungen würden staatlich gefördert. Schoberrer verwies darauf, dass das Grundwasser in weiten Teilen der Oberpfalz nach wie vor mit längst verbotenen Spritzmitteln und Nitratdüngern belastet sei.

Dr. Josef Paukner, Sprecher der Donau-Naab-Regen-Allianz (DoNaReA), einem Zusammenschluss von Vereinen und Bürgern aus der Region, wies darauf hin, „dass wir uns bei der Umsetzung der WRRL nun in einer entscheidenden Situation befinden“. Das

Ziel der Wasserrahmenrichtlinie, grundsätzlich alle Gewässer bis 2015 in einen guten ökologischen Zustand zu bringen, sei nicht erreicht worden. Wir befinden uns nun in der Verlängerung, in der „Nachspielzeit“. Es bleibe ein überschaubarer Zeitraum für eine sehr große Aufgabe.

„Wir sehen, dass bei der Verbesserung der hydromorphologischen Strukturen viel Gutes erreicht wurde – in der WRRL-Umsetzung wie auch (besonders in Regensburg) im Hochwasserschutz“, fuhr Paukner fort. Hier werde hervorragende Arbeit geleistet, hervorragend auch in der transparenten, fairen Einbeziehung von Verbänden, Vereinen und Bürgerinitiativen.

Der DoNaReA-Sprecher plädierte für mehr „Restwasser“ in den Bächen und Flüssen und eine bessere Durchgängigkeit. Die Bemessung von Restwassermengen müsse sich am Naturhaushalt der Gewässer orientieren. Das größte akute Problem bildeten die Einträge aus der Landwirtschaft. Paukner: „Wir wissen im Prinzip, was zu tun ist. Die Behörden der Wasserwirtschaft und der Landwirtschaft arbeiten mit Nachdruck daran. Was uns fehlt, ist vor allem eine klare Aussage der Politik für den Fall, dass freiwillige Maßnahmen nicht wie erhofft greifen.“ Die Verwaltung könne dieses Problem letztlich nur lösen, wenn sich die Politik klar zu der Aufgabe bekennt, die Gewässer in einen guten ökologischen Zustand zu bringen. DK

den die Gebläsekennlinien in der Simulation abgebildet und der Energieverbrauch über ein Jahr errechnet. Dieser floss in die durch GELSENWASSER erstellte Wirtschaftlichkeitsbetrachtung über zehn Jahre ein, welche die Entscheidungsgrundlage für die Investition darstellte.

Fazit

„Die Aussage, wie sich unsere Ablaufwerte und der Energieverbrauch über das ganze Jahr entwickeln werden, hat uns überzeugt“, so der Erste Bürgermeister Herbert Jakob. „Mit der umfangreichen Dokumentation konnten wir zügig und ohne größeren Planungsaufwand in die Umsetzung gehen.“ Mit ZAK^{EN} hat der Markt Großostheim erstmalig ein Instrument, mit welchem schnell und ohne großen Aufwand Fragestellungen auf der Kläranlage bewertet und Optimierungsvorschläge dargestellt werden können.

ZAK^{EN} –
 VERBESSERUNG ABLAUFQUALITÄT
 REDUZIERUNG BETRIEBSKOSTEN
 ENERGIEEFFIZIENZ
WWW.ZAK-EN.DE

„Dass durch eine Leistungsreduzierung die Energiekosten sinken, wissen Sie. Wir sagen Ihnen auch, welche Auswirkungen sie auf die Ablaufwerte hat!“

STEFAN HURZLMEIER, GELSENWASSER AG

Bayerischer Innovationsring:

Motor der Verwaltungsmodernisierung

GZ-Interview mit Landrat Josef Niedermaier, Leiter des Bayerischen Innovationsrings

Um die 71 Landratsämter in Bayern auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten, haben sich im Innovationsring des Bayerischen Landkreistags 21 Landkreise zusammengeschlossen. Zum Nachfolger des ehemaligen Miltenberger Landrats und Ersten Vizepräsidenten des Bayerischen Landkreistags, Roland Schwing, der den Innovationsring seit seiner Gründung im Jahr 1997 geleitet hatte, wurde im Frühjahr 2014 Landrat Josef Niedermaier, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, bestimmt. Mit ihm sprach GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel über die Rolle des Innovationsrings als Motor der Verwaltungsmodernisierung.

GZ: Mit welchen Herausforderungen sieht sich der Innovationsring aktuell konfrontiert?

Niedermaier: Wir betrachten insbesondere die Themen demographische Entwicklung, die Anforderungen unserer Informations- und Wissensgesellschaft, die Auswirkungen des Fiskalvertrags sowie die veränderten Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an den Service und die Qualität von Verwaltungsleistungen. Als praktische Hilfestellungen veröffentlicht der Innovationsring regelmäßig Leitfäden, die von den Projektgruppen „Personal und Führung“, „Betriebswirtschaft“, „Organisation/ eGovernment“ sowie „Service- und Kundenorientierung“ erarbeitet werden. Die Projektgruppen bilden die thematischen Schwerpunkte des Bayerischen Innovationsrings ab und verdeutlichen seinen ganzheitlichen Ansatz der Verwaltungsmodernisierung. Sie setzen sich aus erfahrenen Praktikern aus den Mitgliedslandkreisen zusammen und werden jeweils von einem Landrat geleitet.

GZ: Lenken wir zunächst den Blick auf die Projektgruppe „Service- und Kundenorientierung“. Welche Grundüberlegungen haben dazu geführt, dass der Bayerische Landkreistag sich mit der entsprechenden Projektgruppe diesem Thema zugewandt hat?

Niedermaier: Die Projektgruppe „Service und Kundenorientierung“, die Landrat Robert Niedergesäß (Ebersberg) demnächst von Landrat a. D. Gebhard Kaiser (Landkreis Oberallgäu) übernehmen wird, hat sich zum Ziel gesetzt, die Behörde zugunsten des Bürgers so umzubauen, dass insgesamt ein Dienstleistungszentrum entsteht. Ich denke hier zum Beispiel an den Faktor Zeit. Es gilt, die Durchlaufzeit für den Bürger angenehmer, sprich geringer zu gestalten. Die Bearbeitung der Kundenanliegen und die Erreichbarkeit sind zwei weitere Beispiele.

GZ: Wo gab es denn Probleme?

Niedermaier: Die größten Schwierigkeiten bestanden zunächst darin, den Bürger darüber aufzuklären, was er von seinem Landratsamt zu erwarten hat. Nur die Insider wissen um das Innenleben einer solchen Behörde. Die leicht verständliche Beantwortung von Fragen wie: „An wen muss ich mich im Falle eines auftretenden Problems wenden?“ steht dabei ebenso im Fokus wie beispielsweise die Optimierung von Kontaktabläufen.

GZ: Können Sie Ergebnisse nennen?

Niedermaier: Aktuelle Projektergebnisse sind insbesondere die Handlungsempfehlungen für ein service- und kundenorientiertes Landratsamt, der Leitfaden zur Entwicklung und Umsetzung einer Bürger-/Kundenbefragung für die Landratsämter sowie der Leitfaden zur Einrichtung eines zentralen Kundenservice in den Land-

ratsämtern. Ein zentrales Ergebnis der Befragung war, dass gerade jene Landratsämter wie Starnberg oder Oberallgäu, die

zwei verschiedene Dinge. Oftmals ist eine fachliche Qualifikation zwar vorhanden, aber das Teamwork mangelhaft. Wie kann dieser Schiefelage begegnet werden?

Niedermaier: In der Tat muss man das in der Behörde, im Landratsamt immer wieder hinterfragen. Das tun wir; auch und gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung. Wir haben Prognosen mit dem Ergebnis erstellt, dass in den nächsten 15 bis 20 Jah-



Landrat Josef Niedermaier.

über einen zentralen Kundenservice verfügen, eben deutlich besser abgeschnitten haben.

Grundsätzlich lautet die Devise des Innovationsrings: Eine Idee wird geboren, erprobt und umgesetzt. Erfolge und Misserfolge werden dargestellt und somit können alle von dieser Erfahrung profitieren. Letztlich geht es um Effizienz. Es ist faszinierend zu sehen, was hier alles entstanden ist und wie groß die Bereitschaft der Mitarbeiter gerade auch in meinem Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen war, die entsprechenden Projekte zu leben.

GZ: Womit wir bei der Projektgruppe „Personal und Führung“ wären...

Niedermaier: Diese von Landrat Armin Kroder, Landkreis Nürnberger Land, geleitete Projektgruppe befasst sich insbesondere mit den Herausforderungen, die sich aus der demografischen Entwicklung für das Personal und die Führung an den Landratsämtern ergeben. Aktuelle Projektergebnisse sind insbesondere die Empfehlungen zur Führungskräfte-Entwicklung in den Landratsämtern sowie der hervorragende Image-Film „Komm in unser Team!“ (nur intern), der die Landkreise bei der Gewinnung von Nachwuchskräften unterstützen soll. Um auch in Zukunft Personal zu generieren, aus dem Führungsnachwuchs gewonnen werden kann, ist es notwendig, nachhaltige Strategien und Konzepte zu entwickeln. Hierzu dient unser Leitfaden.

GZ: Passende Mitarbeiter einerseits zu finden und diese andererseits einzubinden, sind

ren ca. 40 Prozent der Mitarbeiter ausscheiden. Diese muss ich aber in einer Zeit nachbesetzen, wo das Arbeitskräfteangebot wegen der demografischen Entwicklung tendenziell eher geringer wird. Wir werden noch in diesem Jahr einen Leitfaden mit entsprechenden Hilfestellungen veröffentlichen.

GZ: Auf der einen Seite sind Sie der politisch gewählte Landrat, auf der anderen Seite der Chef der staatlichen Behörde Landratsamt. Wie alle anderen Landratsämter im Freistaat leidet auch Ihre Behörde unter einer gravierenden Unterbesetzung. Was ist zu tun?

Niedermaier: Die Projektgruppe „Betriebswirtschaft“, die ich in der Vergangenheit leiten durfte und den nun Kollege Michael Fahmüller (Landkreis Rottal-Inn) übernehmen wird, hat diese Tatsache anhand einer genauen Kostenerhebung erstmals sehr deutlich nachgewiesen. Tatsache ist: Die Landratsämter in Bayern tragen durchschnittlich ein bis zwei Millionen Euro Verwaltungs- und Personalkosten, die eigentlich der Staat zahlen müsste. Die Erhebung wurde bei der jüngsten Sitzung des Präsidiums des Bayerischen Landkreistags vorgestellt; meine Einschätzung dazu werde ich in Kürze bei der Landrätetagung im Landkreis Donau-Ries geben.

GZ: Für die eingeforderten Aufgaben gibt es also von staatlicher Seite oftmals weder das Personal noch die finanzielle Ausstattung?

Niedermaier: Es ist doch so:

Wir, die Landratsämter, bekommen Einnahmen zugewiesen, die schlichtweg nicht ausreichen, um das Personal zu bezahlen. Das bewerkstelligen wir auf Gemeindegeldern über die Kreisumlage. Obwohl dies ureigenste Aufgabe des Staates wäre. Dieser Nachweis wurde jetzt erbracht.

GZ: Stichwort Gemeindegeldern: Inwiefern profitieren die Gemeinden von dieser inhaltlichen Arbeit?

Niedermaier: Momentan hat der Innovationsring die thematische Arbeit bewusst auf das Landratsamt hin ausgerichtet. Eine Ausnahme bildet hier die Projektgruppe „Organisation/eGovernment“, geleitet vom Mühldorfer Landrat Georg Huber. Die dort behandelten Themen wie etwa die Einführung und der Einsatz von Dokumentenmanagementsystemen (DMS) sind auch für die Gemeinden hilfreich. Im Übrigen ist der Innovationsring ja nur für die Entwicklung von Projekten und die Suche nach Schnittstellen zuständig. Laufen die Projekte, ist der Innovationsring eher außen vor.

GZ: Wie ist es um die Weiterbildung der Mitarbeiter in den Landratsämtern allgemein bestellt?

Niedermaier: Im Verwaltungsbereich sieht es sehr gut aus – ich denke hier in erster Linie an die Bayerische Verwaltungsschule. Und auch die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement KGSt hat extrem viel anzubieten. In der Weiterbildung sind wir also alles andere als schlecht aufgestellt.

6. und 7. Juli 2015: Bayerische Innovationstage in Landshut

In diesem Zusammenhang darf ich auf die Bayerischen Innovationstage 2015 am 6. und 7. Juli in Landshut verweisen. Bei dieser Veranstaltung des Bayerischen Landkreistages gemeinsam mit der Bayerischen Akademie für Verwaltungsmanagement soll sozusagen die Innovationskommunikation angeregt werden. Ziel ist es, innovative Konzepte auszutauschen und Raum für Gespräche zu schaffen.

GZ: Stichwort Frauenförderung in den Behörden und Arbeitsplatzgestaltung für Frauen und Männer. Werden diese Aspekte auch im Innovationsring berücksichtigt?

Niedermaier: Ja, und zwar in der Projektgruppe „Personal und Führung“. Die Förderung von Frauen als Führungskräfte ist in der Tat ein immens wichtiges Thema. Die Mitarbeiter des Nürnberger Landrats Kroder haben sich damit explizit und mit dem notwendigen Nachdruck auseinandergesetzt. Das Thema wird noch heuer in einem Leitfaden aufgegriffen.

GZ: Gerade vor dem Hintergrund der angesprochenen dünnen Personaldecke stellt sich die Frage nach ehrenamtlichen Potenzialen. Denkt der Innovationsring in diese Richtung?

Niedermaier: Gerade in den fränkischen Landratsämtern finden sich sehr gut funktionierende Ehrenamtsbörsen. Ansonsten verfügt wohl jedes Landratsamt in Bayern über eine Ehrenamtsstelle, die berät und Leute vermittelt. Eine einheitliche Regelung bzw. Koordinations gibt es aber direkt nicht. Als sichtbares Zeichen der Anerkennung für besonderes bürgerschaftliches Engagement hat der Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen ebenso wie viele weitere Landkreise die Bayerische Ehrenamtskarte eingeführt – und das mit großem Erfolg. Als Sponsoren fungieren hier unter anderem die Sparkassen. **DK**

Edmund Stoiber:

Abschlussbericht als Anti-Bürokratie-Beauftragter

Klare Vorgaben der CSU zum Bürokratieabbau in Europa

In seiner Funktion als Anti-Bürokratie-Beauftragter der EU hat CSU-Ehrenvorsitzender Edmund Stoiber der EU-Kommission seinen Abschlussbericht vorgelegt. Vorab hatte Stoiber seine Ergebnisse dem Parteivorstand der CSU präsentiert.

Stoiber zufolge „leidet in vielen Ländern die Akzeptanz der Europäischen Union, weil Brüssel für ein Übermaß an Regulierung und Bürokratie verantwortlich gemacht wird. Zu oft versucht Europa mit kleinteiligen Verordnungen den Lebensalltag der Menschen zu regeln, statt sich um die großen Fragen zu kümmern. Deshalb ist ein umfassender Bürokratieabbau entscheidend für die Akzeptanz und die weitere Entwicklung der Europäischen Union.“

Gegen bürokratischen Wildwuchs

Die CSU fordert, dass die EU weitere Anstrengungen gegen bürokratischen Wildwuchs un-



Dr. Edmund Stoiber.

ternimmt. Das ist eine der zentralen Forderungen aus ihrem „Europaplan“. Konkret fordert die Christlich-Soziale Union:

- Bürokratie-TÜV: Jeder EU-Rechtsakt soll bereits im Vorhinein auf übermäßige Bürokratie überprüft werden.
- Veto gegen Bürokratie: Der neue Erste Vizepräsident der Europäischen Kommission Frans Timmermans soll übermäßige Bürokratie konsequent durch sein Vetorecht verhindern.

Meilenstein Bürokratieabbau

Ministerpräsident und Parteivorsitzender Horst Seehofer: „Die Leistung von Edmund Stoiber im Kampf gegen den Bürokratieriesen Europa ist ein echter Meilenstein. Dafür gebührt ihm größter Dank. Die CSU wird zusammen mit ihren Europaabgeordneten dafür kämpfen, dass die erarbeiteten Empfehlungen nachhaltig umgesetzt werden. Zudem werden wir darauf achten, dass der Erste Vizepräsident der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, seine Kompetenz im Bereich Bürokratieabbau wahrnimmt.“

Große Erfolge

Sieben Jahre setzte sich Stoiber ehrenamtlich in Brüssel für den Bürokratieabbau ein. Als Vorsitzender der High-Level-Group zum Bürokratieabbau in Europa kann er große Erfolge vorweisen:

- Es wurden 300 Vorschläge zum Bürokratieabbau erarbeitet.
- Das Einsparungspotenzial der Vorschläge umfasst 41 Milliarden Euro.
- Das Ziel, bis 2012 ein Viertel der Bürokratiekosten in Europa einzusparen, wurde erreicht.

Die europäische Wirtschaft konnte durch Erleichterungen in

der Bürokratie um insgesamt 33 Milliarden Euro entlastet werden. Davon entfallen 6,5 Milliarden Euro Erleichterungen auf die deutsche Wirtschaft und 1,5 Milliarden Euro auf die bayerische Wirtschaft.

Zentrale Forderungen für die Zukunft

Der Abschlussbericht von Edmund Stoiber enthält zahlreiche Empfehlungen zum weiteren Vorgehen beim Bürokratieabbau:

1. Die Kommission sollte bereits zu Entwürfen von Folgeabschätzungen die betroffenen Kreise konsultieren, um frühzeitig Bedenken wegen einer übermäßigen Bürokratiebelastung neuer Rechtsvorhaben aufgreifen zu können.
2. Ein unabhängiges Gremium sollte die Folgenabschätzungen von Kommission, Europäischem Parlament und Rat sowie die Änderungen im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens auf Bürokratiebelastungen bewerten.
3. Die Kommission sollte ein neues EU-Aktionsprogramm zum Bürokratieabbau beschließen und darin ein Nettoabbauziel festlegen, um die Bürokratiebelastung durch europäische Vorschriften zu verringern. Die Kommission sollte jährlich eine Übersicht über die Nettokosten für Unternehmen vorlegen, die ihre neuen Rechtsvorschlüsse auslösen würden und versuchen, diese durch Einsparungen in gleicher Höhe auszugleichen. Das wäre ein wichtiges politisches Signal an die Bürger und Unternehmen.
4. Die Mitgliedstaaten sollten wie die europäischen Institutionen entsprechend ehrgeizige quantitative Ziele für den Abbau unnötiger bürokratischer Belastungen festlegen.
5. Ein Europäischer Beauftragter für Bürokratieabbau sollte als Anlaufstelle für Beschwerden von Bürgern, Unternehmen und Verbänden über übermäßige Bürokratie berufen werden.
6. Die Kommission sollte den Grundsatz „Think Small First“ strikt beachten und gezielt weitere Vorschläge vorlegen, die kleine Unternehmen von unnötiger Bürokratie entlasten.
7. Die Mitgliedstaaten sollten bei der Umsetzung europäischer Vorschriften in nationales Recht grenzüberschreitend ihre Erfahrungen austauschen.
8. Die europäischen Institutionen, insbesondere die Kommission, die das alleinige Initiativrecht ausübt, sollten eine politische Selbstbeschränkung erklären, damit sich die EU auf die großen Fragen konzentrieren kann und in kleineren Fragen zurückhält.
9. Der EU-Rechtssetzungsprozess, der bei komplexeren und strittigen Fragen einschließlich der nationalen Umsetzung bis zu 7 Jahre dauert, sollte dringend beschleunigt werden.
10. Die Kommission sollte ihre mediale Kommunikation zu ihrer Rechtsetzungspolitik, insbesondere in den Mitgliedstaaten, wesentlich verbessern, um Vorurteilen und ungerechtfertigten Vorwürfen, die der Akzeptanz der EU-Politik insgesamt schaden, entgegen zu wirken. **□**

Europapremiere im Kraftwerk Gerlachshausen der Rhein-Main-Donau AG:

Neuartiges Rechenreinigungs-konzept startet Praxisbetrieb

Seit 7. Juli erfolgte unter der Projektleitung der E.ON Kraftwerke GmbH, die auch die Betriebsführung für das Kraftwerk innehat, die Installation einer in Europa in dieser Form bisher noch nicht eingesetzten Rechenreinigungsanlage sowie die Erneuerung und Anpassung der dazugehörigen zweistufigen Turbinenschutzrechenanlage. Nun startet das neuartige Konzept in den Praxisbetrieb. Rechtzeitig bis zum Winteranbruch werden noch ein neuer Rechengutbunker neben dem Kraftwerk gebaut, die Außenanlagen wieder instand gesetzt und das Kraftwerksgelände mit einem Schutzzaun versehen.

Insgesamt investiert die Rhein-Main-Donau AG in die neuartige Rechenreinigungsanlage, den Austausch der dafür benötigten neuen Schutzrechen und die begleitenden Baumaßnahmen rund 600.000 Euro.

Laufkatze als Kernstück

Kernstück der neuen Rechenreinigungsanlage ist eine vollautomatisch arbeitende, in einem Schienenträger fahrbare, sensorgesteuerte Laufkatze mit eigenem Elektro- und Hydraulikantrieb für den asymmetrischen Rechengutgreifer. Dieser besteht aus einem Zinkenträger mit festen Zinken und einem hydraulisch schwenkbaren Fangkorb, der an zwei Drahtseilen hängt. Dies ist bewährte Technik bei Rechenreinigungsanlagen.

Das Innovative am Standort Gerlachshausen ist die Befestigung der Rechenreinigungsapparatur in einem Portalfahrwerk mit Ausleger, wie es für Krananlagen verwendet wird. Das Portalfahrwerk überspannt mit einer Spurweite von 13,5 Meter auf über 60 Meter langen Kranbahnschienen den gesamten Kraftwerksbereich. Somit kann der Rechengutgreifer sich sowohl entlang des Turbineneinlaufraums als auch parallel über die Rechen bewegen.

Eine weitere Besonderheit der neuen Rechenreinigungsanlage ist eine zweite Laufkatze mit Kettenzug, die als Kranersatz den Transport von Lasten bis zu 3,2 Tonnen ermöglicht. Die Bedienung erfolgt

(wie es auch für die Rechenreinigung selber möglich ist) über eine Funkfernsteuerung. Somit ist sichergestellt, dass im Notfall die Dammtafeln, mit denen der Fluss während Inspektions- und Revisionsarbeiten ausgesperrt werden kann, zum Absperren des Wasserzulaufs schnell und sicher gesetzt werden können.

Komplexer Prozess

Die neue Gerlachshausener Rechenreinigungsanlage mit Laufkatzen und Greifer ist patentiert und erfüllt den komplexen Prozess der automatischen Reinigung des Rechens von Treibgut zuverlässig. Die Anlage kann in einem Arbeitsgang den Rechen von Ablagerungen reinigen, das Rechengut greifen und ohne Zwischenschaltung von Fördereinrichtungen zum Rechengutbunker, der in den nächsten Wochen betonierte wird, transportieren.

Die jetzt verbauten Turbinenschutzrechen in Gerlachshausen bestehen aus einem 5 Tonnen schweren, 3,1 Meter hohen Teilrechen, der ca. 20 Meter vor der Turbine an einer sogenannten Tauchwand im Turbineneinlauf installiert ist und nur bis in 1 Meter Wassertiefe reicht. Er wird in den Einschiebschlitz der Dammtafel geführt.

Unmittelbar vor dem Turbineneinlauf selber wurde der neue, zweifeldrige Hauptrechen, der bis zur Flusssohle reicht, montiert. Für das neue Rechenreinigungssystem musste dieser Rechen um 3,5 Me-

ter auf 11,55 Meter verlängert werden, so dass er nun insgesamt 16 Tonnen auf die Waage bringt. Jedes der 5,7 Meter breiten Rechenfelder besteht aus sieben geschweißten, jeweils 80 cm breiten, miteinander verschraubten, feuerverzinkten Stahlsegmenten. Diese Art von Rechen ist notwendig, um Schwemmgut im Fluss aufzufangen und zu verhindern, dass es in die Turbinen gerät.

Die neue Rechenreinigungsanlage des Kraftwerks Gerlachshausen wird ihren unverzichtbaren Umweltbeitrag zur Reinhaltung des Mains und damit auch zur Verkehrssicherheit auf dieser wichtigen Europäischen Wasserstraße leisten.

Mit Muskelkraft

Die alte Rechenreinigungsanlage stammte noch aus dem Jahr 1985. Zur Bedienung war früher unabhängig von der Tageszeit einige Muskelkraft gefragt, je nach Jahreszeit und Wasserführung des Mains. In Hochwasserjahren „filtrierte“ sie bis zu 550 m³ Rechengut (wie 2002) in Form von organischen Abfällen wie Ästen, Bäumen und Laub, bis hin zu Wohlstandsmüll und Schrott, der im Main illegal „entsorgt“ wird, aus der fränkischen Lebensader. Im Schnitt sind es am Standort Gerlachshausen rund 230 m³ Rechengut pro Jahr. Im ersten Halbjahr 2014 waren es auf Grund der geringen Wasserführung des Mains bisher „nur“ etwa 30 m³.

Rund 5.000 Euro Entsorgungskosten

Das Rechengut gilt grundsätzlich als Abfall, der von einem zertifizierten Entsorgungsbetrieb fachgerecht sortiert und entsorgt wird. Dadurch fallen pro Jahr allein am Standort Gerlachshausen durchschnittlich rund 5.000 Euro Entsorgungskosten an.

Insgesamt entstehen der Rhein-Main-Donau AG pro Jahr für die Reinhaltung des bayerischen Teils des Mains Kosten in Höhe von rund 620.000 Euro. Die gesamten Entsorgungsmengen an den 29 Kraftwerken summieren sich auf rund 23.000 Kubikmeter oder 770 LKW-Ladungen.

Echte regenerative Dauerläufer

Laufwasserkraftwerke sind echte regenerative Dauerläufer. Dank ihrer ausgezeichneten Verfügbarkeit arbeiten die 29 bayerischen Mainkraftwerke der Rhein-Main-Donau AG für die öffentliche Stromversorgung mit einer Frequenz von 50 Hertz im Schnitt rund 6.000 Volllaststunden pro Jahr. Mit einer Gesamtausbauleistung von fast 100 Megawatt erzeugen sie im Schnitt rund 580 Millionen Kilowattstunden. Das würde ausreichen, um rechnerisch 177.000 Durchschnittshaushalte rund um die Uhr sicher, zuverlässig und umweltschonend mit regenerativem Strom zu versorgen.

Besonders sind auch die positiven Umweltaspekte, die die verantwortungsvolle Nutzung der Wasserkraft nach sich zieht, hervorzuheben: Die klimaschonende Stromerzeugung in den Mainkraftwerken der RMD vermeidet pro erzeugter Kilowattstunde (kWh), gemessen am deutschen Energiemix, durchschnittlich 695 Gramm Kohlendioxid (CO₂) pro kWh. Pro Jahr ersparen die besagten 29 Kraftwerksanlagen über 400.000 Tonnen CO₂. Das entspricht dem CO₂-Ausstoß von 185.000 modernen PKW der Golfklasse bei 15.000 km Jahreslaufleistung und einem CO₂-Ausstoß von 145 Gramm pro Kilometer.

Ökologische Durchgängigkeit verbessert

Ein wichtiger Punkt ist die Verbesserung der Fischdurchgängigkeit an den Kraftwerken. Dafür ist am Standort Gerlachshausen Ende 2013 erstmals in Bayern eine Bottom Gallery® genannte Aalabstiegsanlage, bestehend aus einem Aalsammelrohr und einem aufwändigen Bypasssystem um das Kraftwerk herum errichtet worden.

Die Installation der patentierten Stahlschweißkonstruktion verbessert die Fischdurchgängigkeit flussabwärts am Main und leistet damit einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung der Aalpopulation, so dass sich die Gesamtmenge der abwandernden Blankaale im Gewässer signifikant erhöhen kann. Durch die Anlage wird ein Beitrag zur Erfüllung der Europäischen Aalschutzrichtlinien geleistet und gleichzeitig eine wesentliche ökologische Verbesserung am Mainkraftwerk Gerlachshausen der Rhein-Main-Donau AG erreicht.



Landrat Christoph Göbel (3. v. l.) mit einem Teil der Geehrten im Bereich Soziales.

Anerkennung im großen Stil

Landrat Christoph Göbel zeichnet weit über 100 Bürger für besonderes ehrenamtliches Engagement aus

Fast 60 Einzelpersonen und zehn Gruppen standen jüngst auf der Bühne des Unterföhringer Bürgerhauses im sprichwörtlichen Rampenlicht. Sie alle engagieren sich seit vielen Jahren ehrenamtlich im sozialen Bereich oder in Sport- und Schützenvereinen und tragen damit ganz wesentlich zu einem reichen gesellschaftlichen Leben im Landkreis München bei.

Das große ehrenamtliche Engagement im Landkreis sei Ausdruck eines lebendigen Gemeinns, auf den man stolz sein könne – das strich Landrat Christoph Göbel in seiner Ansprache deutlich heraus.

Im Sozialbereich ehrenamtlich Engagierte springen dabei oft auch dort in die Bresche, wo staatliche oder professionelle Angebote nicht mehr greifen. Die Bürgerinnen und Bürger leisten somit nicht nur ganz konkreten Dienst am Nächsten, sie tragen auch im hohen Maße soziale Verantwortung. Die Felder, in denen sich die Menschen engagieren, könnten verschiedener gar nicht sein.

In diesem Jahr kamen die Geehrten u. a. aus den Bereichen Nachbarschaftshilfe, Hospizwesen, Asyl-Helferkreise oder Rehabilitation. Auch eine Gruppe junger Schülerinnen und Schüler gehörte zum Kreis der Geehrten. Sie engagieren sich am Neubiberger Gymnasium unter Leitung ihres Lehrers Dr. Thomas Rübiger im Arbeitskreis „Schule gegen Rassismus“ für die Integration Benachteiligter, Ausgrenzter und Fremder.

Ebenso beeindruckend war das „Defilee“ der Engagierten im Bereich Sport. Viele der Geehrten engagieren sich zum Teil seit ein, zwei, drei oder sogar vier Jahrzehnten für den Vereinssport. Die

Einsatzfelder sind ebenso vielfältig und reichen von der aktiven Jugendarbeit, der Übernahme von Abteilungsleiterposten in Sport- und Schützenvereinen bis hin zur Mitwirkung im Vorstand einer Ortsgruppe der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft (DLRG).

Wichtige Vorbildfunktion

Göbel skizzierte in seiner Ansprache auch den Wandel in der Vereinslandschaft. Viele der Organisationen seien im Laufe der Zeit zu großen Dienstleistungsunternehmen geworden, gleichzeitig habe der Pool an Freiwilligen und Ehrenamtlichen abgenommen. Dies stelle die Vereine zum Teil vor große Herausforderungen. Umso wichtiger sei es auch, denjenigen Anerkennung zu zollen, die sich voll Idealismus und persönlichen Engagements für die Gesellschaft einsetzen. Sie seien wichtige Vorbilder für alle Generationen.

Als sichtbare und bleibende Anerkennung erhielten die Geehrten die goldene Ehrennadel des Landkreises, eine Urkunde und ein Geschenk. Die vielfach von den Bürgermeisterinnen oder Vertretern aus Gemeinderat oder Kreistag aus ihren jeweiligen Heimatgemeinden begleiteten Geehrten nutzten den geselligen Abend zu einem angeregten Austausch.

Drei „schwarze“ Minister – eine Metropolstrategie

Söder, Herrmann und Schmidt als Fürsprecher der Region

Drei CSU-Minister, eine gemeinsame Strategie für die Städteachse: Dies vereinbarten Finanzminister Dr. Markus Söder, Innenminister Joachim Herrmann und Bundesminister Christian Schmidt mit verantwortlichen Kommunalpolitikern aus Nürnberg, Fürth, Erlangen und Schwabach.

„Wir verstärken die Verzahnung der Ballungsraum-CSU, setzen eigene Akzente und Impulse und entwickeln kraftvoll die für die Städteachse wichtigen Themen als Anwälte der Region“, so Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder nach dem Treffen mit den Kommunalpolitikern. „Zuletzt haben wir die universitäre Entwicklung vorangebracht, dazu gehört dann auch die richtige Infrastruktur.“ Daneben nannte Finanzminister Söder auch die Profilierung der Region als IT-Standort und als Kultur-Region: „Die CSU ist damit Schrittmacher im Ballungsraum“.

Attraktivität steigern

Christian Schmidt, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, erklärte, dass Fürth sich in den letzten Jahren gefördert durch Landes- und Bundesmittel gut weiterentwickelt habe. „Wichtig wird sein, dass die Attraktivität der Region durch qualifizierte Arbeitsplätze und eine vernünftige Infrastruktur weiter gesteigert wird. Die Politik setzt über die Grenzen der Gebietskörperschaften hinweg die Rahmenbedingungen für eine positive Entwicklung“, so der aus Fürth

stammende stellvertretende Landesvorsitzende der CSU.

Ebenen besser verzahnen

Der bayerische Innen-, Verkehrs- und Bauminister Joachim Herrmann betonte: „Wir können viel für die Region bewegen, wenn die Ebenen noch besser verzahnt werden. Die Umsetzung unseres Hochschulkonzeptes wird auch auf die Bereiche Bau und Verkehr Auswirkungen haben“, so Herrmann. „Alle Planungen – gerade die für den öffentlichen Nahverkehr – werden miteinander abgestimmt“. Dies betrafte auch die innere Sicherheit in den großen Städten mit zum Beispiel dem Ausbau der Sicherheitswacht und der Videoüberwachung im Öffentlichen Personennahverkehr. Für Joachim Herrmann ist „Politik aus einem Guss“ die Erfolgsgrundlage für die angestrebte Vernetzung und den Austausch mit den kommunalen Fraktionen im Bereich der Vier-Städte-Achse.

Die drei CSU-Minister wollen solche Abstimmungsrunden regelmäßig abhalten. „Zusammen geht es besser als allein, zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger unserer Heimatregion“, betonte Söder.

pm

Ganz Bayern in 60 Minuten.

TV BAYERN

LIVE

Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns.

Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region

*** Jeden Sonntag um 17.45 Uhr auf der Frequenz von RTL.**

www.tvbayernlive.de

Jahreskonferenz der „Allianz pro Fachkräfte“ in Nürnberg:

Verfügbarkeit und Qualifikation verbessern

Rund 250 Führungskräfte, Personalverantwortliche und Bildungsexperten aus Unternehmen, Politik und Verwaltung kamen nach Nürnberg zur 3. Jahreskonferenz der „Allianz pro Fachkräfte“, die von der IHK Nürnberg für Mittelfranken in Kooperation mit den Zukunftskoaches der Metropolregion Nürnberg veranstaltet wurde.

Die „Allianz pro Fachkräfte“ in der Metropolregion Nürnberg geht zurück auf eine Kooperationsvereinbarung zwischen der IHK Nürnberg für Mittelfranken und der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit. Zwischenzeitlich sind 23 Partner in der Allianz aktiv. Sie entwickelt den Bestand an Fachkräften weiter, nutzt das vorhandene Potenzial an Fachkräften und kommuniziert die positiven Beschäftigungsperspektiven der Region. Ebenso ist es ihr Ziel, eine Willkommenskultur mit umfassendem Service-Angebot für zuziehende Fachkräfte und ihre Familien zu etablieren.

Wie IHK-Präsident Dirk von Vopelius eingangs bemerkte, „ist Fachkräftesicherung neben der Versorgung mit Breitband-Internet das Top-Thema für unsere Mitgliedsfirmen“. Dies gelte für kleine und mittlere Firmen ebenso wie für Großunternehmen. „Unser Auftrag lautet deshalb: Wir müssen in der Region die Verfügbarkeit und die Qualifikation von Bewerbern verbessern“, betonte von Vopelius.

Aus diesem Grund hat die „Allianz pro Fachkräfte“, in der die IHK Nürnberg für Mittelfranken und das Bayerische Wirtschaftsministerium gemeinsam mit weiteren Partnern aktiv sind, eine Reihe von Projekten auf den Weg gebracht. Eine Projektidee, die in der Jahreskonferenz 2013 entwickelt

worden war, wurde diesmal in einem der Workshops der Metropolregion Nürnberg ausgestellt. Die Workshop-Teilnehmer entwickelten die Bestandteile des „Willkommenspakets für Neubürger“.

Darunter finden sich beispielsweise Broschüren wie „Heimat für Kreative“, Kultur- und Freizeitempfehlungen (z. B. Entdecker-Pass) sowie interaktive, digitale Angebote. Das Paket soll Unternehmen und z. B. Einwohnernmeldeämtern an die Hand gegeben werden, damit sie mit der Metropolregion als attraktiver Heimatregion um Fachkräfte aus Deutschland und der Welt werben können.

Darüber hinaus ging es bei der diesjährigen Jahrestagung in acht Vorträgen und elf Workshops unter anderem auch um folgende Themen: Führungskräfteentwicklung im Mittelstand, Personalmarketing, betriebliche Aus- und Weiterbildung, Talentpools in der Metropolregion, Willkommenskultur, Inklusion und Familienfreundlichkeit.

Im Fachvortrag „Führungskräfteentwicklung in kleinen und mittelständischen Betrieben“ stellte Walter Niederlöhner, Raiffeisenbank Weissenburg-Gunzenhausen eG, zunächst die Ausgangssituation der Bank im Bereich Führung und die durch die durchgeführten Maßnahmen erreichten Ergebnisse der Führungskräfteentwicklung vor. Anschließend erläuterte Dieter Kiwus, Kiwustrainerteam, die

Qualifizierungsmaßnahme durch anschauliche Praxisbeispiele. Typische Führungsprobleme und die wesentlichen Erfolgsfaktoren moderner Führung in kleinen und mittleren Unternehmen wurden so deutlich gemacht.

Wie kann man als Mittelstandsunternehmen erfolgreich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen und halten? Mit dieser Frage beschäftigte sich Michael Kemnitz, Leiter Personal, HEITEC AG, Erlangen, in seinem Vortrag „Attraktivität durch Aufgabenvielfalt – am Beispiel der HEITEC AG“. Bei Großunternehmen sind Kernnütz zufolge in der Regel höhere Einkommen erzielbar. Punkten könnten Mittelständler hingegen mit den Arbeitsinhalten. Sie müssten technisch anspruchsvoll, herausfordernd, abwechslungsreich und mit breiter Verantwortung versehen sein. Nur dann gelinge eine dauerhafte Verbindung Unternehmen – Mitarbeiter.

Wie Sylvia Klass, Inhaberin edupal, in einem Workshop mit dem Titel „Standortförderung mit Herz: Internationale Schule“ hervorhob, zeige die Erfahrung, dass internationale Schulen hierzulande auf Initiative der Wirtschaft entstehen. Dass das so ist, habe einen Grund: „Wirtschaftsregionen müssen nicht nur für Fachkräfte sondern auch für deren Familien attraktiv sein.“ Das vorhandene Bildungsangebot werde dabei als wichtiger Faktor gehandelt. Internationale Schulen lieferten jedoch weitaus mehr: „Sie verleihen einer Wirtschaftsregion ein Herz und eine Persönlichkeit“, so Klass. Sie machten einen Standort einladend,

bunt, vielfältig und eröffneten Zukunftsperspektiven. In der Region Nürnberg gebe es bereits attraktive Angebote, wie etwa das der Franconian International School in Erlangen.

„Talentpools in der Metropolregion Nürnberg“ lautete der Titel eines weiteren Workshops mit Christian Steudner, Zentrale Zukunftskoaches für die Metropolregion Nürnberg. Unter den Bewerbern auf ein Stellenangebot, kann immer nur einer auch eine Zusage erhalten. Alle anderen, und wenn sie noch so talentiert sind, erhalten Absagen. Anstatt diese auf eine weitere Irrfahrt durch die bundesweiten Stellenangebote zu schicken und so für die Region oder ins Ausland zu verlieren, bietet der Talentpool die Möglichkeit, diese Bewerber an ein Netzwerk aus Unternehmen der Region zu empfehlen und damit auch noch die Kosten für das Personalmarketing auszugleichen.

Gabriele Riedel, Landratsamt Kronach, Regionalmanagement Zukunftskoach, stellte die Entstehung und Entwicklung des bestehenden Talentpools für Fach- und Führungskräfte der Landkreise Coburg, Kronach und Lichtenfels vor. Im Anschluss wurden die Möglichkeiten der Übertragbarkeit und der regionalen Ausweitung des Konzepts diskutiert.

In dem Workshop „Passgenaue Inklusion im Betrieb“ (Moderation: Ute Günzel, Integrationsamt Nürnberg, Heinrich Moethe, Inhaber, Lernen – Reden – Wissen) wurden die relevanten Themen und Aktionsfelder erarbeitet, um von Seiten der unterstützenden Institutionen die Unternehmen und ihre schwerbehinderten Mitarbeiter passgenau zu beraten und zu fördern. Die Ergebnisse des Workshops sind nun Grundlagen für Informationsveranstaltungen, die das Zentrum Bayern für Familie und Soziales (Integrationsamt) gemeinsam mit weiteren Sozialleistungsträgern und der IHK durchführt.

Eine abgeschlossene Berufsausbildung erhöht die Chancen auf eine Integration in den Arbeitsmarkt ganz erheblich. Dies gilt auch für langzeitarbeitslose junge Mütter und Väter oder Personen, die einen pflegebedürftigen Angehörigen betreuen. Mit dem durch die Zukunftskoaches angestoßenen Projekt „Teilzeitausbildung für Langzeitarbeitslose“ entstand in Kooperation mit den Jobcentern, Kammern und Bildungsträgern ein Konzept, das insbesondere in strukturschwächeren Räumen die Chancen zur Integration auf dem Arbeitsmarkt fördert.

Das Angebot bietet Arbeitslosen in Amberg-Weizsach, Bayreuth, Tirschenreuth und Weiden in schwieriger persönlicher Situation eine vernünftige Ausbildung und somit eine neue Perspektive für die Zukunft. Der Workshop „Volle Kraft in Teilzeit: Ein Projekt gegen Langzeitarbeitslosigkeit“ (Moderation: Roswitha Ruidisch, Zukunftskoachin für die Stadt Weiden i.d.OPf.) zeigte auf, wie Arbeitsmarktprojekte im interkommunalen Verbund umgesetzt werden können, welche Chancen solche Kooperationen bieten und wo Stolpersteine liegen.

Im Workshop „Bildungsberichterstattung und kommunales Bildungsmanagement als Beitrag zur Fachkräftesicherung“ (Moderation: Martina Schuster, Bildungsbüro der Stadt Nürnberg) wurden zunächst Ansätze des kommunalen Bildungsmonitorings und Bildungsmanagements in Nürnberg vorgestellt. Anhand von Beispielen aus der berufsbezogenen Weiterbildung und dem Übergang von der Schule in die Ausbildung erfolgte eine Betrachtung kommunaler und kommunenübergreifender Aufgaben und Einflussmöglichkeiten im Bildungssektor, die der regionalen Fachkräftesicherung dienen. Gemeinsam wurde erörtert, wie kommunale Strukturen im Bildungsbereich aussehen müssen, damit auch Unternehmen sie nutzen und sich beteiligen. **DK**



Landrat Stefan Rößle (2. v. l.) gemeinsam mit (v. l.) Fotograf Curt Demmler, Günther Zwerger, Geschäftsführer Ferienland Donau-Ries e. V., Nicole Nause, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Achim Frank, Leiter des Büros Landrat am Landratsamt Donau-Ries.

Bild: M. Stark

Neuer Regenschirm:

Botschafter des Landkreises Donau-Ries

Farbenprächtig zeigt sich der neue Landkreisschirm, ein wahrer Blickfang. Da sind sich die Verantwortlichen im Landratsamt Donau-Ries bei der Vorstellung des neuen Regenschirmes einig. Der Schirm zeigt Ansichten des Landkreises. Er bietet nicht nur Schutz bei schlechtem Wetter, sondern wird zugleich als Botschafter des Landkreises fungieren.

Neun ausdrucksstarke Motive sind auf dem Stockschild abgebildet. Sie zeigen die Städte Donauwörth, Nördlingen, Rain, Wemding, Harburg, Oettingen, Monheim sowie die Marktgemeinden Kaisheim und Wallerstein. Die Bilder hierfür wurden von Curt Demmler, Fotograf und Inhaber des gleichnamigen Fotostudios in Donauwörth, angefertigt und mit einer speziellen Technik grafisch bearbeitet.

Herausgekommen ist ein Schirm, der sich nicht nur bei Regenwetter sehen lassen kann. „Der Schirm repräsentiert unsere einzigartige Heimat mit seinen schönen Städten und soll als Werbeträger des Landkreises dienen“, betont Landrat Stefan Rößle. Er ist für Bürgerinnen und Bürger gedacht, die sich mit ihrer Heimat identifizieren, aber auch für Gäste und Touristen, die ein Andenken an den Landkreis Donau-Ries haben möchten.

Marketing und Vertrieb

Das Marketing und der Vertrieb des Schirmes erfolgen durch das Ferienland Donau-Ries. Damit der Schirm auch über die Landkreisgrenzen hinweg oder sogar im Ausland präsentiert wird, hat Günther Zwerger, Geschäftsführer des Ferienland Donau-Ries e. V., schon ein Konzept in der Tasche: „Wir möchten die Städte und Gemeinden, Tourist-Informationen und Schulen mit ins Boot holen und ihnen anbieten, den Schirm im Rahmen von Städtepartnerschaften, Schüleraustauschreisen und dergleichen zu verschenken. Auch das Ferienland Donau-Ries wird den Schirm bei Messen offerieren.“

1.200 Stück

„Der bisherige Landkreisschirm ist in die Jahre gekommen und eine Nachproduktion schied somit aus“, erläutert Achim Frank, Leiter des Büros Landrat am Landratsamt Donau-Ries. Aufgrund dessen wurde ein neuer Schirm konzipiert und mit einer Stückzahl von 1.200 aufgelegt. Der Landkreisschirm ist ab sofort erhältlich in der Geschäftsstelle des Ferienlandes Donau-Ries im Landratsamt in Donauwörth (Tel. (0906) 74-211, der Sparkasse Donauwörth, der Sparkasse Rain, bei Photo-Demmler, bei den Tourist-Informationen Donauwörth, Nörd-

lingen, Rain, Oettingen, Monheim, Wemding sowie teilnehmenden Städten und Gemeinden. Er kann zum Preis von 19,80 Euro erworben werden. □

GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Jörg Kunstmann (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 48 vom 01.01.2014

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

VR Bank

Kaufbeuren-Ostallgäu eG

Konto 144 320, BLZ 734 600 46

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Festakt in Augsburg:

60 Jahre Bezirk Schwaben

Mit einem großen Festakt im Augsburger Parktheater hat der Bezirk Schwaben sein 60-jähriges Bestehen gefeiert. Laut Bezirkspräsident Jürgen Reichert ist Bayerisch-Schwaben eine ausgesprochen schöne Heimat – landschaftlich, kulturell und sozial. Dass hier Tradition lebendig ist und Gemeinschaft gelebt wird, dazu trage der Bezirk Schwaben kraft seiner Aufgaben bei.

„Mit unseren Bezirksmuseen, der Bezirkshauptpflege und Einrichtungen wie Trachten- und Volksmusikberatung sprechen wir Jung und Alt an und schlagen die Brücke zwischen Geschichte und Moderne. Mit unseren sozialen Hilfestellungen und den medizinischen Leistungen der Bezirkskliniken Schwaben tragen wir zur Daseinsvorsorge bei“, betonte Reichert und ergänzte: „Wir gestalten Schwaben mit – und alle Bürgerinnen und Bürger Schwabens können an dieser Gestaltung mitwirken, nicht zuletzt bei der Wahl des Bezirkstages. Denn es ist eine bayerische Besonderheit, dass es eine dritte kommunale Ebene gibt, dessen politisches Leitungsorgan direkt gewählt wird.“

Der Grundstein dafür wurde vor 60 Jahren gelegt, als 1953 die Bayerische Bezirksordnung in Kraft trat; 1954 fanden die ersten Wahlen zu einem Schwäbischen Bezirkstag statt.

„Die bayerischen Bezirke sind einmalig in Deutschland und haben eine lange Tradition“, führte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann in Vertretung des bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer aus. „Als dritte kommunale Ebene haben sich unsere Bezirke fest etabliert.“ Sie erfüllten wichtige Aufgaben im Bereich „Soziales“ und „Kultur“. Außerdem seien die Bezirke Ausdruck von Regionalität und stünden daher auch für Halt und Orientierung. Gerade der schwäbische Bezirk lebe das

Selbstbewusstsein und die besondere Geschichte und Tradition Schwabens.

Vielfältiges Aufgabenspektrum

Herrmann zufolge leistet der Bezirk Schwaben ebenso wie die anderen sechs bayerischen Bezirke mit einem vielfältigen Aufgabenspektrum seit vielen Jahren hervorragende Arbeit. Im sozialen Bereich gehörten dazu unter anderem Einrichtungen der Psychiatrie und Neurologie sowie Einrichtungen für Suchtkranke und für Seh-, Hör- und Sprachbehinderte. Dazu komme die stationäre Hilfe für pflegebedürftige Menschen. Als überörtliche Sozialhilfeträger seien die Bezirke außerdem für die stationäre und seit 2008 auch für die ambulante Eingliederungshilfe von Menschen mit Behinderung zuständig. „Allein in Schwaben waren dies im letzten Jahr gut 18.000 Menschen. Dafür hat der Bezirk Schwaben vergangenes Jahr rund 309 Millionen Euro aufgewendet.“

Ein wichtiges Thema sei daher die aktuelle Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe über ein Bundesteilhabegesetz. Derzeit laufe dazu beim Bund ein umfangreicher Beteiligungsprozess, an dem auch die Bezirke als fachkundige Experten unmittelbar mit eingebunden sind.

„Mit dem Bundesteilhabegesetz werden wir auch die erforderliche Entlastung für die Kom-

munen umsetzen“, unterstrich der Innenminister. Wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben, soll der Bund die Kommunen mit Inkrafttreten eines Bundesteilhabegesetzes um fünf Milliarden und bereits vor Inkrafttreten um eine Milliarde Euro pro Jahr entlasten. Dies soll je zur Hälfte über eine Erhöhung des kommunalen Umsatzsteueranteils und über eine Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft im Bereich der Grundversorgung für Arbeitssuchende erfolgen. Einen ersten Gesetzentwurf hat die Bundesregierung bereits vorgelegt. „Die Bayerische Staatsregierung wird sich weiterhin mit Nachdruck für die kommunalen Belange einsetzen“, versprach Herrmann in diesem Zusammenhang.

Kulturelles Engagement

Auch im Bereich der Kultur seien die Bezirke nicht mehr wegzudenken, fuhr Herrmann fort. „Ob Museen, Theater, Brauchtums-, Heimat- oder Denkmalpflege, das kulturelle Engagement der Bezirke ist vielfältig.“

Als konkretes Beispiel nannte Herrmann das Parktheater im Kurhaus Göggingen, in dem die Jubiläumsveranstaltung stattfand. „Ohne die tatkräftige Unterstützung des Bezirks und der Stadt Augsburg hätte dieses wunderschöne Baujuwel wohl nicht saniert werden können.“ Ein gutes kulturelles Angebot ist für Herrmann auch ein Standortfaktor im Wirtschaftsleben. Gerade bei Standorten, die in wirtschaftlicher Hinsicht ähnliche Voraussetzungen bieten, könne ein vielfältiges Kulturangebot den Ausschlag für die Ansiedlung neuer Unternehmen geben. **DK**

Mehr als 500.000 KBit/s beim Endkunden

Gemeinde Rimbach surft mit neuer amplus Höchstgeschwindigkeit

Hoher Besuch in der Gemeinde Rimbach (Landkreis Cham): Dr. Markus Söder, Bayerischer Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, nahm zusammen mit Christof Englmeier (Vorstandsvorsitzender amplus AG) und dem Chamber Landrat Franz Löffler das neue Glasfasernetz beispielhaft am Ulrichshof Baby & Kinder Bio-Resort in Betrieb.

Erst im Mai wurde der Kooperationsvertrag vom 1. Bürgermeister der Gemeinde Ludwig Fischer und Christof Englmeier unterzeichnet, kurz darauf fand der Spatenstich zum Glasfaserausbau statt. Schon drei Monate später waren die Tiefbauarbeiten durch die Nibler GmbH abgeschlossen und knapp 11,5 Kilometer Glasfaserkabel verlegt. In der Projektsumme von 508.000 Euro enthalten ist die Erschließung von fünf Kabelverzweigern (KVz) im Gemeindegebiet mit Glasfaser. Dadurch haben ab sofort 286 Haushalte der Gemeinde Zugang zum Highspeed Internet der amplus AG mit bis zu 100.000 Kbit/s. Zwei Hotels, neben dem Ulrichshof auch der Bayerische Hof, erhalten eine Bandbreite von 200.000 Kbit/s per Glasfaser bis ins Haus (FTTH).

Erstmals eine halbe Million Kbit/s in Bayern: Rimbach ist für die Zukunft gerüstet

Beim Pressetermin zeigte amplus



Dr. Markus Söder, Bayerischer Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, bei der Inbetriebnahme des neuen Glasfasernetzes in Rimbach.

lus, was über eine direkte Glasfaserverbindung ohne die letzte Meile Kupfer bereits heute technisch möglich ist: Der Speedtest der Bundesnetzagentur im Foyer des Ulrichshof zeigte eine Übertragungsrate von über 500.000 Kbit/s. Bisher hat kein anderer Breitband-Carrier diese Geschwindigkeit beim Endkunden schalten können.

Wachsender Bedarf

Obwohl der Bedarf nach höheren Bandbreiten weiter wachsen wird, sind die Partner-Kommunen der amplus AG vor hohen Investitionen in der Zukunft gefeit. Wo der Internet-Carrier aus Teisnach Haushalte per Glasfaser bis ins Haus erschlossen hat, sind alle technischen Grundlagen für die Bereitstellung von Übertragungsgeschwindigkeiten bis zu 1 GB/s – also das Zehnfache der heute möglichen Bandbreite – vorhanden. Kein anderes technisches Konzept – weder Kupfer noch Funk bringt die notwendigen physikalischen

Eigenschaften für Downloads von über 100.000 Kbit/s mit. Deshalb statet amplus auch alle mit Glasfaser erschlossenen Kabelverzweiger (KVz) bereits heute mit der notwendigen Technik für den späteren Fibre to the home (FTTH) – Ausbau aus.

Versorgungsverantwortung geht weit über das Förderprogramm hinaus

Zum Eigenanteil der amplus AG im geförderten Projekt von 125.000 Euro addiert sich eine Investitionssumme von 100.000 Euro aus dem eigenwirtschaftlichen Glasfaser-Ausbau eines Schaltverteilers (SVT). Der Grundgedanke des eigenwirtschaftlichen Ausbaus besteht in der Versorgungsverantwortung, der sich amplus freiwillig verpflichtet. Die Unternehmensphilosophie von amplus lautet „Schnelles Internet für Jeden.“ – meist können abgelegene Gemeindegebiete aber aus Wirtschaftlichkeitsgründen nicht mitversorgt werden.

Individuelle Konzepte

Damit gibt sich Christof Englmeier, Vorstandsvorsitzender der amplus AG, nicht zufrieden: „Sobald wir mit einer Gemeinde zusammenarbeiten, bekommt jede Kommune das individuell für sie passende Konzept. Dazu gehört nunmal, dass wirklich Jeder die Möglichkeit erhält, mit Übertragungsgeschwindigkeiten von bis zu 200.000 Kbit/s zum Informationszeitalter aufzuschließen.“ Gerade der Fall des Ulrichshofs zeigt die Bedeutung hoher Bandbreiten für Hotels im ländlichen Raum: Internet-Hotspots gehören heute zum Service, viele User zur gleichen Zeit belasten aber die individuelle Übertragungsgeschwindigkeit, die Lösung besteht allein in der Zuführung höherer Bandbreiten aus dem Versorgungsnetz.

Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Schau einer an, die Kanzlerin und der chinesische Regierungschef im Supermarkt. Diplomacy by shopping sozusagen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, kommentierte vor ein paar Tagen Bilder, die Frau Merkel und den chinesischen Ministerpräsidenten Li in einem Berliner Supermarkt zeigten. Bei der Gelegenheit spendierte unsere Kanzlerin Herrn Li einen Nikolausstiefel aus Schokolade – für einen Chinesen sicher eine sehr exotische Gabe.

Zeige mir wie Du einkaufst und ich sage Dir, wer Du bist, möchte man da ausrufen. Wenn man zum Beispiel einen x-beliebigen französischen Supermarkt mit seiner imposanten Auswahl an Käsen und Weinen sowie den Frischthecken für Fleisch und Fisch mit einem deutschen Supermarkt vergleicht, der kaum mal frischen Fisch oder Käse ohne Folie und nur ein-



Vergleich zu scheuen.

Discounter sind auch ein Politikum. Preiskriege zwischen den Anbietern (immer noch billiger!), etwa bei Butter, Milch oder Kaffee, beschäftigen die Wirtschaftsteile der seriösen Tageszeitungen. Großbritannien ist auch nicht das einzige Land, in dem sorgenvoll von zu starker deutscher Marktpresenz gesprochen wird, wenn hiesige Discounter-Riesen unter

eigenem Namen expandieren und sich keine linguistische Tarnkappe aufsetzen. Da ist dann Gegenwehr erforderlich, wie ihn derzeit die Billig-Airline Easyjet in England organisiert und mit eigenen Läden in dieses attraktive Segment eindringt.

Wenn beim Discounter die große Gleichheit herrscht, so ist der Lebensmittelkauf im Internet noch ein Elitenprojekt. Die Anbieter sind rar, das Sortiment spezialisiert, z.B. auf Wein, Tee oder edle Süßigkeiten. Aber auch hier wird das Angebot breiter, vor allem wenn es um teure und erlesene Spezialitäten geht. Oder um Lifestyle. So kann sich der biobewegte Doppelverdienerhaushalt jede Woche eine Kiste frisches Gemüse aus biologischem Anbau schicken lassen, zusammengestellt vom Anbieter, einschließlich einem leicht-und-schnell-Kochrezept, damit man nicht vor dem Kohlrabi steht wie der Ochs vorm Berg.

Mein Chef, der Bürgermeister, beobachtet diese Trends genau, denn sie werden künftig noch mehr als jetzt schon Auswirkungen auf unsere Innenstadt und die Nahversorgung in den Stadtteilen haben. Große Discounter mit hohem Platzbedarf einerseits, Internethandel andererseits werden den traditionellen Supermärkten das Leben noch schwerer machen. Die Übernahme von Tengelmann durch Edeka ist nur ein Zeichen dafür. Auf dem Land gibt es eine Renaissance der Dorfäden, als Marktsegment genau zwischen Massenkauf auf der grünen Wiese und Spezialitätenladen im Internet. Kann das auch ein Modell für die Stadt sein? Jedenfalls simse ich ihm einen Satz des britischen Sozialphilosophen John Ruskin, der heute scheinbar widerlegt ist, oder?: „Das Gesetz der Wirtschaft verbietet es, für wenig Geld viel Wert zu erhalten.“

*the
Sabriul*

Latte Macchiato zum Krimi

Seit einem Jahr betreibt InCa das inklusive Lesecafé in der Stadtbücherei

Würzburg. Umgeben von Geschichten über heiße Amouren, Detektiv- und Fantasystories zu arbeiten, das findet Stefan Schnabel einfach klasse. Seit einem Jahr ist er im Lesecafé der Würzburger Stadtbücherei tätig. „Ich habe alles in Bewegung gesetzt, um hierher zu kommen“, erzählt der 47-Jährige. Zuvor war er fast 30 Jahre in den Mainfränkischen Werkstätten tätig. Das war für den „Herr der Ringe“-Fan auch okay. Aber längst nicht so interessant, wie im Lesecafé beschäftigt zu sein.

Büchereibesucher, aber auch Mitarbeiter holen sich hier ihre tägliche Dosis Koffein ab. „Am liebsten trinke ich Cappuccino“, verrät stellvertretender Büchereileiter Norbert Herrmann. Er ist glücklich über die Entscheidung, ein echtes Café in der Bücherei einzurichten.

Ausschreibung

Schon eine ganze Weile dachte das Bibliotheksteam hierüber nach. 2013 wurde die Leistung ausgeschrieben: „Es gab mehrere Bewerber.“ Das schlüssigste Konzept hatte die Integrationsfirma InCa – InklusionCatering Mainfranken, eine Tochter der Mainfränkischen Werkstätten. Hier ist auch Stefan Schnabel beschäftigt. Insgesamt drei Cafés werden inzwischen von InCa betrieben.

Guter Service

Kaffeeautomaten und Pappbecher sind heute vielerorts out: Einrichtungen, die etwas auf sich halten, bieten richtigen Kaffee, guten Service und kleine Leckereien an. Das gilt für Büchereien ebenso wie etwa für Seniorenheime. Allerdings ist es

durchaus riskant, in solchen Einrichtungen ein Café zu eröffnen. „Wir zum Beispiel haben keinen Verzehrzwang“, sagt Norbert Herrmann. Dennoch ließ sich InCa auf das Angebot ein, so Alexander Seith, Betriebsleiter Catering bei den Mainfränkischen Werkstätten: „Wobei wir als gemeinnützige GmbH ja auch keine Gewinne erzielen müssen.“ Die schwarze Null reicht. Und die wurde im ersten Jahr dank großen Zuspruchs auch erzielt.

Milchaufschäumen

Einiges musste Stefan Schnabel am Anfang üben, bis er es richtig gut konnte: „Ich hatte Probleme mit dem Milchaufschäumen.“ Inzwischen beherrscht er das exzellent. „Er macht den besten Schaum von uns allen“, lobt ihn eine Kollegin.

Sechs inklusive Jobs

Durchschnittlich sechs Werkstattbeschäftigte finden in dem Café einen inklusiven Job. Sie bieten verschiedene Kaffeeaktionen, selbst gebackenen Kuchen, belegte Brötchen, Honig und Schorle mit Saft aus selbst

gesammelten Streuobstapfeln zum Verkauf an.

Kundenwünsche

Kundenwünschen wird selbstverständlich Beachtung geschenkt – und sowie es irgend geht, versucht das InCa-Team, sie zu erfüllen. Überhaupt gibt es immer wieder etwas Neues, so Seith: „Wir erlauben es uns, zu experimentieren.“ Findet etwas Anklang, wird es fest ins Angebot integriert. Wenn nicht, ist das auch nicht weiter schlimm. Auch gegen Weihnachten zu dürfen sich die Büchereibesucher auf besondere Leckereien freuen. Was es genau gibt, wird aber noch nicht verraten. Pat Christ

Freyung-Grafenau im Wettbewerb der Regionen

IHK-Gremium tauscht sich mit Heimatministerium aus

Wie sich der Landkreis Freyung-Grafenau im Wettbewerb der Regionen behaupten kann, welche Herausforderungen angegangen werden müssen und wo Baustellen offen sind, das besprachen die Unternehmensvertreter des IHK-Gremiums Freyung-Grafenau mit Albert Füracker, Staatssekretär im bayerischen Finanz- und Heimatministerium.

Bei der Sitzung im Landratsamt in Freyung unter Leitung des Gremiumsvorsitzenden Alois Atzinger standen Themen von Regionalförderung über Infrastruktur bis zu Behördenverlagerungen im Mittelpunkt. Maßstab des Heimatministeriums, erklärte Füracker, sei die „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ im Freistaat. Er stellte vor, wie das Ministerium den ländlichen Raum stärken möchte. Als einen der wichtigsten Ansatzpunkte nannte er die Versorgung mit Breitbandnetzen

für schnelles Internet: „Die Frage der ländlichen Erschließung beschränkt sich keineswegs auf Straßen und Wasserleitungen“, sagte der Staatssekretär. Schnelles Internet sei für die Wirtschaft ein wichtiger Standortfaktor. Im Landkreis Freyung-Grafenau sind Füracker zufolge 20 von 25 Gemeinden im neuen Förderprogramm der Staatsregierung für den Breitbandausbau aktiv. Würden alle Förderungen ausgenutzt, flössen dafür über 21 Millionen Euro in den Landkreis.

Miteinander

Dass für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Bayern nicht ein Gegeneinander, sondern



Ursberg, Ziemetshausen und Aichen auf der Daten-Überholspur

Mehr als 2.000 Haushalte, Unternehmen und Gewerbetreibende im Gemeindegebiet Ursberg und in den Gemeinden Ziemetshausen und Aichen verfügen künftig über einen schnellen Zugang zum Internet mit Geschwindigkeiten von 30 Mbit/s und mehr. Die Deutsche Telekom und LEW TelNet, ein Tochterunternehmen der Lechwerke, setzten in den Gemeinden zwei gemeinsame Projekte zum Breitbandausbau in der Region um.

Gemeinsam präsentierten (im linken Bild) Bürgermeister Peter Walburger (Mitte), Johannes Stepperger, Geschäftsführer der LEW TelNet (l.), und Eduard Hanneder, Key Account Manager Wohnungswirtschaft und Kommunen bei der Telekom Deutschland (r.), den Kooperationsvertrag für das Breitbandprojekt im Rathaus von Ursberg.

Im rechten Bild stellten Anton Birle, Erster Bürgermeister der Marktgemeinde Ziemetshausen (2. v. l.), und Alois Kling, Erster Bürgermeister der Gemeinde Aichen (2. v. r.), zusammen mit Johannes Stepperger, Geschäftsführer LEW TelNet (l.) und Jürgen Lück, bei der Telekom Leiter des Infrastrukturvertriebs in Bayern, den Kooperationsvertrag für das Breitbandprojekt vor.

das Miteinander entscheidend ist, stellte Atzinger klar. Er brachte die Standortverflechtungsanalyse in Spiel, die die IHK Niederbayern in Auftrag gegeben hatte. Die Analyse zeigt: Ländlicher Raum und Metropolregion profitieren voneinander, beispielsweise haben viele niederbayerische Unternehmen Geschäftsbeziehungen im Raum München – und das gelte auch für die Betriebe aus Freyung-Grafenau. Die Botschaft dazu aus dem IHK-Gremium war eindeutig: Die Unternehmen wünschen sich mehr Zusammenarbeit über Grenzen hinweg – zwischen Gemeinden oder Landkreisen ebenso, wie über die Staatsgrenze nach Oberösterreich oder Südböhmen.

Staatsregierung: „Bayerns ländlichen Raum stärken“

Staatssekretär Albert Füracker sieht darin eine Gemeinschaftsaufgabe

Wilhermsdorf. Bei der Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms will Albert Füracker sich für mehr Rückübertragung von Verantwortung an die einzelnen Gemeinden einsetzen. Ähnlich dem Nordbayern-Plan möchte der Staatssekretär für Finanzen, Landesentwicklung und Heimat weg von starren Projektfestlegungen und hin zu mehr Flexibilität: „Politik ist eine Gemeinschaftsaufgabe, und da gehören bei größeren Maßnahmen mit struktureller Bedeutung alle Beteiligten mit ins Boot“. Dies sei auch im Sinne der gewollten Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.

Viel Zuspruch erhielt Füracker für seinen engagierten Vortrag zum Thema „Bayerns ländlicher Raum“, wozu die Vorsitzenden der beiden CSU-Kreisverbände Fürth-Land und Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim, Landrat Matthias Dießl und Landtagsabgeordneter Hans Herold, gemeinsam nach Wilhermsdorf eingeladen hatten.

„Noch nie hatten die Menschen in den ländlichen Räumen so viele Chancen wie derzeit“, so der „Heimatsstaatssekretär. Aber der Wohlstand sei nicht konservierbar. Die Zugzugsdynamik nach Bayern müsse entlang der Verkehrsachsen auf den ländlichen Raum übertragen werden. Dies entlaste auch die Ballungsräume, wo vielfach schon Wohnungen fehlten. Die auf dem Land deutlich niedrigeren

Lebenshaltungskosten seien ein weiterer Pluspunkt. Darauf aufbauend gelte es, „ideologiefrei und auf Basis von Freiwilligkeit und Auswahlmöglichkeiten“ die Familien mit Betreuungseinrichtungen zu unterstützen, die Vernetzung mit Datenautobahnen voranzutreiben und beim Regionalmanagement das Engagement der Bürgerschaft zu aktivieren.

Mit 1,5 Milliarden Euro würden die Städte und Gemeinden bei der Breitbandversorgung unterstützt, so Staatssekretär Füracker; Landtagsabgeordneter Hans Herold ergänzte, dass aktuell neun Millionen für den Teil seines Stimmkreises im Landkreis Fürth (also ohne Zirndorf, Oberasbach und Stein) und 30 Millionen für den Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim im Antragsver-

fahren seien. Überhaupt würden die Kommunen vom Freistaat Bayern massiv unterstützt: Füracker: „Im aktuellen Doppelhaushalt sind 8,3 Milliarden dafür vorgesehen, so viel wie noch nie zuvor“. In der Diskussionsrunde bestätigten anwesende Bürgermeister die vor allem im Vergleich mit anderen Bundesländern „großartige Unterstützung durch den Staat“ und bedankten sich bei der insgesamt „ausgesprochen kommunalfreundlichen Staatsregierung“.

Entgegen mancher Unkenrufe aus Oppositionskreisen, wonach der Staat sich zu Lasten seiner Kommunen entschulde, sei dies eben gerade in Bayern nicht der Fall. Staatssekretär Füracker erinnerte daran, dass Bremen und Berlin stärker verschuldet seien, als Griechenland. Im Gegensatz dazu sei Bayern ein Vorbild auch in Sachen stabile Finanzen: „Seit 2006 gibt es in Bayern Jahr für Jahr einen Haushalt ohne Neuverschuldung und bis 2030 wollen wir den Freistaat komplett schuldenfrei machen und alle Altschulden tilgen. Seit 2012 werden damit innerhalb von fünf Jahren insgesamt 3,6 Milliarden Euro alter Schulden zurückgezahlt“.

Zum CSU-Anspruch auf Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in Bayern gehöre nach Ansicht von Albert Füracker auch eine intensive Struktur- und Wirtschaftsförderung unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung und ein zielgenauer Einsatz des kommunalen Fi-

nanzausgleichs. Letztlich trage auch die Behördenverlagerung zur Stärkung der ländlichen Räume bei: „Wir machen hier aber nichts willkürlich und nichts gegen den Willen der Mitarbeiter, sondern wir betreiben die Verlagerung nach rein objektiven Gesichtspunkten“. Als wünschenswert bezeichnete es der Staatssekretär, wenn dort, wo es technisch und logistisch möglich und sinnvoll ist, sich auch die Wirtschaft mit mehr Auslagerungen beteiligen würde.

Landrat Matthias Dießl erhielt von den Bürgermeistern und Mandatsträgern viel Lob für das professionelle Management bei der Unterbringung von Asylbewerbern, „der derzeit wohl größten aktuellen Herausforderung gerade für den Landkreis Fürth“, wie Hans Herold feststellte. Eine Frage der Wählermobilisierung sei die weitere Herausforderung im Hinblick auf die notwendig gewordene Wiederholung der Kreistagswahl am 16. November. Übereinstimmend wurde betont, wie wichtig es sei, „jetzt erst recht“ durch eine hohe Wahlbeteiligung überzeugend der Demokratie gerecht zu werden.

Von florierenden Neubaugebieten in der „Zuzugsgemeinde Wilhermsdorf“ sprach Erster Bürgermeister Uwe Emmert in seinem Grußwort, was aber nichts daran ändere, dass der Kernort vom Ausbluten bedroht sei. Zur Versorgung der Bevölkerung sähe er gerne noch einen Vollsortimenter in Ortsnähe, ein weiteres Gewerbegebiet sei in Planung. Der etwa 5.000-Einwohner-Markt an der Schnittstelle zwischen der Metropolregion und dem ländlichen Raum und am Rande des Naturparks Frankenhöhe ist erst im März bei der Kommunalwahl von der CSU „zurückerobert“ worden. pm

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen GemeindeZeitung liegt eine Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH zum Bayerischen Breitbandforum bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.



V. L.: Landrat Matthias Dießl, Erster Bürgermeister Uwe Emmert, Staatssekretär Albert Füracker und MdL Hans Herold.

Landkreis Günzburg will Bildungsregion werden

Der Landkreis Günzburg beteiligt sich an der Initiative „Bildungsregionen in Bayern“ des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst.

Die Initiative „Bildungsregionen in Bayern“ zielt darauf, Bildungs- und Teilhabechancen weiter zu verbessern. Der Kreistag des Landkreises Günzburg hat beschlossen an dieser Initiative teilzunehmen, um den Landkreis zu einer Bildungsregion zu entwickeln. Die Koordination der Bildungsregion wird zukünftig im Kreistagsgremium des Landratsamtes Günzburg angesiedelt sein.

„Wenn Kinder zum ersten Mal sprechen und uns zeigen, was sie im Laufe der Zeit gelernt haben, schon hier beginnt Bildung. Bildung endet auch nicht wenn wir die Schule beenden oder einen Universitätsabschluss in den Händen halten. Nein. Bildung ist eine Lebensaufgabe“, so Landrat Hubert Hafner. Das Bewusstsein für

die Notwendigkeit von Bildung war nie größer als jetzt und schon John F. Kennedy sagte: „Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung, keine Bildung.“

Einzigartig in ganz Bayern: der Landkreis will die Bildungsregion Günzburg auf eine sechste Säule stützen: „Familien stärken – Familienbildung im Landkreis Günzburg“. Dies entspricht dem Leitbild des Landkreises Günzburg als Familien- und Kinderregion.

Familien und Kinder in den Mittelpunkt zu stellen, wird ein wesentliches Element der Bildungsregion Landkreis Günzburg sein. „Die Bildungsregion Landkreis Günzburg soll nachhaltige Wirkung entfalten und kein Strohfeuer bleiben“, macht Landkreischef Hafner deutlich. hj

Vorschau auf GZ 21

In unserer Ausgabe Nr. 21, die am 6. November 2014 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV · IT · Kommunikationstechnologie
- Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Kommunale Baupolitik
- Dorferneuerung · Stadtplanung
- Gestaltung öffentlicher Räume
- Renovierung · Denkmalschutz

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausGESTADTet

Beck GmbH & Co. KG · Telefon 07195/693-300
www.stadtmobiel.de

Absperrrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Friedhofsausstattung

Friedhofssysteme

Telefon (0 21 61) 9 30 - 3
www.paul-wolff.com
PAUL WOLFF

Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner
für die Gebäudereinigung

seit 1910

Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

Constanze von Hassel

Telefon 081 71.9307-13

hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

Theresa von Hassel

Telefon 081 71.9307-10

hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Gewerbebau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Kommunale Energieberatung

Green City Energy
Der alternative Energieanbieter

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen · bürgernah · handlungsorientiert

Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/890 668-900 · www.greencity-energy.de/keb
peter.keller@greencity-energy.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

GSWT®-Technologie

Multifunktionale Wärme-/Kälterückgewinnung für alle Lüftungsanlagen

hocheffizient + auf Jahrzehnte rentabel

geeignet für:

- Neubauten
- Nachrüstungen
- Sanierungen im Bestand
- Direktbezug möglich

Fordern Sie unsere Werksberatung an:
Tel.: 02152/9156-0
www.sew-kempen.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773) 821218
Telefon: (02773) 821256 · www.hailo-professional.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
☎ 05326 / 502-0

Wartehallen

38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

6. Nov. 2014

2. BAYERISCHES BREITBAND FORUM

Loisachhalle
Wolfratshausen

der Bayerischen GemeindeZeitung
www.bayerisches-breitbandforum.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

deko-jochum

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshandel für **adidas**

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de